

KURDISTAN REPORT

Oktober 1990
Nr. 33
Preis: 3,- DM

ORGAN DER EUROPAVERTRETUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

Im Schatten der Golfkrise:

Vertreibung

Vernichtung

- Golfkrise - Rolle der Türkei - Nationale Befreiungsbewegung Kurdistans
- 1. Jahrestag: Kurdenprozeß
- Interviews

KURDISTAN REPORT

Kurdistan Report

★

Impressum:
V. I. S. d. P.: A. Engizek
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

★

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

★

Zahlungen an:
Stadtsparkasse - Köln
A. Engizek
Konto Nr.: 27 60 29 52
BLZ: 370 501 98

★

Belgien 52.00 bfr.
Dänemark 10.00 dkr.
Frankreich 7.50 £.
Großbritannien 0.75 ff.
Niederlande 3.50 hfl.
Norwegen 7.50 nkr.
Österreich 22.00 s.
Schweden 7.50 skr.
Schweiz 3.00 sfr.

★

Abonnementpreis:
jährlich 15.– DM

33



KURDISTAN REPORT
ABONNEMENT

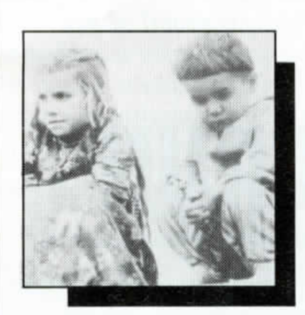
Anschrift: Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Name: ....
Anschrift: ....
....

Bankverbindung:
Stadtsparkasse - Köln
A. Engizek
Konto Nr.: 27 60 29 52
BLZ: 370 501 98

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse:

Inhalt

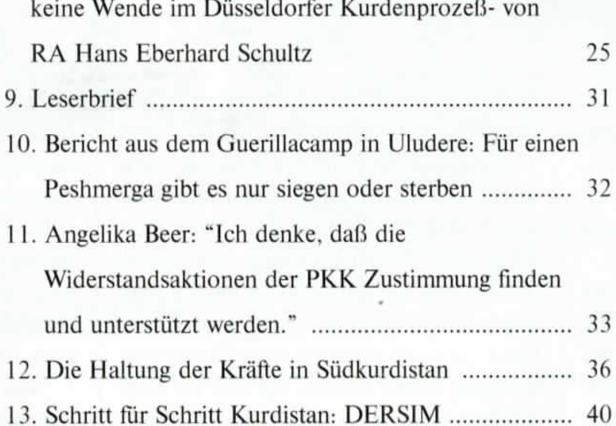


Seite 4-9



Seite 11-14

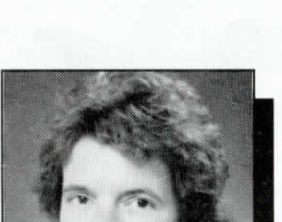




Seite 20-25



Seite 26-31



Seite 33-36



Seite 36-40

UNTERSUCHUNGSBERICHT

Am 28. September 1990 befand sich eine aus 40 Personen bestehende Kommission mit dem Vorsitzenden der SP (Sozialistische Partei), Ferit ILSEVER und Mitgliedern des Vorstandsgremiums der SP, Tahir ELVERDI im Namen der Kommission der Bezirksorganisation Diyarbakir der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), Hatip DICLE dem Vorsitzenden der Sektion Diyarbakir des IHD (Menschenrechtsverein) und RA Zübeyir AYDAR, Vorsitzender der Sektion Siirt des IHD und einer Kommission des IHD, Ahmet TIMURTAS, von der Gewerkschaft Petrol Is (Petrochemie) Batman, eine Gewerkschaftsdelegation des Vorstandes, Esat BINGÖM Vorstandsmitglied der Bauingenieurskammer Diyarbakir, M. Salih GÜNESTEKIN, der Regionalvertreter der Maschinenbauingenieurskammer Abteilung Diyarbakir, und Refik KARAKOC, Vorstandsmitglied der Abteilung Diyarbakir der Landwirtschaftsingenieurskammer, TMMOB Delegation, Dr. Cemal KAHRAMAN, der Bezirksvertreter des IHD Nusaybin und in- und ausländische Pressevertreter, zu Untersuchungen im Bezirk Sirnak und den umliegenden Dörfern.

Die Schlußfolgerungen der Untersuchungen, die aus den Beobachtungen und den Berichten der, der Gewalt ausgesetzten Bauern gezogen werden können, sind, daß in der Region Botan die Operationen der Entvölkerung in ihrem vollen Ausmaß klar erkennbar sind und die grausame Ausmaße annehmende Unterdrückungspolitik wird von lebenden Beweisen gebildet.

ENTVÖLKERUNG IN DER REGION BOTAN...

Die 30-jährige Fatma KARTAL mit ihrem Säugling auf dem Schoß, eine der Bäurinnen und Bauern, von Balveren (Gundik Mella), die an der Hauptstraße zwischen Sirnak-Uludere leben, sagte folgendes:

"Zehn Tage vor der Räumung unseres Dorfes haben sie keine Erlaubnis gegeben unsere Tiere zur Weide zu bringen, unsere Kranken in die Stadt zum Arzt zu bringen und Lebensmittel zu holen. Sie provozierten Frauen eine Fehlgeburt, in dem sie sie tanzen und hüpfen ließen. Sie haben uns ständig belästigt und uns gefragt ob Terroristen in unser Dorf kommen. Nachts haben sie auf unsere Häuser geschossen und am nächsten Morgen dann gesagt 'Schaut nachts sind Terroristen in euer Dorf gekommen und ihr informiert uns nicht.' Die Soldaten haben das von uns gesammelte Holz genommen und für sich selbst verwendet, wollten von uns Eier, Brot, Hühner und viele andere Dinge und wenn wir gesagt haben wir haben nichts sagten sie 'Ihr gebt auch den Terroristen was, warum gebt ihr uns nichts?' und haben uns schwer beleidigt."

Ebenfalls bei den Zelten des Dorfes Balveren hat unsere Kommission bei ihren Untersuchungen innerhalb einer Stunde vier Familien angetroffen, die mit dem Traktor aus der Richtung Uludere nach Sirnak migrierten. Die Anzahl und Zeitdauer erklärt die Intensität. Von dem 35-jährigen Abdulaziz GÜL, den wir auf seinem Weg mit dem Traktor nach Sirnak angehalten haben und der aus seinem Haus nur seine Frau und seine Kinder und Bettzeug retten konnte, die sich auf dem Traktor befanden, haben wir folgende interessante Antworten bekommen: "Ich bin aus dem zu Pervari gehörenden Dorf Sariyaprak. Unser Dorf bestand insgesamt aus 60 Häusern. Alle unsere Häuser, unser Heu und die Wälder in der Umgebung unseres Dorfes sind niedergebrannt worden. Sie sagten 'Entweder ihr werdet Dorfschützer oder haut ab und geht.' Trotz aller Bedrohungen haben wir nicht zugestimmt Dorfschützer zu werden. Es gibt in unserem Dorf immer noch eine große Anzahl von Soldaten aus der Einheit des Dorfes Dogan. Wir waren gezwungen unsere Tiere billig zu verkaufen. Jetzt gehen wir nach Sirnak und werden dort unser Zelt aufstellen. Infolge der Repression haben sich bisher 20 Personen unseres Dorfes der Guerilla angeschlossen. Wir wissen, daß fünf von ihnen getötet worden sind, wir wollten ihre Leichen, sie haben sie aber nicht hergegeben". So faßte er die allgemeine Lage ihres Dorfes zusammen.

Einer der Bauern, die im Zelt im Viertel Milakere 20 Kilometer von Sirnak entfernt an der Hauptstraße Sirnak-Eruh leben, der 65-jährige Mehmet COSKUN, sagte folgendes:

"Seit vier Jahren leben wir hier mit 200 Haushalten in Zelten. Wir sind ungefähr 1.500 Personen. Wir haben fast 1.000 Kinder, davon 300 im Alter von 0 bis 3 Jahren. Im Winter leben wir im Schnee unter diesen Bedingungen. Und wir sind dem Hunger ausgesetzt. Wir waren aufgrund der Repressionen durch die staatlichen Kräfte gezwungen hierher zu kommen. Sie haben unsere Häuser niedergebrannt, wir wurden viel gefoltert. Ich bin zehn Mal verhaftet worden, jedes Mal wurde ich mit verbundenen Augen gefoltert. Es wurde von uns verlangt, daß wir Dorfschützer werden, nachdem wir nicht einverstanden waren haben sie uns alle von unserer Erde weggerissen. Sie haben unsere Ansiedelungen Xore Bizo, Destik, Xwedan, Ebasan, Bawa, Cinde, Torkiz, Dima Serbest, Index, Dimdimo und Saro

niedergebrannt, abgerissen und von der Landkarte gelöscht. Uns wurde keinerlei Enteignungsentscheidung bezahlt, erst nachdem wir uns vier Jahre lang darum bemüht haben, konnten wir zum Wiederaufbau unserer Häuser ein paar Steine und etwas Zement bekommen, das war alles... Von Ihnen möchten wir, daß Sie diese unsere schwerwiegenden Probleme der ganzen Welt mitteilen."

schlechten Bedingungen im Zelt. Wir sind niemals medizinisch untersucht worden." Erkältungen, Erkrankungen der oberen Atemwege und Darmkrankheiten treten am häufigsten auf. In letzter Zeit ist die Kindersterblichkeit auf ein außergewöhnliches Ausmaß angewachsen, und wendete sich an die Ärzte, die den Hippokratischen Eid geleistet haben.

Abdullah ISIK aus Saro vom Dorf

"Unser Dorf bestand aus 60 Häusern. Vor etwa zwei Monaten haben Soldaten aus der Militäreinheit des Dorfes Dogan zusammen mit Dorfschützern aus der Umgebung unser Winterfutter mit unserem Saatgut, die Gärten und den erntereifen Weizen verbrannt. Sie haben alle unsere Häuser und etwa 90 Bienenstücke verbrannt. Nach der Räumung unseres Dorfes wurde es unter Kanonenfeuer ge-



Sirnak: Obdachlos und weit entfernt von den mindestens hygienischen Möglichkeiten sind hunderte Kinder mit dem Tod konfrontiert

Eine Witwe mit sieben Kindern, Sariya CEVIK, eine der Dorfbewohnerinnen und Bewohner des Dorfes Balveren, die in Zelten leben schrie mit voller Entrüstung:

"Die Grausamkeiten begehen die Soldaten und Dorfschützer gemeinsam. Wir haben nichts mehr, wo wir unterkommen und womit wir uns ernähren können, unsere Häuser und die darin befindlichen Betten sind verbrannt worden. Es ist nur noch das hier übriggeblieben. Das was wir für unsere billig verkauften Tiere bekommen haben, wird auch bald verbraucht sein und wir werden nichts mehr in den Händen haben."

Der 54-jährige Dorfbürgermeister von Saridag (Dimilya), Dervis Göktas, sprach über ein anderes Ausmaß des Problems:

"Seit vier Jahren leben wir unter sehr

Torkiz sagte: "Unsere Häuser sind vor zweieinhalb Monaten zusammen mit dem darin befindlichen Inventar von Soldaten der Gendarmerieeinheit Güneycan niedergebrannt worden. Unsere Wälder, unser Tierfutter und Heu sind verbrannt worden. Zwei Behälter mit Käse, die meinem Bruder gehört haben, sind aus der Vorratskammer geholt, mit dem Bajonett aufgeschlitzt und vernichtet worden. Jetzt leben wir im Zelt. Wir haben eine gerichtliche Schadensfeststellung verlangt, es wurde ein Schaden von 120 Millionen TL geschätzt, aber bisher ist noch nichts dabei herausgekommen und zeigt die Ausmaße der Schläge, Verwüstungen und Brutalität gegen die ökonomische Dynamik auf."

Hören wir den 60-jährigen Salih DEMIR aus dem Dorf Sariyaprak in Pervari:

nommen. Es sind uns 10.000 Dönem bewässerte Fläche übriggeblieben. Jetzt leben 56 Familien im Dorf Gecitboyu (Biryan) in Zelten unter sehr schlechten Bedingungen. Wir haben etwa 100 Säuglinge zwischen 0 und 3 Jahren, unter unseren Kindern haben Krankheiten auszubrechen begonnen. Diese und unsere Hygineprobleme stehen an erster Stelle..."

Der 55-jährige Ibrahim CEVIK aus dem zum Bezirk Sirnak gehörenden Dorf Dereler (Avyan) macht noch viel interessantere Erklärungen und wendet sich an die ganze Menschheit von Sirnak bis Ankara:

"Auf dieser Erde unserer Vorfahren, auf der wir seit Jahrhunderten leben haben wir niemals Repression und Gewalt auf dieser

Ebene erlebt. Zwölf zu unserem Dorf gehörende Ansiedelungen sind vollkommen niedergebrannt worden. Wir haben nichts mehr als die Kleidung auf unserem Leib. Unsere Einwohnerzahl beträgt insgesamt 850 Personen. Sie wollten uns mit Gewalt zu Dorfschützern machen. Nachdem wir diesen Vorschlag mit den Worten "unsere Jugendlichen leisten ohnehin Militärdienst, sollen jetzt auch noch wir Soldaten werden" zurückgewiesen hatten, haben sie eine nächtliche Ausgangssperre verhängt und wir waren fünf Jahre lang gezwungen unsere Notdurft auf einem Zeitungspapier zu verrichten. Nachts erlaubten sie uns nicht einmal in die Moschee zu gehen. In manchen Nächten haben sie zwei, drei Mal an unsere Türen geklopft und uns belästigt. Wir sind dann in eine solche Lage geraten unseren Kindern sagen zu müssen sei still, die Gendarmen kommen um ihnen Angst zu machen. Schießlich hatten wir nach diesen Grausamkeiten überhaupt keine Erwartungen mehr an den Staat. Sie haben ohnehin die übelsten Praktiken angewendet, die man anwenden kann. Zum Schluß möchte ich Ihnen folgendes sagen. Schauen Sie, ich bin ein alter Ziegenhirte. Ich bin nicht in der Lage irgendjemanden etwas beizubringen. Aber wenn solche wie Özal, Akbulut und Aksu einen solchen Staat regieren können, dann kann ich 20 Länder regieren. Wir haben vor nichts mehr Angst. Schreiben Sie das genau so..."



Ein zerstörtes Dorf

Im Licht der Berichte der Dorfbewohner und der in der Region durchgeführten Untersuchungen hat unsere Kommission beschlossen ihre unten aufgeführte Auffassung durch die Presse der Öffentlichkeit mitzuteilen:

1. In der Region Botan, in der die Guerillabewegung am wirkungsvollsten ist, wird durch Anwendung jeder Art von Gewaltmethoden gegen das Volk eine totale Entvölkerungspolitik durchgeführt. Diese Politik zielt darauf ab eine menschenleere Region ohne Bäume und Häuser zu schaffen, in der weit und breit keine Kühe muhen, keine Honigbienen summen, in der die nackten Berge aus den verbrannten Wäldern hervorragen, in der keine Kinderstimmen zu hören sind. Diese unmenschliche Politik, die grausame Ausmaße erreicht hat, hat praktisch angewandt im Bezirk Sirnak 20 der vormals 38 Dörfer mit 81 Ansiedlungen unter dem Vorwand, daß ihre Bewohner nicht einverstanden waren Dorfschützer zu werden, vollständig entvölkert und niedergebrannt, die Dorfbewohner ohne einen Verstaatlichungsausgleich zu bezahlen zur Migration von ihrer Erde gezwungen. Diejenigen, die Vermögen hatten sind in Slums in Bezirke wie Adana, Mersin migriert und die Armen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land geworden, unter den Bedingungen des herannahenden Winters sind alleine hunderte Kinder aus der mittleren Altersgruppe gezwungen mit Krankheiten am Straßenrand, in den Bezirksvorstadtsiedlungen entlang der Straße Siirt-Sirnak in improvisierten Ziegenhaarzelten Unterschlupf zu suchen. Die Entvölkerung von Dörfern in der Region geht in Beytüssebap, Uludere, Catak, Güclükonak, Eruh und Pervari ungebremst weiter. Es ist bekannt, daß die für diese ungesetzlichen und willkürlichen Maßnahmen Verantwortlichen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und mit diesen Methoden die Probleme in der Region verschärfen und in unserer Gesellschaft Wunden aufgerissen haben, die nicht geduldet werden können.

2. Unsere Kommission hat die fortdauernde Übereinstimmung des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten und der zwei großen Oppossitionspareien, die sie seit April bezüglich der Lösung der Kurdenfrage erreicht hat, festgestellt. Der Kern dieser Übereinstimmung ist es, eine Pufferzone zwischen der Guerilla und dem Staat zu schaffen, also die Unterdrückung des Volkes durch Gewaltanwendung. Das ist die heute vor allem in Botan praktizierte zügellose und maßlose Gewalt gegen das Volk.

3. Unsere Kommission hat eine Beschleunigung der Dorfentleerungen, vor allem seit dem Beginn der Golfkrise im August bis heute, festgestellt. Die Regierung nutzt den Staub, den der Imperialismus derzeit im Mittleren Osten aufwirbelt dazu gnadenlos seine Gewaltpolitik zu betreiben. Die Mitteilung der Türkei an den Europarat, daß sie den Ausnahmezustand anwendet und in 13 Provinzen die Menschenrechtskonvention nicht mehr einhalten wird, bedeutet das, was man heute in nacktester Form in Botan beobachten kann, die Wälder und Obstgärten werden vernichtet, es wird ein unerklärter Krieg gegen das Volk der Region geführt. Der Tod unschuldiger Menschen ist schließlich zu etwas Alltäglichem geworden.

4. Das Zensur- und Deportationsdekret ist in seiner vollen Bedeutung umgesetzt worden. Die Region erlebt eine Massendeportation. Die Menschen, die entwür-

digt und ohne Fahrgeld durch Anwendung dutzender Grausamkeiten zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen worden sind, kommen als erste Station in die Zentren wie Sirnak, Siirt und Cizre von wo aus sie wegen der Arbeitslosigkeit in die Großstädte des Westens gehen. Kurzgesagt, heute gibt es eine heftige, mit nackter Gewalt ausgelöste Migration vom Osten in den Westen.

5. Wir prangern das Schweigen der Presse der Türkei all diesen Ereignissen gegenüber an. Die Journalisten und Herausgeber haben der Tragödie, die das Volk der Region erlebt, den Rücken zugekehrt. Die Tagespresse hält die Unterstützung der Übereinstimmung der herrschenden Klasse von Anfang April bis heute aufrecht. Wir rufen die Presse ein weiteres Mal auf, sich ihrer historischen Verantwortung zu erinnern.

6. Die Türkei hat bei der kürzlich unterzeichneten Vereinbarung über die Rechte der Kinder der Vereinten Nationen manche Einschränkungen gemacht. Dementsprchend hat sie die Paragraphen 17,29 und 30, in denen Kindern das Recht auf Zugang zu nationalen und internationalen Bildungsquellen, eine Erziehung auf der Grundlage der Menschenrechte, Grundfreiheiten und der eigenen nationalen Identität und Minderheiten die Entwicklung ihrer Kultur, Sprache und die Benutzung ihrer Sprache zusichert werden, eingeschränkt. Tatsächlich hat die Türkei das Recht der kurdischen Kinder von Botan auf Leben aufgehoben. Obdachlos und weit entfernt von den mindestens hygienischen Möglichkeiten sind hunderte Kinder mit dem Tod konfrontiert. Darminfektionen und Infektionen der oberen Atemwege sind weitverbreitet. Die schlechte Ernährung bedroht die Gesundheit der Kinder.

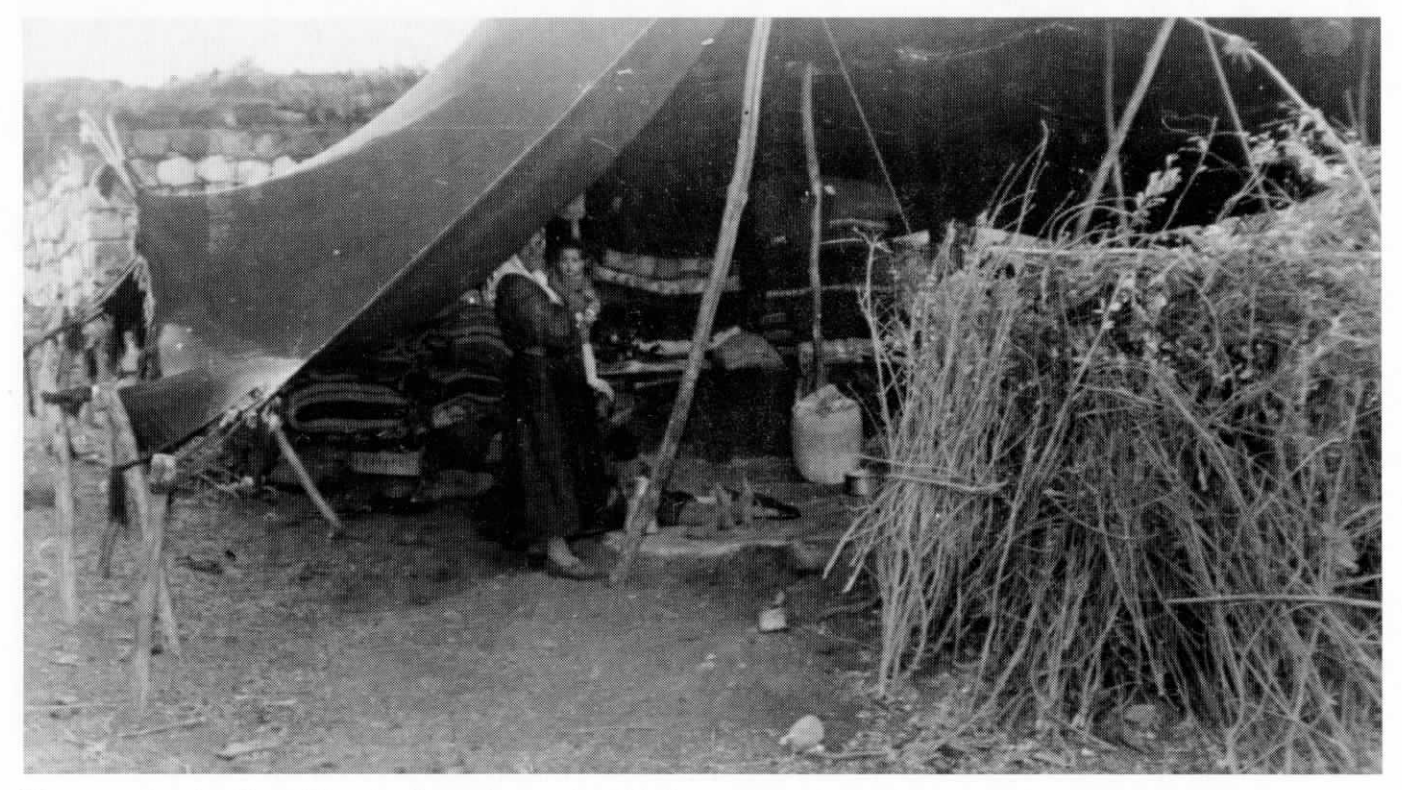
7. Unsere Kommission ruft alle politischen Parteien, nationalen und internationalen demokratischen Institutionen, die Intelligenz unseres Landes und die Parlamentarier zur Solidarität mit dem Volk der Region auf. Kommt und teilt das Schicksal der Bauern von Sirnak. Lebt eine Woche oder zehn Tage lang mit den von ihrer Erde vertriebenen Bauern zusammen. Bietet dem gerechten Kampf der Bauern, die immer noch Widerstand leisten, das Haus ihrer Vorfahren zu verlassen, Eure Schulter.

8. Die regionalen Wirtschaftszentren wie Silopi, Cizre, Nusaybin, Kiziltepe, die sich vor allem auf den Handel mit dem Irak stützen, sind heute zu Geisterstädten geworden. Man kann kaum ein türkisches Wort finden, das die Lage der Händler dort zum Ausdruck bringt. Die Last der Golfkrise ist im Grunde auf den Menschen der Städte, die vom Handel mit dem Irak auf dem Weg der Seidenstraße leben, abgeladen worden. Der entstandene Schaden muß mit einem dringenden Hilfsprogramm kompensiert werden.

9. Unsere Kommission ruft den Roten Halbmond, das Rote Kreuz, nationale und internationale Institutionen, die Verteidiger der Menschenrechte und ihre Organisationen auf, den aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen der Region Botan die Hand der Hilfe zu reichen. Die Ärzte- und Apothekerkammer wird eingeladen eine Delegation zur Begutachtung der Lage vor Ort zu entsenden und innerhalb ihrer Strukturen eine Hilfskampagne zur Deckung der Bedürfnisse an Medizin zu eröffnen.

10. Diejenigen, die darauf beharren die kurdische Frage auf dem Weg der Gewalt zu lösen haben alle Rechte verloren. Sie befinden sich jetzt auf dem Weg der verlorenen Rechte, des Verschwindens. Was man heute überall in den aus Versehen niedergebrannten Dörfern, in der Umgebung der Städte und Provinzzentren immer mehr antrifft sind Zelte; es müssen Maßnahmen ergriffen werden, eine demokratische Opposition organisiert werden, die Zukunft prophezeit Massaker. Wir erinnern jeden, jeden der sich als Mensch bezeichnet, an seine Verantwortung und laden ihn zum Kampf ein.

30. September 1990
IHD (Menschenrechtsverein)
Abteilung Diyarbakir



Was man heute überall in der Umgebung der Städte und Provinzzentren immer mehr antrifft sind Zelte



Kurdische Mütter protestieren gegen die Todesurteile und setzen sich für eigene Rechte und für die Rechte aller Gefangenen ein. Seit über 2 Wochen sind sie im Hungerstreik



Tagebuch der Menschenrechte in Kurdistan

Liebe Leser,

wir werden in Zukunft einige Seiten des Kurdistan Reports für Berichte über den in Kurdistan praktizierten Staatsterror reservieren. Wir werden das anhand verschiedener Presseveröffentlichungen, Erklärungen von Menschenrechtsinstitutionen und Augenzeugenberichten oder Anträgen belegen, die Menschen, die selbst vom Staatsterror betroffen sind, an Menschenrechtsorganisationen gerichtet haben. Wir versuchen durch Zusammenfassung der sehr detaillierten Berichte und Dokumente die unvorstellbaren, unmenschlichen Praktiken des türkischen Staates aufzuzeigen. Es ist natürlich unmöglich, alle diese Praktiken auf ein paar Seiten einer Zeitschrift umfassend darzustellen. Wer detailliertere Informationen haben möchte kann sich an das Kurdistan-Komitee Köln, Hansaring 66, 5000 Köln 1 wenden, das eine Vielzahl dieser Dokumente übersetzt hat. Außerdem kann dort auch eine aktuelle Broschüre über Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan bestellt werden.

Der ständig zunehmende Terror des türkischen Staates in Kurdistan erreicht im Schatten der aktuellen Golfkrise einen Höhepunkt und wächst mit unverminderter Geschwindigkeit weiter. Bis jetzt sind schon hunderte Dörfer entvölkert und sehr viele davon auch niedergebrannt worden. Und diese Praxis geht ungebremst weiter. Bauern werden willkürlich verhaftet, gefoltert, getötet. Da es in Kurdistan keinerlei Recht gibt können die Menschen ihre Rechte nicht einklagen. In den letzten zwei Monaten sind tausende Menschen festgenommen und gefoltert worden. Die durchschnittliche Anzahl der Festgenommenen liegt bei 1000 Personen pro Woche.

Einige Beispiele des Terrors in Kurdistan in der Zeit von Anfang August bis jetzt, die aufgedeckt worden sind:

* Am 26.8.1990 überfielen türkische Soldaten das Dorf Xarabe in Nusaybin. Das Dorf ist vier Tage lang umzingelt worden. Die Bauern sind in zwei Gruppen aufgeteilt vier Tage lang gefoltert worden. Ein kleines Kind war infolge der

Folter einen Tag lang bewußtlos. Die Bauern mußten vier Tage lang hungern. Ihre Häuser, ihre Nahrungsmittel, ihr Saatgut ist verbrannt worden. Ihr Vieh ist getötet worden. Die drei Brunnen des Dorfes sind bombardiert worden. Den Menschen ist einige Male ihre Erschießung vorgespielt worden. Die ganze Zeit lang war das Verlassen und Betreten des Dorfes verboten.

Später sind sehr viele der Bauern des Dorfes Xarabe verhaftet worden, weil sie den Delegationen der Sozialistischen Partei und des IHD (Menschenrechtsverein), die zu Untersuchungen ins Dorf gekommen sind, Informationen über die gegen sie angewendeten Methoden gegeben haben.

Drei Mitglieder der Untersuchungskommission sind verhaftet worden, gegen die übrigen flüchtigen Delegationsmitglieder ist Haftbefehl erlassen worden.

(Belege: *Erklärung der SP (Sozialistische Partei) vom 2.9.90 und Bericht der Abteilung Diyarbakir des IHD vom 5.9.90 und die Zeitschrift Yüzyil vom 7.9.90)*

* Das Dorf Sariyaprak (Axer) in Pervari, dessen Bewohner es abgelehnt hatten Dorfschützer zu werden, ist durch türkische Sicherheitskräfte geräumt worden. In diesem Dorf sind über 5000 Pappelbäume, über 4 Tonnen Weizen, das Heu der Bauern, über 20 Ställe und die Wälder in der Umgebung des Dorfes niedergebrannt worden. Fünf Menschen sind verhaftet worden.

(Belege: *Antrag der Bauern an den Menschenrechtsverein vom 27.8.1990)*

* Am 20. Juli 1990 ist ein Jugendlicher aus dem Dorf Dereler in Sirnak von Soldaten ermordet und in der Öffentlichkeit als PKK'ler dargestellt worden. Es ist behauptet worden, er sei bei einem Gefecht tot gefangen genommen worden. In Wirklichkeit war der ermordete 16-jährige ein einfacher Hirte. Im gleichen Dorf sind die bebauten Flächen und Wälder von Soldaten niedergebrannt worden. In den umliegenden Ansiedlungen sind auch alle Häuser, Ställe und Viehfutter verbrannt und vernichtet worden.

(Belege: *Antrag der Bauern in der Anlage zur Erklärung der Abteilung Diyarbakir des Menschenrechtsvereins vom 5.9.1990)*

* Am 20.8.1990 haben Kräfte eines Spezialteams im Stadtzentrum von Cizre auf einen alten Mann namens Gürgün das Feuer eröffnet und ihn ermordet. Vier Tage später wurde ebenfalls im Zentrum von Cizre der Geistliche Melle Abdurrahman aus Xurse von den Schüssen eines Spezialteams schwer verletzt.

* Am 4.9.1990 ist der Bauer Halit Benik in dem Dorf Hilal von Dorfschützern ermordet worden. (**Quelle:** *Kurdistan-Rundbrief vom 28.9.1990)*

* Am 5.9.1990 ist im zu dem Dorf Dicle-Kurudere gehörenden Cemalaga der Bauer Hüseyin Akaslan 200 Meter von seinem Haus entfernt getötet worden. Im Fernsehn und in den Rundfunk- und Zeitungsnachrichten und auch in den Erklärungen offizieller Stellen ist Hüseyin Akaslan als ein bei einem Gefecht getöteter PKK'ler dargestellt worden. Das Ergebnis der angestellten Untersuchungen ist, daß Hüseyin Akaslan ein halbgelähmter Bauer war, der sich nur mit Hilfe von Krücken fortbewegen konnte und an Schizophrenie litt. Hüseyin Akaslan wurde auf dem Weg nach Hause von der Nervenklinik Elazig, aus der er gerade entlassen worden war, von Soldaten in einen Hinterhalt gelockt und ermordet.

(Beleg: *Bericht des Krankenhauses für psychiatrische und Nervenkrankheiten Elazig vom 10.9.1990 Bericht der Abteilung Diyarbakir des Menschenrechtsvereins)*

* Der am 6.9.1990 verhaftete Abdurrahmin Tanribilir aus dem Dorf Husur ist am 9.9. durch Folter ermordet worden. (Quelle: *Kurdistan-Rundbrief vom 28.9.1990)*

Gegen Hasim Güzel, Lehrer am Imam Hatip (theologischen) Gymnasium in Siirt, sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen angeblich gezeigtem Desinteresse an der Verbreitung der türkischen Sprache und des guten Sprechens an der Schule eingeleitet worden. Und die Armee ist in die Region vorgedrungen.

(Belege: *Ermittlungsantrag des Nationalen Erziehungsministeriums Siirt vom 25.5.1990)*



* Am 25.9.1990 ist in der Nähe des Dorfes Besne (Bozatli) in Eruh der Hirte Hasan Kayar von Soldaten ermordet worden.

* Am 28.9.1990 ist im Dorf Os (Kayadereler) in Bitlis-Hizan der Dorf-Imam (Geistliche) Ibrahim Döner von Mitgliedern eines Spezialteams ermordet worden. Ins Dorf gekommene Soldaten haben während des Freitagsgebetes verlangt, daß alle außer dem Imam die Moschee verlassen sollen und haben dann den Imam in der Moschee erschossen. Das Spezialteam baute dann das Szenario eines Selbstmordes auf und behauptete, der Imam habe sich in der Moschee selbst erschossen. Im Dorf war allerdings bekannt, daß der Imam keine Waffe besaß und außerdem seit einigen Wochen das Gerücht umging, daß der Imam getötet werden würde, daß er nach Meinung des Spezialteams dafür verantwortlich war, daß in dem Dorf niemand Dorfschützer werden wollte.

(Belege: *Erklärung an die Öffentlichkeit der Abteilung Diyarbakir des Menschenrechtsvereins vom 1.10.1990)*

Der neue Mensch

von Sule Perincek

Am 27.9.1990 wurde der Chefredakteur des inzwischen verbotenen Nachrichtenmagazins 2000'e Dogru, Dogu Perincek freigelassen. Er war seit Anfang August dieses Jahres in dem berühmt-berüchtigsten Gefängnis von Diyarbakir festgehalten worden, weil man ihm Separatismus und Schwächung der nationalen Gefühle vorwarf. Der Staatsanwalt forderte 25 Jahr Haft für Perincek, dessen Verfahren auch nach seiner Haftentlassung fortgesetzt wird.

Wenige Tage vor seiner Entlassung besuchte ihn im Gefängnis Diyarbakir seine Frau und Journalistin der Nachfolgezeitschrift Yüzyil (Jahrhundert), Sule Perincek. Ihre Eindrücke bei diesem sogenannten offenen Besuch im Gefängnis, bei dem die Besucher nicht nur durch Gitter, sondern durch Zugang ins Gefängnisinnere bis zu den Gemeinschaftszellen Kontakt zu den Häftlingen bekommen können, schildert sie in ihrer Zeitschrift Yüzyil:



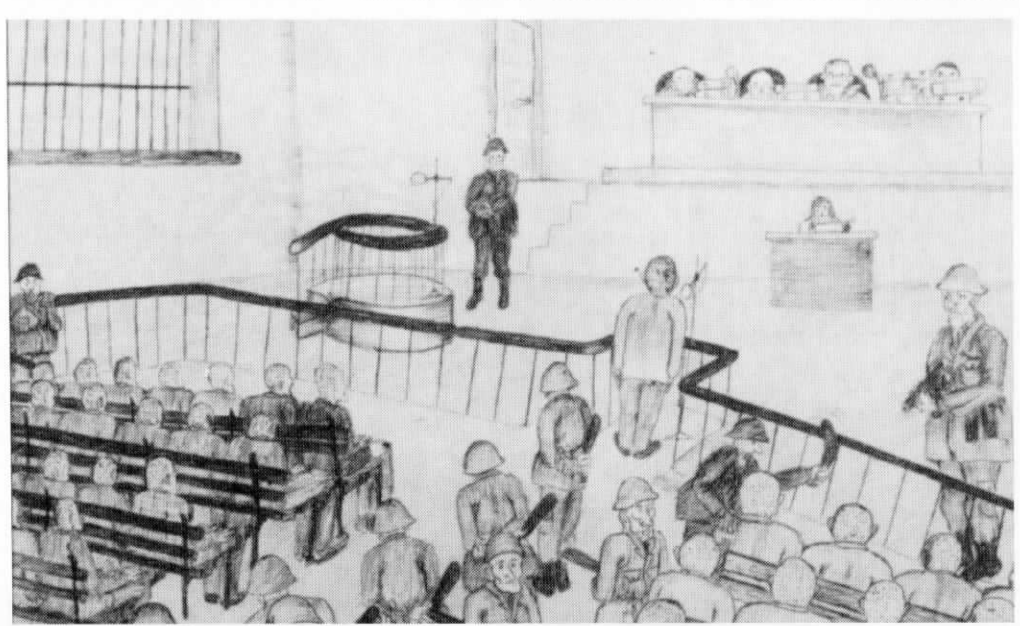
Schon beim ersten Schritt in Diyarbakir erfaßt einen das starke Gefühl des Beobachtetwerdens. Die Polizei verheimlicht hier nichts. Nicht wie der Polizist im Westen (der Türkei, Anm.d.Red.), sich hinter einem Laternenpfahl versteckend. Nein. Sie gehen in ein Gebäude hinein und er parkt sein Polizeiauto direkt vor der Eingangstür! Läßt sich nieder auf einem Holzstuhl und schaut Ihnen sozusagen direkt in die Augen. Er folgt Ihnen brav aber auffällig, falls Sie andere Ziele in der Stadt ansteuern.

In dieser Stadt ist die sogenannte Angstgrenze längst überwunden. Dies alles kümmert niemanden, gehört zur Normalität. Jeder lacht darüber. Wenn die Leute hier merken, daß Sie ein Fremder sind, zum Beispiel in einem einfachen Restaurant, Lokanta genannt, deuten sie nur unauffällig auf den Nebentisch. Das ist alles. Und wenn Sie gar erfahren, daß wir von Yüzyil sind, taucht sofort das ganze Personal auf, Lehrling, Koch, Kellner. Sie wischen sich die Hände an ihren Schürzen ab, reihen sich am Ausgang auf und verabschieden uns recht herzlich.

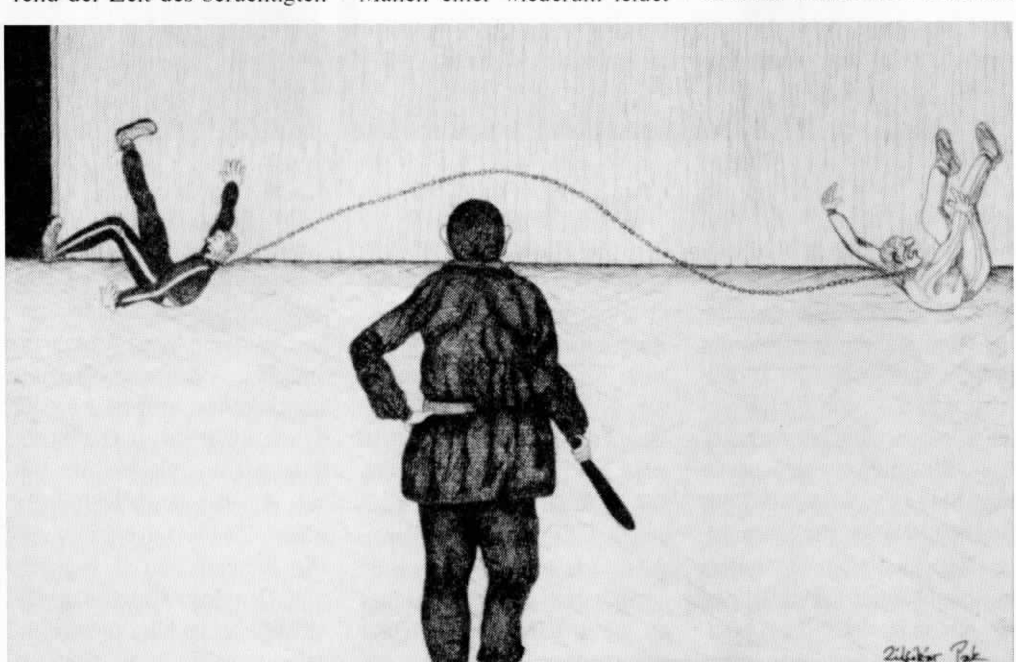
Die Atmosphäre im Gefängnis von Diyarbakir ist eine ganz andere. Wir nehmen einen sogenannten offenen Besuch wahr, das heißt, wir können heute bis zu den Gemeinschaftszellen vorgelassen werden, um einige Stunden gemeinsam mit den Anstaltsinsassen zu verbringen. Nach der üblichen Durchsuchung an der Pforte erfaßt uns ein Gefühl der Erleichterung als wir die Gemeinschaftszellen erreichen. In klaren Zügen zeigen sich uns die freundlichen Gastgeber. Die Gemeinschaftszellen leuchten hell, es ist alles pico bello. Hier drinnen ist es nicht so furchtbar heiß wie draußen. Die Nachrichten gestern abend im staatlichen Fernsehen sagten für heute 36 Grad voraus. Doch draußen fällt einem sogar das Atmen schwer. Ein ausländischer Kollege hatte uns kürzlich erzählt, wie sich sein Dolmetscher am Ende der Nachrichten furchtbar aufgeregt und laut Lüge geschrien hätte. Er vermutete, daß es sich um eine politische Nachricht handelte und fragte nach. Als er den Grund des Ärgers hörte, war er verblüfft: TRT, der Staatssender hatte für Diyarbakir 36-37 Grad gemeldet; dabei sei es 40-45 Grad heiß gewesen. Sogar solche Wahrheiten werden vertuscht, damit nicht die Beamten hier massenhaft freinehmen, weil unerträgliche Hitze vorausgesagt wird.

MENSCHENKOT, FLÖHE, TOLLWUT, TBC

Das Gefängnis von Diyarbakir ist das berüchtigste Gefängnis der sogenannten 12. September-Periode (Militärputsch am 12.9.1980). Nach der Beschreibung der damaligen Leiters "ein Ort an dem Gott nicht existiert und der Prophet sich beurlauben ließ". Die zuständigen Behörden, die juristischen Organe und die große Presse haben jahrelang das hier durchlebte Leid ignoriert. Mehrere dutzend Menschen sind in jenen Jahren hier gestorben. Manche zu Tode geprügelt, manche bei Folter, manche an den Folgen des Todesfastens. Wiederum andere haben sich aus Protest verbrannt, begingen Selbstmord. Die Gefangenen wurden gezwungen, Abwasser mit Menschenkot zu trinken. Fast jeder hier wurde einmal in die Abwassergrube getaucht. Im wahrsten Sinne des Wortes: Die Scheiße stand ihnen bis zum Halse, sogar noch darüber. Flöhe, Tollwut, TBC; fast alle Krankheiten gingen hier um. Die Kranken hat man verprügelt, weil die Genesung nach Meinung der Folterer zu langsam lief. Jahrelang erhielten sie drei Glas Wasser am Tag und einen halben Laib Brot mußten sich 15 Leute teilen. Ihre Körper kamen jahrelang nicht mit sauberem Wasser in Berühung. Beim Schlafen stopften sie sich die Nasenlöcher



und die Ohren mit Watte zu, damit das Ungeziefer nicht durchkriechen konnte. Während der Zeit des berüchtigten Leiters Esat Oktay Yildiran verließ nahezu jede Woche eine Leiche das Gefängnis. Die Leiche eines jungen Gefangenen ließ man auf einem Handwagen tagelang unter der Treppe, die zu den Gemeinschaftszellen führt, liegen: als abschreckendes Beispiel für die anderen Gefangenen. Doch sie wehrten sich dagegen. 30, 40 Tage lang dauernde Hungerstreiks. Der Preis, den sie bezahlten war jedoch hoch. Manche müssen die Hand abstützen, wenn sie schreiben wollen. Andere bewegen den Kopf hin und her. Manch einer wiederum leidet an Muskelschwund. Wir sehen Gesichter, die halbseits gelähmt sind. Die meisten von diesen Menschen sind seit über zehn Jahren hier. Heute haben sie sich einige Rechte erkämpft. In dieser Hinsicht sind sie sehr sensibel. Beim kleinsten Versuch diese Rechte einzuschränken setzen sie sich sofort zur Wehr.



IST ES NUR EINE REAKTION AUF DIE VERGANGENHEIT?

Wir ziehen die Schuhe aus bevor wir in die Zelle eintreten. Auf dem Fußboden sind Wolldecken ausgebreitet. Entlang der Wände stehen Stockbetten. Die Bettbezüge sind sauber. Überhaupt ist alles hier sauber, weder Fuß- noch Schweißgeruch kann sie stören. Auch die Unterhemden, die man zwischen den Kragen sehen kann strahlen in Reinheit. Wir setzen uns auf eine Matratze auf dem Fußboden nieder und unterhalten uns mit einem Gefangenen der PKK (Kurdische Arbeiterpartei). Der obligatorische Tee kommt, Zigaretten werden gereicht. Er erzählt uns vom Sommer 1982. Ein Gefreiter, der mit den Gefangenen bei der Durchfhürung der militärischen Übungen nicht zufrieden war, befiehlt diesen in die Abwassergrube zu stei-

gen und danach in die Zellen zurückzugehen. Unser Erzähler fand eine Gelegenheit und ging zurück in seine Zelle ohne den ersten Teil des Befehls ausgeführt zu haben. Damit war es aber noch nicht getan. Es folgte ja noch eine Kontrolle. Die Soldaten würden nachher sich jeden Einzelnen genau anschauen. Und wenn sie es bemerkten, hatte er Prügel und Folter zu erwarten. Ein anderer Gefangener, der sich eine besonders gute Note bei der Gefängnisleitung verdienen wollte, sah natürlich entsprechend aus. Unser Freund nahm ihm etwas ab und beschmierte sein Gesicht und seine Kleider damit. Daraufhin regte sich der andere auf: Warum nimmst Du mir die ganze Scheiße weg? Der PKK-Mann antwortete ganz unbekümmert: "Das ist doch kein Gold. Nur Scheiße, dazu auch noch unsere Scheiße. Scheiße aus allen Zellen".

Ist es nur eine Reaktion auf die Vergangenheit, wenn sie einen so großen Wert auf die Sauberkeit legen? Die Toiletten, die Waschbecken sehen fast zu sauber aus. Ein anderer Gefangener erzählt uns: "Es gibt Leute, die aus patriotischen Gründen hier sind. Diese Leute bei 40 Tage andauernden Widerstandsaktionen von uns bei der Stange zu halten ist äußerst wichtig. Die meisten von ihnen sind Nomaden. Sie haben in ihrem Leben nie eine Toilette benutzt. Ein alter Mann war mal in unsere Zelle verlegt worden. Wir beobachteten wie er seine Prothese mit der Klobürste abschrubbte. Diese harte Bürste würde besonders gut putzen, meinte er zu uns".

Der politische Kampf, das kommunenhafte und organisierte gemeinsame Leben im Gefängnis, kämpft auch die feudalistische Kultur nieder. Die meisten von ihnen sind Menschen aus dieser Region. Doch zwischen den Besuchern und ihnen merkt man einen wichtigen Unterschied: Eine Avantgarde bildet sich heraus. Alle Gefangenen mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Staat kollaboriert haben, leben zusammen. Das Geld und die Lebensmittel, die von den Besuchern mitgebracht werden, werden zusammengelegt und auf die einzelnen Zellen nach Köpfen verteilt, nach den Bedürfnissen der Gefangenen verbraucht. In der Kantine der Gemeinschaftszelle sehen wir auf einer Schiefertafel Übungssätze in Englisch. Ein Großteil des Tages wird für Bildung verwandt. Jede Gemeinschaftszelle hat eine breitgefächerte und reiche Büchersammlung. Sie spielen Theater, schreiben Artikel, Bücher über verschiedene Themen. Wir essen gemeinsam mit den Gefangenen. Das Essen besteht aus Tomaten, grünem Salat und Fladenbrot. Ein Aufruf unterbricht die Mahlzeit: Bitte um Ruhe! Es wird ein Artikel zur Golfkrise vorgelesen. Danach wird gruppenweise darüber diskutiert. Die Kinder lassen sich nicht davon beeindrucken und hüpfen und rennen weiter in der Zelle. Es gibt hier keine Väter oder ältere Brüder die ihnen eine Ohrfeige verpassen und für Ruhe sorgen würden.



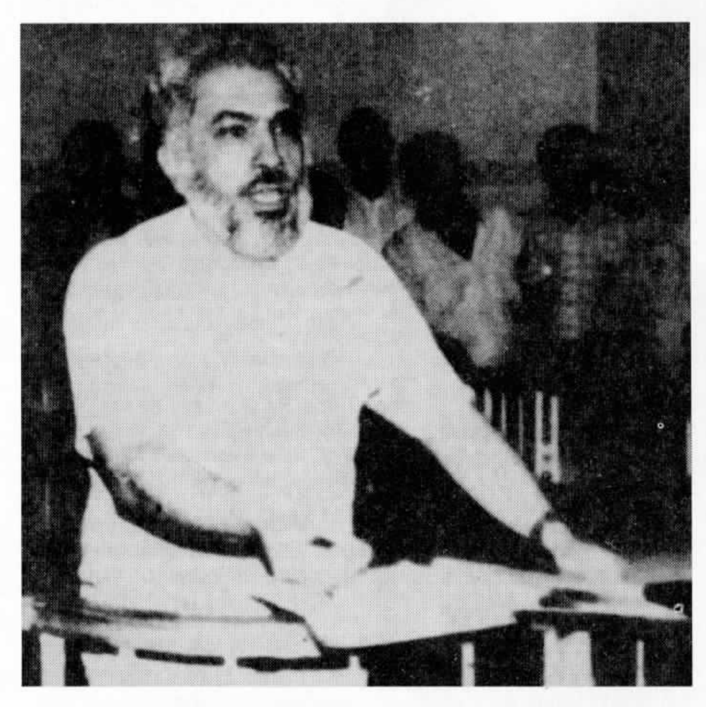
DU BIST HIER, WEIL DU DIE REICHEN ALS ARM ANSIEHST

Die offenen Besuche finden an religiösen Feiertagen statt, wie etwa beim Opferfest. Doch das Fest draußen kümmert sie hier wenig. Auch als Reaktion auf ihre Gefangenschaft. Das eigentliche Fest findet drinnen statt. Auch Frauen, deren Männer oder Söhne hier gestorben sind, deren Angehörige bereits frei sind, sehen wir hier als BesucherInnen. Viele Menschen aus der Region sind gekommen um Dogu Perincek zu sehen. Immer wieder hört man Sätze wie "Wir lieben den, der das Volk liebt. Wir Kurden wissen wer uns was wert ist, wir sind opferwillig". Zwischendurch sagt man mir "machen Sie sich keine Sorgen. Alle Wissenden werden ins Gefängnis gesteckt." Ein anderer, etwas älterer Herr fügt hinzu: "...alle Wissenden, die sich dagegen wehren". Wiederrum andere sagen "der wichtigste Kampf ist die Wahrheit den Tyrannen ins Gesicht zu sagen, wir wollen dem Gericht sagen, daß sie ihn diesmal noch nicht freilassen sollen. Er soll noch ein bißchen bei uns bleiben". (Gemeint ist Perincek)

Ein alter Herr, ein islamischer Gelehrter aus Cizre ist dafür, daß Perincek noch weitere sechs Monate im Gefängnis bleibt. Er sagt zu ihm: "Wir wissen warum man dich hierher gebracht hat. Weil du für die Armen bist, weil du die Reichen als arm ansiehst. Wenn die Leute hier etwas zu lernen haben, so lehre sie das". Perincek erwidert: "Ich lerne von ihnen". Der Hodscha sagt, "Es gibt immer eine übergeordnete Stufe bis zum Gott und spricht arabische Gebete über das Wissen. Danach dreht er sich zu mir und sagt "Schreib genau so auf wie du es von mir jetzt hörst. Die Sonderkommandos, die Soldaten behandeln uns, das Volk hier wie Vieh, wie Banditen. Ich habe bis heute kein Gebet ausgelassen, doch sie sagen zu uns Ihr seid Ungläubige, Armenier, Juden." Ein anderer Gefangener mischt sich ein "Ich sage ihnen o.k. Ich füge mich eurer Überordnung. Sie sagen nein, du gehörst einer anderen Nationalität an. Wir gelten also kurz als Separatisten." Die ausgestreckte Hand eines Freundes ergreifen sie sehr fest. Im Gefängnishof spielten 100-200 Männer und Frauen gemeinsam das kurdische Tanz Govend. Sie singen kurdische Volkslieder, Märsche. Einen Augenblick hielten die Tanzenden inne. Man hörte einen Applaus. Am Ende des Hofes fragte man was los sei. "Dogu Perincek tanzt jetzt mit uns" hörte man andere antworteten. Wenig später hörte man die Stimme Perinceks in solo, er begleitete in türkisch das gerade gesungene kurdische Lied. Widerum brach ein Applaus aus. Alle Menschen im Gefängnis werden des Separatismus beschuldigt.

"Die Einsperrung von Menschen aufgrund ihrer Gedanken ist Mord"

Am 27.9.1990 wurde Dogu Perincek, Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Ikibine Dogru aus dem Gefängnis von Diyarbakir entlassen, wo er seit Anfang August dieses Jahres wegen Schwächung nationaler Gefühle und Separatismus inhaftiert war. Hier Auszüge der Rede, die Perincek vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir hielt:



D. Perincek während der Verteidigung

In allen Reden trete ich immer wieder für Gleichheit, für Freiheit auf der Basis von freiwilliger Einheit ein. Die Lösung des Kurdenproblems wird in der gemeinsam vom türkischen und kurdischen Volk zu verwirklichenden demokratischen Volksregierung gesehen. Die freie Entscheidung der Kurden über ihre Zukunft ist die unverzichtbare Bedingung einer freiwilligen Einheit, die die einzig stabile Einheitsform ist. Auf einer Welt, die dem 21. Jahrhundert zugeht gibt es keine andere Einheit, gar eine, die auf Gewalt basiert schon gar nicht; die Bewahrung der Einheit mittels Gewaltanwendung ist unmöglich, solche Zeiten sind passé. In all diesen Reden sieht man einen roten Faden, der durchgeht: Die Bruderschaft und Einheit zwischen den Kurden und den Türken. Die Staatsanwaltschaft zieht aus diesen Reden Wörter heraus. Beispielsweise sage ich an einer Stelle: "Dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden muß Respekt entgegengebracht werden". Dies alles sind Sätze, für die ich weiterhin stehe. Ich stehe zu allem, was ich gesagt habe. Warum sage ich das alles, was beabsichtige ich damit?

Schauen Sie: In dem Gesetzestext ist von "Schwächung der nationalen Gefühle" die Rede. Man muß diesen Begriff "nationale Gefühle" interpretieren. Ist das "nationale Gefühl" mit Nationalismus gleichzusetzen? Wenn ja, dann bin ich schuldig. Ich bin kein Nationalist. Ganz offen: ich bin kein türkischer Nationalist. Auch kein kurdischer Nationalist. Schließlich kann eine Verfassung niemandem eine Ideologie aufzwingen wie derart, daß jemandem auferlegt wird, er solle Nationalist sein oder ein Internationalist. Also kann auch das betreffende Gesetz aus dem Türkischen Strafgesetzbuch TCK 142/3 nicht als ein Paragraph interpretiert werden, der den Nationalismus schützt und der Menschheit diese Ideologie aufzwingt. Kurz: Der Nationalismus wird nicht unter Androhung von strafgesetzlichen Folgen geschützt. In Wahrheit ist dieser Paragraph 142/3 des TCK unmenschlich und nicht zeitgemäß, weil er Gedanken zum Verbrechen erklärt. Aber sogar in seiner unzeitgemäßen Form kann man ihn richtigerweise nur als Schutz des Patriotismus verstehen. Wenn man unter dem nationalen Gefhl Nationalismus verstehen will, dann bringe ich dagegen folgendes vor: Wo habe ich diese Reden gehalten? In Siverek, in Batman, in Diyarbakir, in Van, in Nusaybin. Und was ist das nationale Gefühl eines Menschen in Nusaybin, in Batman oder in Van? Welches nationale Gefühl habe ich denn bei ihm geschwächt? Wenn man die Sache so betrachtet, dann ist sein "nationales Gefühl" ein kurdisches. Lassen Sie uns auf die Straße gehen und fragen, einen aus Siverek, aus Van: Was ist dein nationales Gefühl? Er wird uns antworten: Ich bin ein Kurde. Er sagt es sowieso, jeder sagt es, spricht es aus. Und das ist ihr gutes Recht. Nichts ist normaler als das. Die Anerkennung der eigenen Identität bei ihm müssen wir Türken unterstützen, wenn wir gemeinsam leben möchten. Ich trete hierfür ein. Was ist wichtig dabei? Wichtig ist der Patriotismus. Werden wir auf diesem Boden und auf diesem Land, das wir als "das Tor zu vielen Kulturen der Menschheit" bezeichnen, gemeinsam und brüderlich leben?

Wenn man jetzt meine Reden analysiert sieht man immer



Militärgefängnis von Diayarbakir: "Wir sind verdammt zur Freiheit, Einheit und zur Brüderlichkeit."

wieder diesen Aufruf: Lasst uns gemeinsam leben, lasst uns brüderlich leben. Überall versuche ich diese Message zu vermitteln. Wenn sie die Reden analysieren, werden sie es sehen. In Siverek sagte ich noch folgendes: "In meinem Herz hat nicht nur der Türke Platz. Nicht nur der Deutsche, der Franzose. Die ganze Menscheit hat darin Platz. Und wenn in euerem Herzen als Kurde nur der Kurde Platz hat, dann habt ihr bestimmt ein sehr kleines Herz. Auch in euerem Herz muß der Türke, Araber, Schwarze, die ganze Menschheit einen Platz finden".

Ich hatte ihnen nicht vom kurdischen Nationalismus, vom Kurdentum gesprochen! Ich sprach vom Internationalismus, Bruderschaft und Gleichheit.

Zweitens: In allen meinen Reden habe ich das Selbstbestimmungsrecht der Kurden als eine Bedingung der Einheit verteidigt. Überall habe ich gesagt: "Wir sind verdammt zur Freiheit, zur Einheit, zur Brüderlichkeit". Warum wir zur Einheit gezwungen sind habe ich ausführlich in meinen Reden behandelt. Aber diese Einheit hat eine Bedingung: Sie muß freiwillig erfolgen.

Meine Herren Richter: Wenn Sie einer Dame einen Heiratsantrag machten und darin zum Ausdruck brächten, daß Sie sie jeden Tag verprügeln und ihr das Leben unerträglich machen werden, würde sie Ihren Antrag annehmen? Und wenn doch, wäre diese Ehe stabil? Die Vereinigung von Nationen gestaltet sich genauso. Die Nationen vereinigen sich nur auf der Grundlage von Liebe, Brüderlichkeit und Freiwilligkeit.

Wenn man die Kurden jeden Tag verprügelt, so wie in Sirnak 28 von 35 Dörfern leert, die Bienenstöcke zerstört, die Wälder niederbrennt und dann mich hier vor Gericht stellt und dabei vom Patriotismus noch redet, dann frage ich: Was ist das für ein Patriotismus?

Meine Herren Staatsanwälte: Die Berge wandeln sich in kahle Landschaften. Sind denn kahle Gebirgsfelsen die geliebte Heimat? Was passiert denn jetzt? Dieser Südosten unseres Landes verwandelt sich in ein kahles Land. Ist das nun Heimat? Ich habe ein Recht darauf, diese Frage zu stellen. In meinen Reden habe ich immer wieder darauf hingewiesen. Ich sagte, daß man nicht ein Patriot werden könne, indem man Wälder niederbrennt. Das ist ein Land, das wir uns gemeinsam teilen werden und das ist die Bedingung des Sich Teilens. Ich sage dies alles nicht um meine Freilassung zu erreichen oder weil ich Angst vor dem Gefängnis habe. Ich sage nur: Unsere Verantwortung ist groß und auch Ihre Verantwortung ist groß. Wenn der türkische Staat diese Einheit auf Gewaltanwendung basiert, dann sage ich Ihnen jetzt schon, daß es schiefgehen wird. Man muß sehen, daß mit Gewalt, mit Niederbrennen von Wäldern, mit Entleerung der Dörfer durch Zwangsumsiedlung von Bauern keine Einheit erreicht werden kann.

Wenn schon für mich 25 Jahre gefordert werden, dann nehme ich mir das Recht heraus, Ihnen einige Sätze aus meinen Reden vorzutragen. Schauen Sie, die Anklage gibt sogar die Teile einer Rede Atatürks derart wieder, daß es den Anschein hat, als seien sie aus meiner Rede. Atatürk diskutiert auf einer Pressekonferenz in Izmit die Trennung. Die Journalisten fragen: "Wie wollen Sie das Kurdenproblem lösen?" Das ist im Februar 1923. Während die Grundzüge des neuen türkischen Staates besprochen werden antwortet Atatürk auf diese Frage: "Die Kurden sind eine eigenständige Nation und haben Rechte. Doch wir leben zu eng zusammen. Eine Trennung ist also keine Lösung. Wir planen den Kurden regionale Autonomie zu gewähren". An vielen Stellen in meinen Reden habe ich es gesagt: Atatürk ging am 19.5.1919 nach Samsun, begann einen Befreiungskampf und bei jedem Schritt dieses Kampfes erklärte er die Türken und Kurden zu Besitzern dieses Landes. Der Begriff "Land" wurde so beschrieben: Das von "Türken und Kurden bewohnte Land". Nach dieser Feststellung im sogenannten Amasya-Protokoll wurden die Kongresse von Sivas und Erzurum abge-

halten. Lesen wir den ersten Paragraphen. Hier steht: “Die rassischen, sozialen und geographischen Rechte der Kurden stehen unter Schutz”. Das sind Grundsätze, die von verfassungsmäßigen Dokumenten festgestellt werden und die Basis dieser Republik bilden. Kurz: Das Land gehört Türken und Kurden. Und die Bedingung eines brüderlichen Zusammenlebens in diesem Land ist die Anerkennung der rassischen, sozialen und geographischen Rechte der Kurden.

In unserem Programm stützt sich die Einheit auf den Willen, auf die Anerkennung dieses Willens. Das ist so ähnlich wie beim Eherecht. Das Eherecht stützt sich auf die Gleichheit, d.h. darauf, daß die Frau nicht versklavt werden darf. Und das Scheidungsrecht ist notwendig um eine stabile Ehe zu ermöglichen. Das ist genau unsere Logik. Wir sagen dies offen und propagieren dies gegenüber der Bevölkerung. Doch wir müssen hier feststellen, daß die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift keinen Wert auf diese Dinge legt und diese Gedanken nicht aufnahm. In der letzten Rede in Siverek z.B., der Passus über die Türken, daß auch sie eine wertvolle, ehrenvolle Nation seien, ist nicht enthalten in der Anklage. Dabei sind diese Dinge für die Anklage sehr wichtig. Der Staatsanwalt hätte sie in die Diskussion einbringen müssen.

Vor wenigen Tagen wurde mein Freund und Kollege Turan Dursun ermordet, wegen seiner Gedanken. Alle Menschen und die Presse haben diese Tat verurteilt. Die Öffentlichkeit verdammt diese Tat. Nun, wenn ein Mensch aufgrund seiner Gedanken getötet wird ist es ein Mord. Was ist es aber, wenn Sie einen Menschen aufgrund seiner Gedanken einsperren, ihn seiner Freiheit berauben? Sehen Sie zwischen den beiden Vorgängen vom Verständnis her, von der Logik her einen Unterschied? Es macht keinen Unterschied, ob Sie einen Menschen aufgrund seiner Gesinnung ermorden oder einsperren. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß es hier keinen qualitativen Unterschied, sondern lediglich einen Niveauunterschied gibt. Die Vernichtung der Freiheit, das ist auch Mord. Ein zeitlich begrenzter Mord. Ich sehe hier keine gemeinsame Linie mit Freiheit, Demokratie und Zeitgemäßsein. Das heißt, daß hier ist ebenfalls ein Mord. Morde geschehen nicht nur, wenn Menschen getötet werden. Auch das Einsperren von Menschen aufgrund ihrer Gedanken ist Mord. Gar mittels Gewaltanwendung heute die Diskussion des Kurdenproblems verhindern zu wollen, jeglichen Alternativlösungen den Staatsterror entgegenzustellen ist ein Mord an der Zukunft des Volkes. Wie ist das Kurdenproblem heute zu dem geworden, was es ist? Die Menschen konnten nicht einmal uneigennützigste Gedanken hierzu kundtun, sie wurden zum Schweigen gezwungen. Wenn Sie den Menschen nicht einmal das Recht zugestehen, die banalsten Forderungen dieser modernen Welt vorzutragen und versuchen dies mit Gewaltanwendung zu verhindern, dann lassen Sie den Menschen nur einen einzigen Weg sich zu artikulieren. Die Verantworung für die heutige Situation liegt in der jahrzehntelang durchgeführten staatlichen Politik.

Das Verfahren gegen Perincek wird fortgesetzt. Seine Zeitschrift 2000 Dogru (Richtung 2000) bleibt verboten. In der Zwischenzeit erscheint eine Nachfolgezeitschrift unter dem Titel Yüzyil (Jahrhundert).

* * *

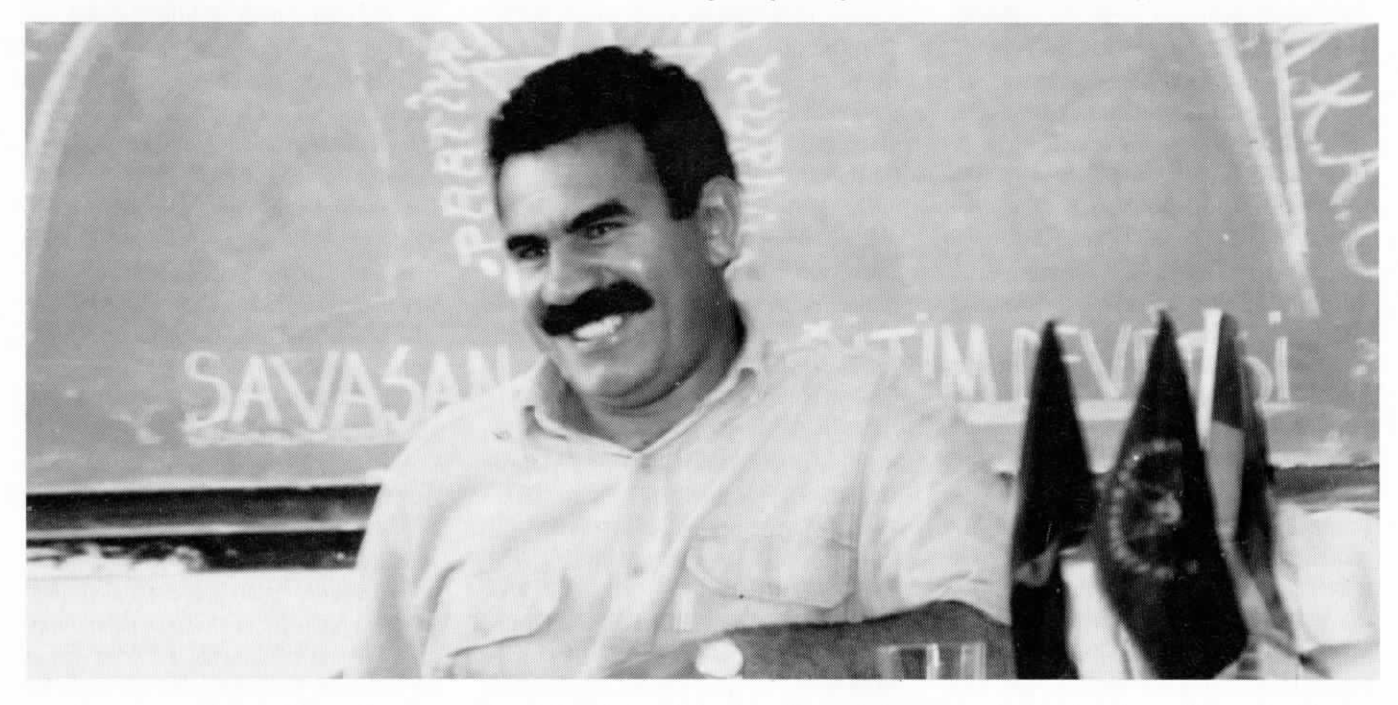


Ein Alltag im Militärgefängnis von Diyarbakir

Im Sommer dieses Jahres fanden eine Reihe von Gesprächen und Interviews mit dem Generalsekretär der PKK, dem Genossen Abdullah ÖCALAN statt. Wir veröffentlichen hier zwei kurze Auszüge aus zwei verschiedenen Interviews:
Aus dem Interview mit Hans Branscheid von medico international:

"UNSERE BEWEGUNG WIRD EINE FRIEDLICHE BEWEGUNG SEIN"

Vorbemerkung: *1984 wurde der bewaffnete Kampf von Ihnen eröffnet. Sechs Jahre später, heute, zeigt der Volksaufstand, daß die kurdische Bevölkerung zumindestens sehr stark mit der PKK sympathisiert und sie unterstützt.*



Hans Branscheid: *Wie soll dieser Kampf, der jetzt auch eine Massenbewegung geworden ist, der zur Massenunterstützung geführt hat, wie soll dieser Kampf jetzt stärker auch in den Städten und dichtbesiedelten Gebieten fortgesetzt werden, der eben nicht mehr nur in den Bergen stattfindet. Denken sie daran, neue Organisationen zu gründen, Parteien oder auch legale Basisorganisationen?*

Abdullah Öcalan: Der nationale Befreiungskampf Kurdistans ist mit den Aktionen vom 15. August 1984 in eine neue Phase getreten. Alle wichtigen Ereignisse in den darauf folgenden Jahren sind von diesen Ereignissen geprägt worden. Dieser 15. August hat ihnen den Stempel aufgedrückt. Die kurdische Nationalbewegung ist nicht besiegt worden, sondern hat eine Entwicklung, einen Sprung nach vorne gemacht. Mit den städtischen Aufständen 1990 ist der Befreiungskampf in eine neue Phase getreten, ebenso wie der 15. August 1984 eine neue Phase im kurdischen Befreiungskampf eingeleitet hat. Was die ländliche Guerilla und den Kampf in der Stadt betrifft, haben die Aufstände 1990 eine neue Phase eingeleitet. Der städtische Kampf verbreitet sich über das ganze Land und entwickelt sich zunehmend. Es entwickeln sich Gruppenbildungen und Zusammenschlüsse. Der Kampf wird immer mutiger und radikaler. Es gibt neue Aktionsformen und Aktionen. Dieser Kampf hat viele Möglichkeiten und Entwicklungschancen. In diesem Zusammenhang kann auch mit legalen Mitteln gearbeitet werden. Dazu werden auch neue legale Zusammenschlüsse und Parteien gegründet werden, z.B. die Vereinigte Sozialistische Partei (gemeint ist der Revolutionäre Sozialistische Block, d.Red.) und die Partei der Werktätigen. Es gibt in diesem Rahmen einige Initiativen, aber das Wichtige für uns ist, daß diese Parteien nicht irgendwie von oben herab aufgebaut werden, sondern sich aus den Aktivitäten des Volkes, von der Basis her, entwickeln. Die Parteien wollen zwar diese Initiative aufgreifen, aber sie können nur in beschränktem Maße die Massen ansprechen.

Das was wir schaffen wollen, ist eher eine separat angelegte, eine Massenbasis findende breitere demokratische Bewegung. Das wird zusammen mit dem Potential in türkischen Städten durchgeführt.

Frage: *Wird es demnächst vielleicht eine neue legale Partei geben, die sich sehr stark auf die PKK beziehen wird?*

A. Öcalan: Diese Partei wird keine von uns organisierte oder eine legale Partei der PKK sein, sondern es wird eine aus zahlreichen verschiedenen Gruppen und Schichten bestehende Partei sein, die nicht nur in den Städten Kurdistans existiert, sondern ihren Einfluß auch in der Türkei besitzen wird. Diese Arbeit wird nicht von uns durchgeführt, sondern es

werden sich andere Gruppen und Initiativen kultureller und sozialer Art sowie alle möglichen Gruppierungen damit befassen. Diese Partei wird auch nicht von uns gegründet, sondern wir werden diese Partei oder Bewegung unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß wir auf jeden Fall gegen eine Partei sind, die, wie bisher in der Türkei, von oben herab eingesetzt wird, wie z.B. die Kommunistische Partei in der Türkei. Wir sind gegen eine derartige auch sektiererische Partei, sondern wir sprechen von einer breit angelegten, alle demokratischen Prinzipien umfassenden Bewegung, die die Türkei auch zur Demokratie drängen wird. Es ist selbstverständlich, daß die Türkei versuchen wird, wie bisher auch, wie z.B. bei zwei Zeitungen, die Partei zu verbieten, was aber nicht so einfach gehen wird, weil es eine Partei oder Bewegung sein wird, die aus einer sehr breit angelegten Volksmasse besteht und alle Bereiche erfaßt, die auf sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, religiöser und konfessioneller wie auch auf anderer Ebene die Forderungen des Volkes in sich konkretisiert.

Frage: *Wenn ich Sie richtig verstanden habe, vermuten Sie, daß sich die ausgeschlossenen SHP-Abgeordneten dieser Politik anschließen werden. Können Sie das bestätigen?*

A. Öcalan: Diese ehemaligen SHP-Abgeordneten sagen, daß sie an einer solchen Bewegung Interesse haben. Sie stehen der PKK freundschaftlich gegenüber. Sie könnten Verbindungen haben zu dieser Volksbewegung, die entstehen wird. Wir werden in Zukunft mit folgender Situation konfrontiert werden: Die sich entwickelnde und stabilisierende Volksbewegung wird sowohl diese sozialdemokratischen Abgeordneten als auch die linken Gruppen unter Druck setzen, unter Druck setzen in der Richtung, daß sie sich entscheiden müssen, daran teilzunehmen oder von der Bildfläche zu verschwinden. Das ist auch unser Ziel, daß sie an dieser Volksbewegung teilnehmen oder untergehen. Wir wollen aufräumen mit der künstlichen Fraktionierung und den Auseinandersetzungen unter den linken Gruppen. Wir wollen sie zu einer Einheit zusammenschließen. Unsere Volksbewegung hat das Ziel, die Türken, Kurden und die Minderheiten in der Türkei zu einer Einheit zusammenzuführen, eine gemeinsame Plattform für alle zu schaffen. Unsere Bewegung wird eine friedliche Bewegung sein. Sie wird mit friedlichen Methoden arbeiten. Sie wird von der Basis her aufgebaut und organisiert sein, im Unterschied zu allen anderen Ansätzen, die bisher immer von oben herab organisiert worden sind. Wir wollen, um diese Volksbewegung organisieren zu können, unser Volk, die von uns jetzt geschaffene Volksbewegung, als Hebel nutzen, das heißt, daß zum ersten Mal eine Partei aufgrund einer Volksbewegung und von der Basis her gegründet wird und nicht, wie die bisherigen ideologischen Parteien, von oben herab. Statt einer ideologischen Partei wollen wir diese neue Entwicklung einleiten, und diese neue Entwicklung soll auf der Ebene der ganzen Türkei stattfinden. Die anderen Parteien, die bisherigen Staatsparteien, können das nicht. Sie haben vor den Generälen kapituliert. Sie haben sich auch zu diesem Gipfel zusammenrufen lassen und das Programm der Generäle abgesegnet. Sie handeln auf Befehl der Generäle und sind Staatsparteien. Die von uns zu gründende Bewegung wäre zum ersten Mal die Entwicklung einer Volkskraft gegen den Staat, die Initiative des Volkes gegen den Staat, also die Stimme und der Wille des Volkes.

Frage: *Anknüpfend an den Erfolg des Kampfes seit 1984 und den Volksaufstand jetzt. Was ist in dieser Situation des Erfolges Ihre Botschaft oder Forderung an die türkische Regierung? Wären Sie zu Verhandlungen bereit über einen evtl. Waffenstillstand, und was sind Ihre Bedingungen dafür?*

A. Öcalan: Von Anfang an war für uns der bewaffnete Kampf nicht die einzige Alternative. Es ging darum, die Existenz des kurdischen Volkes zu bewahren und für seine nationalen Rechte und für seine Freiheit zu kämpfen und die Probleme an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Staat hat das Feuer eröffnet. Der bewaffnete Kampf ist nicht unser einziges Prinzip, aber wir haben darauf geantwortet und unsere Initiativen verteidigt. Wenn man uns Organisationsfreiheit und politische Rechte gewährt und auf Gewalt verzichtet hätte, hätte der bewaffnete Kampf nicht anfangen müssen.

Aber der türkische Staat ist ein nichtdemokratischer Staat, ist ein despotisches System und ist auf gewaltsame Assimilation ausgerichtet. Nicht nur gewaltsame Assimilation der Minderheiten und des kurdischen Volkes, auch Terror gegen das türkische Volk sind seine Prinzipien. Der ganze Staat ist eine Terrororganisation. Selbst Initiativen, die nur die Existenz des kurdischen Volkes darlegen, wie z.B. Besikci, der weder in einer Partei organisiert war noch selber Kurde ist -er ist Türke- hat aufgrund seiner Untersuchungen zehn Jahre im Knast gesessen und soll jetzt aufgrund seiner neuen Veröffentlichung nochmal zehn Jahre in den Knast kommen. Das zeigt, welche grundsätzliche Position der türkische Staat zur kurdischen Sache hat. Der Staat hat einen terroristischen Charakter. Dieser terroristische oder despotische Charakter besteht schon seit dem osmanischen Reich. Seitdem werden jegliche demokratische Bewegungen auf despotische Weise niedergeschlagen. Die Parteien, vor allem die, die jetzt offiziell gegründet sind, wie SHP, Partei des richtigen Weges und ANAP, haben alle möglichen Lösungen abgeschrieben und nur das unterschrieben, was die Generäle ihnen vorgelegt haben, wie eben diesen Erlaß 413, der Deportation und vor allem Zensur vorsieht. Das ist eine Antwort auf mein Interview mit der Zeitung Milliyet gewesen, in dem ich gesagt habe, daß wir bereit sind zu einem Dialog und zu einem Waffenstillstand unter der Bedingung, das uns das Recht auf freie Organistionsmöglichkeiten gewährt wird und politische Lösungen geschaffen werden, wie eine Amnestie. Das waren meine einzigen Bedingungen. Die Antwort darauf war, daß der Ausnahmezustand noch verschärft wurde. Auch hier zeigt sich deutlich, daß nicht wir es sind, die auf militärische Lösungen drängen, sondern das es der türkische Staat selber ist. Dieser Erlaß ist der bisher größte Schlag für die politische Entwicklung in der Türkei. Es ist genau der Schritt zurück, es ist der Ausnahmezustand hoch drei. Aber wir leisten dagegen Widerstand. Wir sind nicht bereit, zu kapitulieren. Auch damals hat man das Reue-Gesetz aufgebracht, um von uns zuerst die Kapitulation zu verlangen. Wir sind nicht bereit zu solch einer Kapitulation. Gegenüber einer solchen Politik gilt für uns die Devise: Entweder Tod oder Widerstand. Wir sind dabei, diese Widerstandstenzdenz zu entwicklen und wir haben Erfolg dabei, das zeigen die letzten drei Monate. Das zeigt, daß die PKK eine wichtige Kraft ist und daß unter diesen Bedingungen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land die Guerilla Erfolge erzielen kann...

Aus dem Interview mit Marco Tronti (Redakteur des italienischen Magazin PANORAMA) mit dem Generalsekretär der PKK:

"Dieser Kampf ist die Rettung der Menschheit gegen den Völkermord, die Rettung des Volkes, der Demokratie!"

Marco Tronti: *Wenn Sie der europäischen Öffentlichkeit was über sich sagen würden, werde ich es dort wiederspiegeln.*

A. Öcalan: Im Mittleren Osten und in Kurdistan spielt sich eine ziemlich wichtige Realität ab. Die Propagandamittel spiegeln diese Realität in der europäischen Öffentlichkeit auch ziemlich verdreht wieder. Sie spiegeln sie entsprechend den Interessen der Regierungen wieder. Z.B. wird an Stelle des Bildes der Türkei eine würdige Form gezeichnet. Das ist auch ein wenig deshalb so, weil die USA das zugelassen haben. Immerhin betreibt die Türkei heute in Kurdistan mit ihrer barbarischsten Armee einen entsetzlichen Völkermord. Was Saddam getan hat ist nichts dagegen. Sie betreibt einen Völkermord der hundert Mal gefährlicher ist als der Saddams. Angeblich verteidigt sie die Interessen des Westens. Auch das ist eine große Lüge. Diese Politik ist eine Mittäterschaft der europäischen Regierungen mit einer Handvoll türkischer Kollaborateure. Ob wohl die westliche Öffentlichkeit diese Realität erkennen kann? Ob sie sie wohl erkennen und dieser Realität zustimmen können? Ich glaube, daß wir das in der vor uns liegenden Phase sehen werden können. Wir werden die türkische Barbarei noch besser zeigen. Diese Barbarei ist diejenige, die noch bis gestern Saddam großgezogen hat. Und ich bin sicher, daß es immer noch unter der Hand eine Kollaboration mit Saddam gegen die Kurden gibt. Eine Woche vor dem Halabja-Massaker war der heutige Staatspräsident Özal in Bagdad. Sie haben gemeinsam beschlossen chemische Waffen zu benutzen. Wenn in Kurdistan wieder chemische Waffen benutzt werden, ob Saddam sie benutzt oder ob die Türkei sie benutzt, dann wird das gegen das kurdische Volk sein. Daher betreibt die Türkei mindestens so sehr wie er selbst die Politik Saddams. Es ist notwendig das zu sehen, das zu zeigen. Natürlich ist jetzt die Türkei damit beschäftigt ununterbrochen Dörfer zu entvölkern, Wälder niederzubrennen, das Volk zu deportieren. Nach den Informationen, die wir bekommen haben, werden auch viele Patrioten erschossen. Eine zwangsweise Migration hat begonnen. Vergessen wir nicht, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung in dieser Epoche nach dem 12. September nach Europa migrieren mußte. Es wird versucht auch die Verbleibenden zur Migration zu bringen. Zur Zeit wird ein Völkermord betrieben, der dem armenischen Völkermord gleicht. Wir versuchen, diesen Völkermord zu verhindern. Die europäische Öffentlichkeit muß diese Wahrheit erkennen. Sie sollen ihren eigenen Regierungen nicht so sehr vertrauen, denn diese erhoffen sich manche Dinge von der Türkei. Wenn sie eine Unterstützung entwickeln kann, dann muß sie unbedingt diese Unterstützung zeigen, bevor ein zweiter armenischer Völkermord ganz erreicht ist. Und sie sollen auch genau wissen, daß wenn das kurdische Volk von diesem Völkermord gerettet wird tatsächlich die Demokratie und die Menschheit siegen wird. Dieser Kampf ist wirklich die Rettung der Menschheit gegen den Völkermord, die Rettung des Volkes, die Rettung der Demokratie. Genau das ist die Wahrheit unseres Kampfes. All die anderen Bewertungen sind unzureichend .

Frage: *Nur noch eine letzte Frage. Wie sieht sich die PKK ideologisch, wie soll Europa sie ideologisch sehen?*

A. Öcalan: Wenn der entwickelste Humanismus der sozialistische Humanismus sein sollte, dann verteidigt sie ihn so. Wir verspüren eine große Sehnsucht nach einem Humanismus, der die staatlichen und nationalen Grenzen überwindet. Und wir glauben, daß die Revolution des kurdischen Volkes eine Revolution sein wird, die am meisten einen solchen Humanismus zum Blühen und die Kraft dazu erlangen können wird. Das kurdische Volk ist ein Volk in dem die menschlichen Werte am meisten hochgehalten werden. Weil es ein Volk ist, das menschliche Werte haben kann oder sich nicht gegen die menschlichen Werte schuldig gemacht hat, ein Volk, das die menschlichen Werte und dadurch den Humanismus am leichtesten erreichen können wird. Es ist ein Volk, das am wenigsten von nationalen und staatlichen Interessen angesteckt ist. Deshalb sagen wir, daß es ein Volk ist, in dem die Verwirklichung des Humanismus am leichtesten zu erreichen ist. Am Anfang analysierte ich das so: Die Wiege der Menschheit ist Mesopotamien, es spielt die Mutterrolle der Menschheit. Auch wenn sie sehr gealtert ist - vielleicht ist das eine sehr bertriebene Behauptung - aber auch wenn sie eine sehr gealterte Mutter sein sollte, so sind es doch wir, die die Menschheit schützen werden.

Frage: *Wie wird Kurdistan wirtschaftlich sein, in den Augen der PKK? Wie Schweden, wie die USA, wie Italien oder wird es eine reine sozialistische Wirtschaft sein?*

A. Öcalan: Nein. Weder ein kollektiver Kapitalismus wie in der Sowjetunion, noch ein individueller Kapitalismus wie in den USA. So wird es nicht sein. Es wird soviel politische Autorität geben, die die Produktivität des Einzelnen, seine Freiheit nicht behindern wird, und soviel Liberalismus, daß er nicht zuungunsten des Einzelnen oder zur extremen Herrschaft, Ausbeutung der anderen Individuen führt. Wir werden uns große Mühe geben, dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Die Ökonomie, Kultur, Moral, Politik, alles wird in Suche nach diesem Gleichgewicht geschaffen werden.

Die "Golf-Krise"

Die Rolle der Türkei und die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistans

Der Mittlere Osten ist seit vielen Jahrzehnten Schauplatz unzähliger Auseinandersetzungen und Kriege. Diese Situation hat historische Wurzeln, die in der besonderen Lage und den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Bedingungen dieser Region liegen. Der Mittlere Osten ist ein Knäuel von Widersprüchen, die immer wieder heftig aufeinanderprallen und im Ergebnis oftmals zu Kriegen führen. Diese schwierige Lage wurde und wird durch die Intervention des imperialistisch-kapitalistischen Systems gegen Ende des letzten Jahrhunderts bis in unsere Tage hinein um ein vielfaches erschwert.

Wir wollen in diesem Artikel auf einen Teilbereich eingehen und uns mit dem Faktor Türkei und den damit zusammenhängenden Fragen im Rahmen des Mittleren Osten beschäftigen. In einer Analyse des Mittleren Ostens erklärt der Generalsekretär der PKK, Genosse Abdullah Öcalan: *"Heute erleben wir in der Region des Mittleren Ostens eine Zersplitterung bis in die Familien hinein. Manchen mag das anachronistisch vorkommen. Aber dies ist eine Lage, die sich mit historischen Tatsachen erklären lässt. Und diese Realität ist ein Spiegel für den Mittleren Osten."* (Ausgewählte Schriften, Band IV, s. 84-85, türk. Fassung). Auch die türkische Mittel-Ost-Politik ist eine Politik, die sich aus einer historischen Entwicklung erklären lässt.

Der türkische Faktor beginnt in der Region zum ersten Mal im 11. Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung eine Rolle zu spielen, als die ersten türkischen Stämme aus Mittelasien in den Mittleren Osten einfielen. Diese Rolle wird zu einem bestimmenden Machtfaktor als sich diese Stämme zu Anfang des 15. Jahrhunderts in einer politisch-militärischen Formation zum Osmanischen Reich zusammenschliessen und als feudales Militärimperium gewaltsam das Kalifat an sich reisst. Die Osmanen halten das Gebiet über 400 Jahre unter ihrer Hegemonie.

Die Türkische Nahost-Politik von 1920-1945. Die aus der Konkursmasse des osmanischen Reiches hervorgegangene Türkische Republik (TR) unter der Führung der kemalistischen Bourgoisie verfolgte von Anfang an eine zweigleisige Innen- und Aussenpolitik. Dies hängt mit der spezifischen Besonderheit der kemalistischen Bourgoisie zusammen, die als Klasse aus der Bürokratie und dem Militär des osmanischen Staates hervorgegangen ist und in ihrer Entstehung einer fundierten materiellen Basis entbehrt. Während diese Klasse auf der einen Seite mittels der osmanischen Staatsgewalt, in die sie integriert ist, die christlichen Völker massakriert, um ihr Kapital an sich zu reissen, war sie, vor allem während des Befreiungskrieges (1919-1922) der Völker der Türkei gegen die imperialistische Besatzung, darum bemüht, die Führung zu übernehmen, um zu verhindern, dass dieser Kampf in falsche Bahnen gerät. Kurz zusammengefasst ist der Anti-Imperialismus der Kemalisten nicht an den Interessen der werktätigen Völker der Türkei orientiert. Es geht ihnen vielmehr darum, die verbleibenden Strukturen des osmanischen Reiches zu erhalten und ihre führende Position zu festigen. Die kemalistische Bourgoisie geht sogar so weit, noch während des Befreiungskrieges mit den damals in der Region aktiven imperialistischen Kräften, wie Frankreich und England die Kollaboration zu suchen.

Entsprechend kommt es 1921 zum Abkommen von Ankara mit Frankreich, worin vereinbart wird, dass die ehemals osmanische Provinz Hatay, die überwiegend von Arabern bewohnt ist, den Franzosen überlassen wird, wofür diese die Kampfhandlungen an der Südgrenze einstellen. Ein Jahr später werden alle Kampfhandlungen eingestellt, obwohl z.B. Istanbul noch in den Händen der imprialistischen Okkupanten ist. Statt einer endgültigen Vertreibung der imperialistischen Kräfte, ziehen es die Kemalisten vor, sich mit diesen an den Verhandlungstisch zu setzen und schliessen, in dem von ihnen nicht gewünschten Disput mit den führenden imperialistischen Ländern in den Verhandlungen von Lausanne ihrem Frieden. Die Lausanner Verhandlungen werden, ohne dass die Mossul-Kirkuk-Frage gelöst wird, zu einem vorläufigen Ende geführt. Dabei einigt man sich darauf, dass die heutigen Grenzen der Türkei zu endgültigen Grenzen der Republik und die Mossul-Kirkuk-Frage in Separatverhandlungen einer Lösung zugeführt werden soll. Mossul-Kirkuk ist eine ehemals osmanische Provinz, die hauptsächlich von Kurden bewohnt ist und den südlichen, heute vom Irak besetzten Teil unseres Landes ausmacht. Die TR beansprucht dieses Gebiet als einen Teil ihres Souveränitätsgebietes. Die dafür separat geführten Verhandlungen werden 1926 in dem Vertrag von Brüssel zu Ende gebracht. Das Ergebnis sieht so aus, dass dieses Gebiet endgültig den Engländern zugesprochen wird. Dabei spielt die kurdische Frage den Hauptgrund für die nach zähen Verhandlungen zuerst ins Stocken geratenen Verhandlungen, die schliesslich in kürzester Zeit zu Ende geführt wurden. In beiden Teilen unseres Landes, in dem von der TR besetzten nördlichen Gebieten, wie auch in den von den Engländern okkupierten südlichen Regionen war es 1925 zu kurdischen Aufständen gekommen. Die TR, die im Inneren ihre Macht zu konsolidieren versuchte, verfolgte eine Politik, die die Kurden leugnete, sie vertrieb und massakrierte. Den Kurden, die während des Befreiungskrieges die wichtigsten Bündnispartner

der türkischen Völker waren, wurden dabei die vorher gemachten Versprechungen wieder aberkannt, was zu einem regionalen Aufstand geführt hatte. Die Engländer wiederum, die die kurdische Karte gegen die arabischen Völker zunächst auszuspielen versuchten, zogen es später vor, das Gebiet mit Hilfe der arabischen Feudalkompradoren unter ihrer Kontrolle zu erhalten. Dafür priviligierten sie die Araber, was zu den oben erwähnten Aufstände in Südkurdistan führte. Nach der blutigen Zerschlagung beider Aufstände einigten sich Türken und Engländer dann bald darauf, dass die 1918 vollzogene Vierteilung Kurdistans endgültig sein sollte.

Ein weiteres Vertragswerk, das für die Regierungspolitik der TR in dieser Zeit bezeichnend ist, ist der Sabadat-Pakt zwischen der TR, dem Königreich Irak und dem Kaiserreich Iran, der 1937 abgeschlossen wurde. Dieser Vorläufer späterer reaktionärer Bündnisinitiativen hatte wiederum die kurdische Frage zum Inhalt. Alle drei Kurdistan kolonialisierenden Staaten einigten sich im Sabadat-Pakt auf gegenseitige Hilfe und darauf ihre Beziehungen weiterzuentwickeln. Hintergrund war, dass alle drei Staaten mit demselben Problem konfrontiert waren, in allen Ländern kam es zu kurdischen Aufständen. In diesem Sinne wurde der Sabadat-Pakt als antikurdischer Pakt abgeschlossen.

Mit der Zuspitzung der Widersprüche unter den imperialistischen Mächten zogen diese sich zunehmend aus der Region zurück. Die Türkei, die diese Situation dazu nutzte ihre eigene Position in der Region auszubauen, annektierte als ersten Schritt in diese Richtung die 1921 an die Franzosen abgetretene Provinz Hatay. Während des 2. Weltkrieges erhielt die TR ihre Beziehungen zu allen gegeneinander Krieg führenden Staaten aufrecht und bereicherte sich im Inneren an einer sogenannten Kriegswirtschaft, wobei sie die Ausbeutung der werktätigen Völker auf die Spitze trieb. Aufgrund der guten Beziehung zu Nazideutschland wurde die TR zu einem der Hauptlieferanten für die deutsche Waffenindustrie. Gestützt auf die wirtschaftliche Kraft wurde die kurdische Frage in der TR seiner Endlösung zugeführt.

Die Regionalpolitik der TR ist während der Jahre 1920 bis 1945 davon geprägt die eigenen verbliebenen Positionen zu erhalten, die Macht im Inneren zu konsolidieren und auf der Basis der Vernichtung des kurdischen Volkes einerseits und der Kollaboration mit den Imperialisten andererseits zu einem Faktor in der Region zu werden. Diese Politik ist die Grundlage für die späteren expansionistischen Bestrebungen der TR.

Der Gendarm im Mittleren Osten (Die türkische Regionalpolitik von 1946-1990)

Im Rahmen der Neuordnung der Welt betritt ab 1945 die USA als neue führende Kraft des imperialistischen Systems die Bühne. Die ersten Schritte im Mittleren Osten machen die USA allerdings schon Jahre zuvor. Mit ihrer Unterstützung wird in Saudi-Arabien ein reaktionäres Feudalregime unter der Führung des Emirs von Riad Ibn al Suud errichtet. Ab 1937 versuchen die Engländer eine Art Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen Staaten bei der Beherrschung der Region zu entwickeln, um die aufkeimenden nationalen Bewegungen in der Region zu unterdrücken und den Mittleren Osten als Vorposten gegen die UdSSR aufzubauen. Im Rahmen der kontrollierten Dekolonialisierung der Region sollen die neu entstehenden Staaten in neokolonialer Abhängigkeit an die imperialistischen Staaten gebunden werden. Gleichzeitig sollen direkt militärische Kräfte der imperialistischen Mächte als Schutzmächte in der Region verbleiben. In diesem Rahmen entwickeln die Engländer ein Projekt, dass den Namen MEC (Middle East Commandants) trägt, wonach in Kairo so eine Art Regionalarmee unter der Führung ägyptischer Offiziere aus Truppenverbänden der imperialistischen Staaten entstehen soll. Dieses Projekt scheitert am Widerstand der Ägypter, die dieses Ansinnen ohne weiteres zurückweisen. Die USA halten sich zuerst zurück und konzentrieren sich in erster Linie darauf, durch den Marshall-Plan einige Positionen in der Region zu kräftigen.

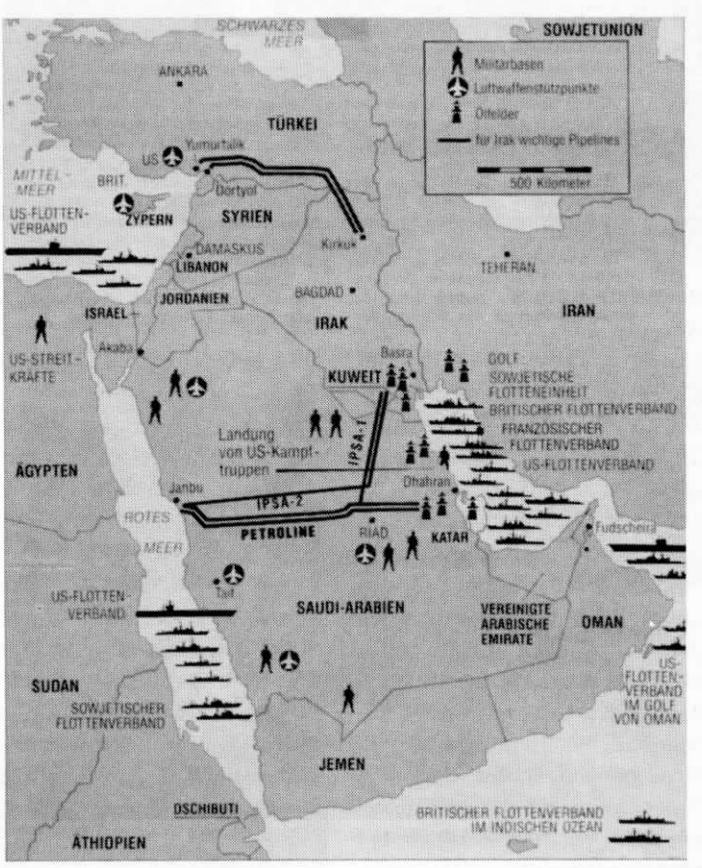


Bild: Der Spiegel

Die USA entwickeln nach dem Scheitern des MEC-Projekts der Engländer ein eigenes Projekt, das gerade heute in der aktuellen Diskussion wieder an Bedeutung gewonnen hat. Dieses Projekt sieht vor, in der Region einen Verteidigungspakt bestehend verschiedenen Schutzmächten zu installieren. Diesem Pakt, der den Namen MEDO (Middle East Defence Organization) trägt, sollten nach den damaligen Vorstellungen Truppen aus den USA, England, Frankreich, Australien, Neuseeland, Südafrika und der Türkei angehören.

Diese Überlegung wird aber bald wieder fallengelassen, weil die Installierung von fremden Mächten in der Region zu mehr Problemen geführt hätte, als hätten gelöst werden können. Später nimmt die imperialistische Mittelost-Politik ihren bekannten Verlauf, unser Interesse richtet sich hier auf die Rolle der Türkei.

Im Bewusstsein um die Neustrukturierung und die sich daraus



sche Politik der Anbiederung und des Andienens. In UNO Sitzungen nimmt sie mit den USA und anderen imperialistischen Staaten für Israel Stellung und stellt sich damit gegen die arabische Position, ähnlich verhält sie sich während der Suez-Krise. Einige weitere Beispiele dieser Politik seien hier kurz wiedergegeben: Als 1957 Syrien mit Ägypten einen Staatenverbund eingeht und damit im fortschrittlichen Lager seinen Platz einnimmt, behauptet die Türkei von der Südgrenze würde wegen der zunehmenden Truppenkonzentration eine Bedrohung ausgehen und bittet die USA um Hilfe. Dies nimmt die USA wiederum zum Anlass, Truppen in die Region zu entsenden. Viele Jahre später stellt sich heraus, dass es sich bei dieser angeblichen Bedrohung, um eine Scheinbehauptung der TR handelte, die der US-Intervention Vorschub leisten sollte. Ähnlich verhält es sich 1958 während der Libanon-Krise und einige Monate später: Als im Irak der König gestürzt wird und der 1955 gebildete Bagdad-Pakt auseinanderbricht, erinnert der damalige Staatspräsident der Türkei und Kampfgefährte Mustafa Kemal Atatürks, Ismet Inönü an die historischen Ansprüche der Türkei auf das Gebiet von Mossul und Kirkuk.

Noch während des algerischen Befreiungskrieges ist der Platz der Türkei an der Seite Frankreichs. Ende der 60er Jahre kommt es, dieses Mal unter der Regie der USA, zu einer Neuauflage des



Bagdad-Paktes in Form von der CENTO (Central Treaty Oranization), dem ausser der TR, der Iran und Pakistan angehören.

Die ständigen Veränderungen, das labile Kräftegleichgewicht, die Vielzahl an tiefgreifenden Interessen und Widersprüchen in der Region, machen eine langfristige Mittelost-Politik fast unmöglich. Anfang der 80er Jahre versucht das imperialistische System unter der Führung der der agressiven Reagan-Administration in einer konterrevolutionären Offensive in der

abgelehnt wird. Nach diesem vorläufigen Fiasko legt die TR ihren Schwerpunkt in der Aussenpolitik auf eine agressive, mit dem Imperialismus kollaborierende Gendarmeriepolitik.

So kommt es 1951 zu einer Unterredung zwischen dem Botschafter der USA in Ankara George McGhee, dem türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes und dem Aussenminister der TR, Köprülü. Dabei schlägt die türkische Seite vor, dass die Türkei ihre Beziehungen zu den anderen Ländern in der Region entwickelt, um auf dieser Basis ein prowestliches Bündnis unter der Führung der Türkei zu errichten. Botschafter McGhee ist von dieser Idee zunächst sehr angetan und gibt eine Untersuchung über die türkisch-arabischen Beziehungen in Auftrag, die feststellen soll, inwieweit diese Idee bei den anderen Staaten in der Region auf Gegenliebe stossen würde. Das Ergebnis des Abschlussberichts fällt für die Türkei vernichtend aus und gibt einen sehr guten Einblick in die Beziehungen der Türkei zu den anderen Ländern in der Region. Dieses Dokument, das im Rahmen der Diskussionen um die "Kuwait-Krise" nach fast 40 Jahren zum ersten Mal in der Tageszeitung Cumhuriyet veröffentlicht wurde, kann man kurz wie folgt zusammenfassen:

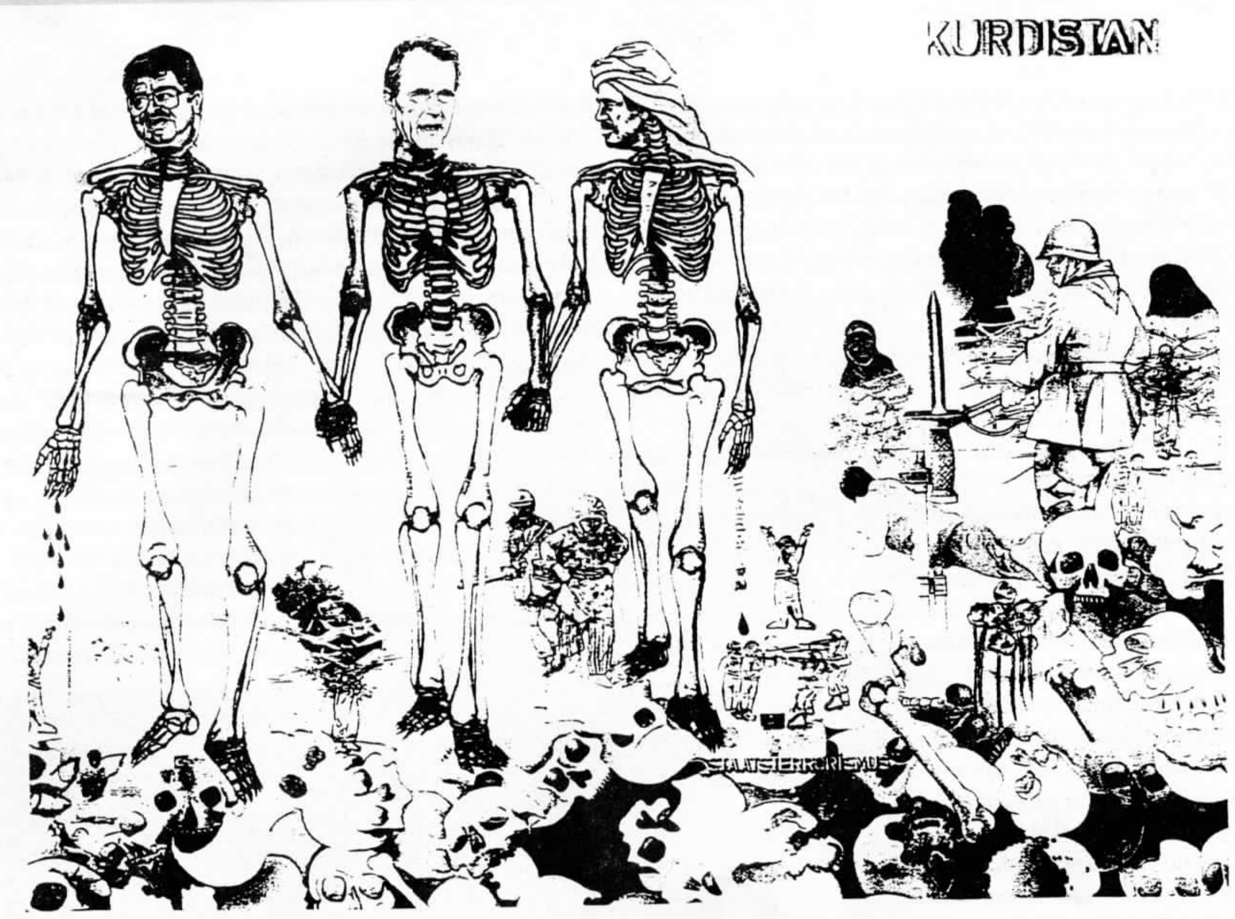
1.) Die 400-jährige osmanische Vorherrschaft in der Region hat unauslösliche Spuren, die dazu führen, dass die Türkei mit Skepsis, Antipathie und Furcht vor den expansionistischen Absichten angesehen wird.

2.) Die nationalen und im Fall des Iran auch religiösen Unterschiede sind ein ernstes Hindernis für die Anerkennung einer türkischen Führungsrolle bei den Ländern der Region.

3.) Eine Führungsrolle wird aufgrund von eigenen Vormachtbestrebung der einzelnen herrschenden Kräften in der Region abgelehnt.

Diese Idee wird erst einige Jahre später in der Errichtung des Bagdad-Paktes verwirklicht, an dem neben der TR, der Irak, der Iran und England beteiligt sind. Dieser Pakt ist ein konterrevolutionäres Bündnis gegen die jungen radikalen arabischen Staaten, die in der Region gegen die imperialistische Vormacht Stellung beziehen und in verschiedenen, wenn auch labilen Bündnissen zusammenkommen (Die Baath-Bewegung, die Nasseristen usw.).

Die Türkei, die sich durch den Einsatz türkischer Soldaten im Korea-Krieg inzwischen die NATO-Mitgliedschaft verdient hat, hält auch in den folgenden Jahren an ihrer Politik des Ausbaus einer Führungsposition mit Billigung des imperialistischen Systems fest. Dabei betreibt sie ganz offen eine proimperialisti-



ableitenden Möglichkeiten, verfolgt die TR eine eigene Politik, die das Ziel des Ausbaus einer Vormachtstellung in der Region nach historischem Muster hat. Schon bald nach Gründung der NATO beantragt die TR die Mitgliedschaft, was 1948 noch Region, die in den letzten Jahren entstandene für sie ungünstige Situation zu begradigen. Auf Betreiben der USA und ihrer Verbündeten putschen in der Türkei eine Reihe von Militärs. Mit einer den Irak anfeuernden Politik greift dieser den Iran an, im Sommer 1982 kommt es zur Libanoninvasion durch Israel. Die Türkei übernimmt im Rahmen einer Arbeitsteilung eine agressive Vorpostenrolle in der Region, die sie ohne zu Zögern durchführt. Mit der Machtübernahme der Militärs wird den USA die Möglichkeit gegeben, ihre sogenannten Schnellen Eingreiftruppen in der Türkei zu stationieren, ein Vertrag über die extensive Nutzung der Militärbasen in Nordwest-Kurdistan folgt alsbald. Als während des iranisch-irakischen Krieges, der Iran oberhand gewinnt und der Irak in Schwierigkeiten gerät, werden in der Türkei die Diskussionen um die Annektierung der Mossul-Kirkuk-Region, die in der Zwischenzeit noch wichtiger geworden ist, weil hier inzwischenreiche Erdölreservoirs gefunden wurden und der Irak 2/3 seiner Erdölproduktion aus diesem Gebiet gewinnt, erneut entfacht.

Wie in diesem kurzen historischen Rückblick auf die Politik der TR in der Region ersichtlich wird, verfolgt die kemalistische Bourgoisie, nachdem sie sich im Inneren konsoldiert hat, eine agressive Politik als Gendarm des Imperialismus, mit ernsthaften eigenen expansionistischen Absichten. Dabei gehen ihre Absichten oftmals über das hinaus, was die imperialistischen Mächte selbst für die Türkei vorsehen. Nur die weitreichenden und nicht abzuschätzenden Folgen dieser beabsichtigten Politik verhindern, dass der Imperialismus diese Pläne der TR unterstützt.

Die Golf-Krise, Türkei und die kurdische Frage

Mit dem Putsch der faschistischen Militärjunta am 12. September 1980 beabsichtigten die herrschenden Klassen in der Türkei und ihre imperialistischen Protagonisten eine Vielzahl von Problemen im Inneren der Türkei, als auch nach aussen hin zu lösen. Die Türkei hatte sich in den letzten 40 Jahren als willfähiger Gehilfe verdient gemacht. Eine im Inneren befriedete Türkei sollte zu einem wichtigen Sprungbrett für die Imperialisten werden, die eine weitere Verschiebung des Status Quo zu ungunsten des imperialistischen Lagers verhindern und die Stabilisierung eines günstigeren Kräftegleichgewichts erreichen sollte. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes unter der Führung der PKK/HRK im Jahre 1984 wurde zu einem verheerenden Schlag für eben diese Pläne, wovon sich die Ausmasse wirklich erst jetzt messen lassen. In den letzten sechs Jahren der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes in Nordwest-Kurdistan sind eben diese Pläne durchkreuzt und dadurch die wichtigsten Ziele des Putsches von 1980 zunichte gemacht worden. Nicht zuletzt der Volksaufstand unter der Führung der PKK/ERNK und ARGK in diesem Jahr hat deutlich gemacht, dass die kurdische Frage, die sich heute in der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes zum Volkskrieg widerspiegelt, zu einem Faktor geworden ist, der in der Region miteinzubeziehen ist, wenn man Politik im Mittleren Osten macht.

Was sind die wichtigsten Gesichtspunkte der heutigen Form der kurdischen Frage? Sie lassen sich ganz kurz in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die kurdische Frage ist in ihrem historischen und aktuellen Kontext und ihrer Ungelöstheit eine der brennendsten Fragen der Region, jede Neuordnung in der Region, die die kurdische Frage ausser Acht lässt, ist keine Lösung sondern lediglich die

Saat einer neuen Auseinandersetzung. Um so brennender sich diese Frage auf die Bühne der tagespolitischen Geschehnisse rückt, wobei der Grad der Beachtung nur eine geringe Rolle spielt, um so heftiger wirken sich die aufeinanderprallenden Widersprüche aus.

2. Die strategische Lage Kurdistans, ihr Reichtum an jenen Bodenschätzen, die den Wert dieser Region ausmachen und die Ungelöstheit der nationalen Frage eines Volkes, dass dabei ist, die 30 Millionen-Grenze zu überschreiten, tragen, so kurz vor dem Eintritt in das 3. Jahrtausend, ein weiteres zur Konzentration der Problematik bei und erfordern eine Lösung.

3. Aus diesen beiden Punkten lässt sich der dritte Gesichtspunkt ableiten, der den Stellenwert einer Lösung der kurdischen Frage ausmacht. Wie auch die Lösung aussehen mag, sie wird das Gesicht der Region nachhaltig verändern. Und langfristig wird sich das auf das Kräfteverhältnis in der Region derartig auswirken, dass eine endgültige Lösung der Probleme der Region entwickelt werden kann. Nehmen wir nur mal an, dass eine kurdische Revolution erfolgreich verläuft. Eine solche Situation würde eine völlige Neustrukturierung der gesammten Region mit sich bringen, schon allein wegen der Vielzahl der Länder, die damit in organischer Verbindung stehen.

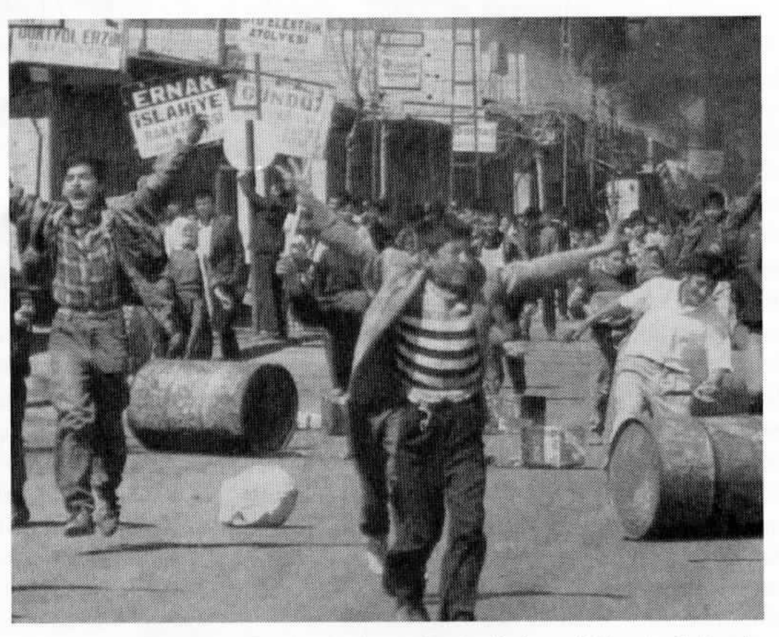
Nachdem wir die Situation der Türkei in der Region bis in die 80er Jahre dargestellt und die kurdische Frage kurz zusammenpassend dargestellt haben, möchten wir auf die derzeitige neue Situation eingehen und damit in Zusammenhang bringen.

Schon seit Mitte der 80er Jahre ist das sensible Kräftegleichgewicht in der Region aus den Fugen geraten. Mit dem Zerfall des realen Sozialismus wurde diese Verschiebung weiter beschleunigt. Im Endeffekt war in der Region eine wichtige Lücke entstanden, die in der aktuellen Krise zum Ausdruck kommt. An die Stelle des Ost-West Konflikts, der seit Jahrzehnten alle Entwicklungen blockierte und keine Bewegung mehr zuliess, ist der Nord-Süd-Konflikt getreten, wobei man mit aller Deutlichkeit sagen muss, dass die SU und die anderen ehemals sozialistischen Staaten auf der Seite des Nordens stehen und die gegenwärtige imperialistische Intervention mehr oder minder unterstützen.

Es reicht nicht aus, diesen Konflikt auf eine Petro-Dollar-Auseinandersetzung zu reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine Stellvertreter-Auseinandersetzung im Nord-Süd-Konflikt. Aber, und hier muss man genau sein, der irakische Überfall auf Kuwait ist nur ein Anlass und nicht die Ursache(!). Schon während des ganzen Jahres 1990 waren Bemühungen des reaktionären Blocks in der Region zu beobachten, die die Schaffung eines solchen Anlasses zum Ziel hatten. In diesem Sinne ist eine genaue Bewertung des Irak wichtig. Der Irak ist eine aggressive und expansionistische faschistische Diktatur. Wenn Kuwait ein reaktionärer Feudalstaat gewesen ist, der als Kunststaat von den Imperialisten errichtet wurde, dann trifft dies ebenso auf den Irak zu.

Für die Okkupation von Kuwait durch den Irak gab es Gründe, die im Irak liegen, wie z.B. die astronomischen Schulden des Irak, die Zerstörungen nach dem letzten Krieg, deren Folgen sich nur schwer beheben lassen und der Versuch der Saddam-Diktatur die Macht im Inneren zu konsolidieren. Es können sicherlich noch eine Menge weiterer Gründe aufgezählt werden. Das Eine aber ist klar, die Schuld an den Entwicklungen in der Region in ihrer heutigen Form trägt der Imperialismus und mehr noch, ist er höchstwahrscheinlich äusserst zufrieden über den Verlauf der Entwicklungen. Das irakische Regime wurde vom Imperialismus, oder richtiger muss man wohl sagen, vom Norden hochgerüstet und zu einer Plage für die Völker in der Region gemacht.

Nachdem wir dies so dargelegt haben, können wir zurückkommen zu den Positionen der Türkei und des kurdischen nationalen Befreiungskampfes: Die Türkei nahm ganz zu Anfang des Konfliktes eine zurückhaltende Haltung ein und bezeichnete die Besetzung von Kuwait noch nicht einmal als Okkupation. Dies hängt damit zusammen, dass die Türkei bis dahin ein inniges Verhältnis zum Irak unterhielt und der Irak in den Jahren zum zweitgrössten Handelspartner der Türkei, nach der BRD, avanciert ist. Auch während des iranisch-irakischen Krieges galt die



Türkei als Rückendeckung für den Irak und hätte im Falle eines Zusammenbruchs ohne zu zögern interveniert, was offen diskutiert wurde. Erst als die Haltung der USA sich klar herausschälte, wurde die Türkei zur Speer-Spitze gegen den Irak und betreibt nun ganz offene Hetze und Kriegspropaganda. Dies hängt auch damit zusammmen, dass die Türkei zuerst davon ausging, dass es den Kräften der PKK/ERNK/ und ARGK gelingen könnte, diese Situation für sich auszunutzen. Jetzt ist die Furcht vor einer Entwicklung die der PKK nutzen könnte nicht geringer, allerdings ist die Annahme der Falken in den herrschenden Klassen gewachsen, dass sich die kurdische Frage im Schatten dieser Krise einer Lösung, entsprechend ihren Interessen, zuführen lässt. Weitere Gründe für die Türkei, sich in diesem Konflikt zu profilieren, sind die historischen expansionistischen Absichten auf das Gebiet von Mossul-Kirkuk. (Im Rahmen einer Diskussion um ein Irak danach ist diese Option, dass diese Erdölgebiete der Türkei zufallen könnten, realistischer denn je geworden). Die wichtigsten weiteren Gründe können dann noch im Gewinn einer neuen Rolle von strategischer Bedeutung gesehen werden. Nachdem die TR diese Rolle als Südost-

flanke der NATO und vorgeschobener Posten gerade im Ost-West-Konflikt verloren hatte, versuchen die herrschenden Klassen in der TR nun, sich als Vorposten und Schlägertruppe im Nord-Süd-Konflikt aufzubauen.
Und nicht zuletzt geht es der kollaborierenden Monopolbourgoisie der Türkei darum, die zunehmenden inneren Widersprüche, die Wirtschaftskrise, die erstarkende Volksopposition usw. zu überwinden. Es gibt aber in der Türkei eine breite Opposition gegen diese Haltung der Falken in den herrschenden Klassen. So sprachen sich bei Meinungsumfragen 72-80% der Bevölkerung gegen eine aktive Teilnahme an diesem Krieg aus. Auch Teile der Bourgoisie und hier insbesondere jene Teile, die speziell auf den Binnenmarkt orientiert sind, sprechen sich gegen die Haltung der Falken aus. Dabei geht es ihnen natürlich nicht um eine Antikriegshaltung, sondern vielmehr um langfristige Folgen dieses Konfliktes. Wortführer dieses Blockes innerhalb der Bourgoisie ist der Ex-Ministerpräsident Bülent Ecevit, der offen irakische Positionen vertritt. Diese Politik kann man auch als die realistischere Politik in diesem Konflikt bezeichnen. Die TR war schon immer ein Gendarm des Imperialismus in der Region. Die Übernahme einer Führungsrolle in der Region ist angesichts der Bedingungen genauso unrealistisch, wie schon 1951. Auch die USA legen in diesem Konflikt den Schwerpunkt nicht, wie bisher, auf Israel und die Türkei, sondern vielmehr auf Ägypten und Saudi-Arabien. Die Türkei hat mit dem Irak mehr gemeinsame Interessen als Widersprüche, wobei die kurdische Frage an erster Stelle steht. Die gegenwärtige Haltung wird sich langfristig und nachhaltig auf die gesamten arabisch-türkischen Beziehungen auswirken, alle diese Faktoren müssen mit in Betracht gezogen werden.

Die Haltung der nationalen Befreiungsbewegung in Nord-West Kurdistan war von Anfang an klar und deutlich. Trotzdem wurden zeitweise Antipropagandabehauptungen der TR teilweise ernstgenommen, was nicht zuletzt auch mit der historischen Haltung der kurdischen Widerstandsbewegung in Südkurdistan zusammen hängt, die sich kurz zusammengefasst, wie folgt darstellen lässt:

Die Haltung der kurdischen Widerstandsgruppen aus dem irakisch besetzten Teil unseres Landes ist die klassische Haltung der kurdischen herrschenden Klassen, die die Linie der Kollaboration mit dem Feind des Feindes als strategisches Element ihrer Politik vertritt. Die aktuelle Position ist also entsprechend der Versuch einer Anbiederung an dem Imperialismus. Diese Haltung fördert die Ansicht, dass die Kurden immer nur die Rolle des Bauern auf dem Schachbrett spielen. Die Haltung ist auf das Engste mit der reaktionären Forderung nach Autonomie verbunden, wenn nicht sogar ein Ergebnis eben dieser Forderung. Es gibt unantastbare und unabtretbare Rechte, dazu gehört das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Der Imperialismus hat mit dieser agressiven Offensive die Absicht, ein Weltimperium zu errichten, indem sie die Plätze der Völker als Herren und Diener verteilen wird. Der Imperialismus steht deswegen nicht auf der Seite des kurdischen Volkes, sondern versucht dieses auszunutzen. Deswegen kann die Haltung des kurdischen Volkes nur auf der Seite der Völker der Region sein. Diese Haltung an der Seite der Völker der Region bedeutet eine klare Ablehnung jeglicher imperialistischer Einmischung und die Entwicklung des Widerstandes gegen die reaktionären Regime in der Region, einschliesslich der faschistischen Saddam Diktatur.


Bild: Stern

Aus diesen Analysen entwickelt die moderne nationale Befreiungsbewegung Kurdistans unter der Führung der PKK/ERNK ihre Position in diesem Konflikt. Diese Position beinhaltet, dass zum ersten Mal in der Geschichte des kurdischen Widerstandes eine unabhängige Position entsteht.

Der Konflikt ist ausserhalb unseres Wirkungs- und Einflussbereiches entstanden, wir konnten ihn nicht verhindern. Trotzdem geht dieser Konflikt uns direkt an und ist für unser Sein oder Nicht-Sein von lebenswichtiger Bedeutung. Die kurdische nationale Befreiungsbewegung hat überhaupt keinen anderen Ausweg, als eine klare Position einzunehmen. Dieser Konflikt bietet dem Befreiungskampf auch eine neue Chance, wenn sie ihre richtige Politik weiterverfolgt. Sie kann sich in diesem Konflikt weiterentwickeln und als Faktor stabilisieren, mehr noch kann sie eine führende Rolle im Widerstand durch ihr richtiges praktisches Beispiel werden. Die TR hat in dieser Auseinandersetzung mittel- und langfristig mehr Schaden als Nutzen. Dies lässt sich schon alleine an den wirtschaftlichen Verlusten ablesen, die die TR schon jetzt hat, und ist nicht darauf beschränkt. In der Türkei gibt es günstige Bedingungen für eine breite Antikriegsfront, deren wichtigstes organisches Element der kurdische Widerstand ist.

Deswegen heissen unsere Lösungen in dieser Situation:

- **Nieder mit dem imperialistischen und kolonialistischen Krieg!**
- **Nieder mit dem türkischen und irakischen Kolonialfaschismus!**
- **Dem imperialistisch-kolonialistischen Krieg mit einer nationalen Erhebung begegnen!**

15. Oktober 1990

Ein Jahr Hauptverhandlung:

Noch kein Ende, noch keine Wende im Düsseldorfer Kurden-Prozeß

RA H. Eberhard Schultz

Versuch einer Zwischenbilanz aus Verteidigersicht

Am 24. Oktober vor einem Jahr begann die Hauptverhandlung in dem größten Terroristenprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik. So wie es aussieht werden weitere Jahrestage folgen. Der Massenprozeß der Superlative, was die Kosten, die Zahl der Angeklagten, Verteidiger und Dolmetscher, den Umfang der Akten und den Sicherheitsaufwand angeht, kann noch gut drei oder vier Jahre dauern. Zeit für eine Zwischenbilanz aus der Sicht der Verteidigung.

Beginnen wir die Bilanz, wie es sich gehört, mit den Kosten: Zu mehr als 8 Millionen DM für den Umbau der Polizeikaserne in eine halb unterirdische, bombensichere Gerichtsfestung dürften in dem einen Jahr mindestens noch einmal soviel dazugekommen sein: Pro Verhandlungstag mehr als DM 50 000,- alleine für die Vertrauens- und Zwangsverteidiger, sieben Gerichts- und sechs Vertrauensdolmetscher, ohne die Kosten für die sieben Richter, die drei bis vier Bundesanwälte und zahlreiche Justizangestellte mitzuzählen. Was der immense Sicherheitsapparat darüberhinaus kostet, kann nur erahnt werden: Im Gerichtssaal häufig mehr als 20 Polizisten in Zivil, ein Dutzend Gefängnisbeamte, weitere für Eingangs- und Durchgangskontrollen, und seit Anfang August einer der Hauptbelastungszeugen vom Gericht vernommen wird, hat die Sicherheit neue, filmreife Dimensionen erreicht: Jeden Morgen schwebt Nusret Arslan mit einem Hubschrauber über dem Gelände der Nebenstelle des Oberlandesgerichtes ein, begleitet von einem Polizeihubschrauber, wird von Leibwächtern in ein Sicherheitsfahrzeug gezerrt, das blitzschnell im Tiefgeschoß des Gerichtes verschwindet, bevor er später den Verhandlungssaal mit kugelsicherer Weste



Prozeßbesucher vor dem Gerichtsgebäude

und in Begleitung von vier Bodyguards aus der Tür der Bundesanwaltschaft betritt und sich auf der Zeugenbank zu ihren Füßen niederläßt.

Muß in dem Zusammenhang betont werden, daß Angeklagte, VerteidigerInnen und ZuschauerInnen peinlichst und entwürdigend durchsucht werden, daß keiner der Angeklagten einen Ausbruchsversuch unternommen hat und daß bei keinem von ihnen -wie überhaupt bei der PKK in Westeuropa- je Waffen oder Sprengstoff gefunden wurde?

Wozu der Aufwand?

Das Gericht steht erst am Beginn der Beweisaufnahme, deren Ende nicht abzusehen ist -Nusret Arslan ist der fünfte von mehr als 150 Zeugen. Wenn es nach der Bundesanwaltschaft ginge, müßten am Ende mehrere der kurdischen Angeklagten zu lebenslang verurteilt werden, die meisten zu hohen Freiheitsstrafen als Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Organisation, die es innerhalb der kurdischen Arbeiterpartei PKK geben soll und die nach dem Eröffnungsbeschluß des 5. Strafsenats vom Generalsekretär der Partei, Abdullah Öcalan, über das Exekutiv- und Zentralkomitee im Nahen Osten, die europäische Zentrale bis hin zu den Gebietsverantwortlichen und speziellen Arbeitsgruppen reichen soll. Praktisch alle Funktionäre dieser Organisation sollen also als Europas gefährlichste Terroristen abgeurteilt werden, wie das erklärte Ziel der Bundesanwaltschaft schon vor Beginn der Hauptverhandlung formuliert wurde. Daneben geht es ihr insbesondere darum, den angeblichen Mißbrauch des liberalen Ausländer- und Asylrechts zu verhindern, darüberhinaus werden die Verteidigerrechte weiter eingeschränkt, neue Gesetze bzw. -vorhaben erprobt und propagiert, wie insbesondere die erstmalige Anwendung der umstrittenen Kronzeugenregelung 1989 und das sogenannte Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamts. Dahinter steht -offiziell immer wieder abgestritten- die Unterstützung des türkischen Regims bei der Bekämpfung der PKK an der Spitze des politischen und militärischen Widerstandskampfes des kurdischen Volkes als Staatsfeind Nr. 1.

Was hat die Bundesanwaltschaft bisher erreicht?

In ihrer Erklärung zu Prozeßbeginn hatte die Verteidigung betont, daß die juristisch haltlose und politisch gefährliche Anklagekonstruktion verbunden mit Verfahrensbedingungen, die so willkürlich und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen eines fairen Verfahrens in einer Weise unvereinbar sind, wie es dies bisher auch in der trüben Geschichte der 'Terroristenprozesseß' in der BRD und nach unserer Übersicht auch im internationalen Vergleich noch nicht gegeben hat. Neben den Haftbedingung, die als Isolation gekennzeichnet werden müssen, fanden die Beschuldigten im Verhandlungsbunker ihren Ausdruck in der Trennscheibe, dem Kurden-Käfig, in den alle inhaftierten Angeklagten an jedem Prozeßtag gesperrt wurden, zwischen ich jeweils noch Justizwachtmeister und abgeschottet von allen anderen. Diese klinisch saubere westeuropäische Variante der Verfahrensbedingungen, wie sie in den Massenprozeßen der türkischen Militärgerichte herrschen, wurden schnell bis in die liberalen Medien hinein, zum Symbol einer weiteren Steigerung der bundesdeutschen Terroristen-Sonderjustiz. Sie verkörperte eindrucksvoll die westdeutsche Variante von Stigmatisierung und Vorverurteilung, der Beseitigung von Kommunikation mit Verteidigern und Dolmetschern, der Zerstörung der Verteidigungsmöglichkeit. Der 5. Strafsenat hat, gestützt von der Bundesanwaltschaft, Bundesjustizministerium und NRW-Justizministerium, über Monate gegen alle Anträge und Aktionen von Angeklagten und Verteidigern hartnäckig an der Trennscheibe festgehalten. Die Angeklagten nahmen Tag für Tag stehend aus Protest gegen die Scheibe an der Verhandlung teil, die Vertrauensverteidiger stellten immer wieder neue Anträge dagegen und standen mehrfach aus Protest -zuletzt unterstützt von den wichtigsten Anwaltsorganisationen- ebenfalls während der Verhandlung, obwohl sie sich schon deshalb von Gericht und Bundesanwaltschaft mit Standesverfahren oder gar Ausschluß als Pflichtverteidiger bedroht sahen. Und doch ist der Kurden-Käfig im Februar nach 30 Hauptverhandlungstagen schließlich gefallen, sind sieben Angeklagte aus der Haft entlassen und ein Verfahren eingestellt worden. Der Versuch, die Trennscheibe in § 129a-Verfahren auch in der Hauptverhandlung einzufhren, ist damit vorlufig gescheitert und mit ihr die Absicht, die Angeklagten als besonders gefährliche Terroristen einzustufen. Das Gespenst des internationalen Terrorismus, der die innere Sicherheit auf deutschen Straen und in deutschen Wohnzimmern gefährdet, wie es die Bundesanwaltschaft jahrelang an die Wand gemalt hatte, war nicht in eine Medienhetze großen Stils wie bei den früheren RAF-Prozessen umgesetzt worden. Und dies wohl nicht nur, weil seit der Auflösung und Annektion von DDR und Stasi, seit der Wiederentdeckung der RAF wichtigere Themen in den Vordergrund traten. Vielmehr hat die Bundesanwaltschaft insgesamt offensichtlich den auf der Basis von Ausländerfeindlichkeit und Schauergeschichten zu erzielenden Effekt überschätzt und den Umstand, daß -entgegen bisherigen § 129a-Verfahren- sie diesmal mit ihrer Anklage in eine antikoloniale und Massenbewegung eingreift, die sich gerade auch 1989 und 1990 unter entscheidendem Einfluß der PKK stark entfaltet hat, unterschtützt. Und während die Bundesanwälte immer massiver gegen die grundsätzliche Verfahrenskritik, die in einem umfangreichen Einstellungsantrag der Verteidigung vorgebracht wurde und die häufig erforderlichen Beanstandungen von Fehlübersetzungen durch die Gerichtsdolmetscher gegen angebliche Prozeßverschleppung, ja Prozeßsabotage zu Felde zogen, war die Medienberichterstattung sicherlich nicht ausreichend, aber doch durchweg kritisch: Kurden-Käfig, Übersetzungsprobleme und Verhandlungsstil des Vorsitzenden in dem Mammutprozeß beherrschte die Berichterstattung. Aber mehr noch, schon jetzt ist eine von der BAW sicher nicht beabsichtige Nebenwirkung festzustellen: Zum ersten Mal konnten westdeutsche Durchschnittsleser und- fernseher etwas von dem wirtschaftlichen Elend der Kurden, ihre Unterdrückung durch das türkische Militärregime und ihrem bewaffneten Widerstand erfahren.

Und doch hat die Bundesanwaltschaft ihre Ziele keineswegs aufgegeben. Im Windschatten der Lockerungsmaßnahmen vom Februar konnte es sich der 5. Strafsenat ohne größeres Aufsehen erlauben, in einem auf praktisch kein Argument der Verteidigung eingehenden Kurz Beschluß die Einstellung des Verfahrens vorläufig abzulehnen, wurde die Besetzungsrüge wegen des Ausnahmegerichts Charakters des Senats (Zuständigkeitsbereich: Ausschließlich PKK) abgebügelt, wurden sämtliche Befangenheitsanträge ohne nähere Prüfung des Sach-

verhalts abgelehnt. Noch in diesem Herbst soll die Hauptverhandlung in einem weiteren Verfahren gegen Kurden, diesmal beim Oberlandesgericht in Celle, beginnen. In Düsseldorf gingen Gericht und Bundesanwaltschaft zugleich auf ihre Weise zur Gegenoffensive über: Gegen mehrere Verteidigerinnen und Verteidiger wurde Strafanzeige wegen Beleidigung und Veröffentlichung von Akteninhalten und Anzeigen wegen standeswidrigen Verhaltens in der Hauptverhandlung mit einem ganzen Katalog von Unbotsmäßigkeiten erstattet. Gleichzeitig kamen Beschlüsse zur Vorverfahrensvergütung der Pflichtverteidiger mit einem so niedrigen Betrag, daß eine ernsthafte Verteidigung dadurch unmöglich gemacht wird. Die Angeklagten wurden in der Hauptverhandlung zunehmend diszipliniert. Ihre Erklärungen werden immer wieder mit dem Argument, sie gehörten nicht zur Sache, abgewürgt, einige kurze Zwischenrufe reichten schließlich zu mehreren Tagen Ordnungshaft und Ausschluß von der Teilnahme an der Hauptverhandlung. Da demgegenüber Bundesanwälte ungefragt das Wort erhalten und immer wieder unbeanstandet auch polemisch-politische und provozierende Äußerungen machen dürfen, fällt jedem Besucher des Verfahrens sofort auf.

Vom kugelsicheren und anderen Kron-Zeugen

Vom Februar bis April dieses Jahres mußte man den Eindruck gewinnen, der Düsseldorfer Prozeß werde von Berlin aus geführt: Dort fand der Mordprozeß gegen den Kurden Ali Cetiner statt, der als erster die umstrittene, maßgeblich auf Initiative des Generalbundesanwalts 1989 eingeführte Kronzeugenregelung in § 129a-Verfahren in Anspruch genommen hat. Der Sachbearbeiter der BAW hatte diesem Kronzeugen im September 1989 persönlich zugesichert, er werde sich in dem Berliner Verfahren für eine erhebliche Strafmilderung einsetzen, vorausgesetzt, daß dieser auch in der Hauptverhandlung vor dem OLG Düsseldorf durch seine Zeugenaussage an der Aufklärung der von ihm bereits benannten Straftaten mitwirke. Denn erst seine Aussage (im Jahr nach Erhebung der Anklage) hätte die Anklage rundgemacht, die sich vorher lediglich auf eine mutige Indizienkette gestützt hätte. Ausgerechnet dieser Zeuge hat in Schweden 1988 vergeblich versucht, die PKK-Spur im Palme-Mord-Verfahren durch neue Beweise wieder aufzuwärmen; nach seinem Scheitern in Schweden -begleitet vom Rücktritt der auf ihn setzenden Justizministerin- wurde er Anfang 1989 auf Aufforderung der BAW in die BRD ausgeliefert, wo ihm offenbar mutige Bundesanwälte eine neue, glänzende Karriere bereiten wollen.

Die Hoffnung, daß das Düsseldorfer Oberlandesgericht diesen Kronzeugen gegenüber angesichts der breiten Ablehnung der Kronzeugenregelung selbst in Richterkreisen, nun besonders kritisch gegenübertreten wird, haben wir nicht. Das zeigt die bisherige Behandlung der beiden anderen Hauptbelastungszeugen. Hasan Dogan, dessen umfängliche Aussagen den Ermittlungsbehörden 1988 zur Verhaftung von acht Angeklagten geführt hatte, berief sich unter Hinweis auf ein auch gegen ihn geführtes Ermittlungsverfahren wegen Verstosses gegen § 129a StGB auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO. Während die Bundesanwaltschaft in anderen § 129a-Verfahren üblicherweise mit Zwangsmitteln bis zur Beugehaft gegen Personen reagiert, die von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, machte sie hier das Gegenteil: Sie schwang sich zum Anwalt des Belastungszeugen auf und schlug ihm vor, im Hinblick auf sein eigenes Verfahren umfassend die Auskunft zu verweigern. Das Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen ist nach einem Vermerk des Sachbearbeiters der BAW seit Sommer 1989 einstellungsreif. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der plötzliche Sinneswandel der BAW zum Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts dazu dient, zu verhindern, daß die Verteidigung durch Befragen dieses Belastungszeugen dessen Glaubwürdigkeit überprüfen kann. Da der Senat sich der interessensgeleiteten Auslegung des § 55 StPO angeschlossen hat, bedeutet dies: Der Zeuge braucht kein einziges Wort zu sagen; die Beweisaufnahme wird auf eine schlichte Reproduktion polizeilich zusammengestellter Akten reduziert, ohne ernsthafte Überprüfungsmöglichkeit durch die Verteidigung. Besonders bedenklich erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß der Antrag der Verteidigung, den Zeugen wenigstens zu bestimmten Themen, wie seiner Vernehmungssituation befragen zu können, mit einem Beschluß abgelehnt wurde, der offensichtlich schon vor Beginn der Hauptverhandlung schriftlich abgefaßt war, wie sich aus durchgestrichenen Textstellen ergab, die seit Beginn der Hauptverhandlung nicht mehr zutrafen. Überflüssig zu erwähnen, daß ein darauf gestützter Befangenheitsantrag abgelehnt wurde, ohne daß von den Richtern bestritten worden wäre, den Text bereits früher abgefaßt zu haben oder die näheren Umstände aufgeklärt worden wären.

Die Vernehmung des zweiten Hauptbelastungszeugen Nusret Arslan hatte ein Vorspiel: Acht Hauptverhandlungstage lang wurde hierzu ein Beamter vernommen, der Leiter der Abteilung Zeugenschutz beim BKA. Sie existiert seit Herbst 1987, also seitdem Landeskriminalämter und Polizei für das Ermittlungsverfahren im Kurden-Prozeß in Flugblättern Zeugen suchten, denen Diskretion zugesagt wurde. Die Aussagegenehmigung auch dieser polizeilichen Zeugen wurde derart beschränkt, daß die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen und der Gang der Ermittlungen nicht mehr nachvollziehbar sind. Eine Taktik, der sich der Senat bisher widerspruchslos untergeordnet hat. Es konnte deswegen nur wenig Konkretes in Erfahrung gebracht werden. Die Zeugenschutzstelle des BKA betreut und versorgt einzelne Hauptbelastungszeugen zum Teil seit mehr als zwei Jahren. So bezieht der für die Anklage wesentliche Zeuge Nusret Arslan seit Februar 1988 Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und Geld als Schutzmaßnahme vom BKA. Identität und Aufenthaltsort werden offenbar immer wieder gewechselt, er soll der bestgeschützte Zeuge der BRD sein. Ob sich unter dem Deckmantel des Zeugenschutzes ein weiteres, groß angelegtes Projekt zur Manipulation von Beweismitteln verbirgt, konnte noch nicht aufgedeckt werden. Ergeben hat sich aber ein umfassendes Abhängigkeitsverhältnis und die völlige Abschirmung des Zeugen gegenüber Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit, während der ständige Zugriff der Ermittlungsbehörden auf den Zeugen gewährleistet ist.

Die vergangenen zwei Monate, in denen das Gericht den Zeugen vernahm, machen den Versuch, das vom BKA vorfabrizierte Ermittlungsergebnis zu reproduzieren und abzusichern, immer deutlicher. Nachdem der Zeuge wichtige Einzelheiten zu seiner angeblichen Entführung und

zur Struktur der PKK anders darstellte, als in den Protokollen des BKA, lieferte er darauf angesprochen oft eine neue, dritte Version, später flüchtete er sich in das Nichtverstehen der Frage oder der Übersetzung, bemühte nervliche Belastung, Schmerzen und Angst vor Beleidigungen durch die Angeklagten. Auf konkrete Fragen kommen Satzfetzen und zum Teil unzusammenhängendes Gestammel, die Schwierigkeiten des Zeugen werden offensichtlich, jedenfalls ein eklatanter Widerspruch zur flüssigen Darstellung in den Protokollen des BKA. Und prompt reift der Vorsitzende immer häufiger zu Suggestivfragen (Wovor hatten Sie denn nun Angst? Vor Kritik, Schlägen oder dem Tod?), legte Fotos mit BKA-Kennzeichnungen und Bemerkungen darauf vor oder meint ganz offen: Erkennen Sie das Foto, wenn nicht erkläre ich es Ihnen! Trotz Widerspruchs der Verteidigung häufen sich unzulässige Vorhalte aus den Akten, insbesondere zu konkreten Sachfragen, über die der Zeuge in der Hauptverhandlung aus eigener Erinnerung noch gar nichts berichtet hatte, weil er nicht konkret danach befragt wurde. Und es stellt sich zum Beispiel heraus, daß der Zeuge nicht einmal die Abkürzungen für wichtige Organisationen der PKK wiedergeben kann - übrigens bei Sachbearbeitern des Bundesamtes in Asylfragen regelmäßig als sicheres Indiz dafür gewertet, daß der Betreffende in Wahrheit nicht viel mit der Organisation zu tun gehabt haben kann... Kein Wunder also, daß der Vorsitzende dazu überging, dem Zeugen seine Aussagen beim BKA Abschnitt für Abschnitt vorlesen und bestätigen zu lassen, obwohl dies zum großen Teil unzulässig war, wie die Verteidigung ausführlich dargelegt hat.

In dieses Bild paßt die ständige Auseinandersetzung um die Vollständigkeit der Ermittlungsakten, die die Verteidigung gegen Bundesanwaltschaft und Gericht führen muß. Zuletzt wurde zufällig bei der Befragung eines Zeugen bekannt, daß entgegen dem Akteninhalt das angeblich nicht erreichbare Opfer eines angeklagten versuchten Mordes, sich im November 1989 unter dem Schutz einer Polizeibehörde im Bundesgebiet aufhielt. Die Vermutung der Verteidigung, daß dies zu einer Vernehmung mit Lichtbildvorlage genutzt wurde, wies die BAW als typisches Hirngespinst der Verteidigung zurück. Auf einen Beweisantrag der Verteidigung mußte die BAW nunmehr einräumen, daß beides tatsächlich erfolgt war und der Zeuge die als Täter angeklagten Personen nicht identifiziert hatte, in einem Fall sogar ausdrücklich erklärt habe, die entsprechende Person sei ihm völlig unbekannt. Dennoch weigert sich die BAW weiterhin, in diesem und anderen Fällen die entsprechenden Aktenteile vorzulegen. Diese Taktik der Ermittlungsbehörden zur Verhinderung einer vollständigen Aufklärung des Sachverhalts hat sich der Senat bisher weitgehend untergeordnet. Der skandalöse Vorfall der Unterdrückung entlastenden Beweismaterials, verbunden mit dem Angriff gegen die Verteidigung, der sich kurze Zeit später als Unwahrheit entpuppte, wurde vom Gericht als bedauerlicher Fall einer fehlerhaften Rechtsansicht abgetan...

Über die Chance der Verteidigung

Da die Möglichkeiten der Verteidigung in diesem Prozeß äußerst gering sind, zeigt auch, wie mühsam kleine Verbesserungen erkämpft werden mußten, die eigentlich selbstverständlich sind: Die vollständige Übersetzung in der Hauptverhandlung auch von Erklärungen der Angeklagten und Antragsbegründungen der VerteidigerInnen, das Recht der Angeklagten, Erklärungen auch in der kurdischen Muttersprache abgeben zu können; eine konsekutive (nachfolgende) Übersetzung über die Saallautsprecher (im Gegensatz zu der ursprünglich geplanten Simultanbersetzung über Kopfhörer, wodurch eine Kontrolle und Korrektur falscher Übersetzungen nicht möglich gewesen wäre, die sich immer wieder als notwendig erwiesen hat); geringfügige Erleichterungen der Haftbedingungen wie das Recht auch die Publikationen der PKK zu beziehen, Verlängerung der Besuchszeit bzw. der Bewegungsmöglichkeiten. Dazu gehört auch die Lockerung der Verfahrensbedingungen. Das alles wäre sicher nicht ohne die kritische Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsarbeit von Angeklagten und Verteidigung möglich gewesen.

Die Kritik der politischen Hintergründe des Verfahrens

Seitdem sich die Angeklagten am ersten Verhandlungstag bei der Feststellung der Anwesenheit mit den Worten meldeten: Ich lehne die türkische Staatsangehörigkeit ab, ich bin Anhänger der nationalen Befreiungsfront Kurdistans, seitdem mehrere von ihnen den politischen Hintergrund des Verfahrens, vor allem die Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei dargestellt und umfangreiche politische Erklärungen zur Anklage vorgetragen haben, ist der politische Charakter dieses Prozesses allgegenwärtig. Tausende von Kurdinnen und Kurden aus der gesamten BRD haben durch Demonstrationen (vor Prozeßbeginn allein zehntausend in Düsseldorf, einen Sternmarsch gegen den Prozeß und mehrere weitere Demonstrationen die Herstellung der Öffentlichkeit im Prozeßbunker, fast täglich bis auf den letzten Platz immer wieder klargemacht, daß nicht -wie bei manchen anderen § 129a-Verfahren- nach den üblichen Anfangs-Tumulten zur Tagesordung übergegangen werden kann. Eine internationale Prozeßbeobachtung mit prominenten Delegationen aus Griechenland, Zypern und Syrien sowie Schweden hat Anklage und Verhandlungsbedingungen kritisiert, ebenso Richter aus Frankreich, französische Menschenrechtsorganisationen, ausländische AnwältInnen usw. sowie zahlreiche Besucher aus der Bundesrepublik. Die Protestschreiben an das Gericht fallen inzwischen zwei Leitzordner. Darunter Resolutionen vom Republikanischen AnwältInnenverein (RAV), der Humanistischen Union (HU), der IG Medien Hessen Süd und anderen Gewerkschaften und Betriebsräten, der Jusos Hamburg, der Roten Hilfe e.V., mehrerer StrafverteidigerInnen-Vereinigungen sowie einem gemeinsamen Forum gegen das Strafverfahrensänderungsgesetz 1989 von den wichtigsten Anwaltsvereinigungen, daneben von linken politischen Organisationen wie dem BWK, dem VSP, der MLPD usw. sowie zahlreicher Prominenter; in Kreisen anderer kurdischer Exilgruppen wachsen Anteilnahme und Protest, ebenso in Dritte-Welt-Solidarittsgruppen. Insgesamt ist jedoch die bundesdeutsche Unterstützung noch dürftig. Ausländische ProzeßbeobachterInnen äußerten sich immer wieder verwundert darüber, daß die Grünen und die SPD bisher keine Stellung bezogen haben, wofür die Medienkampagne und der Entsolidarisierungsprozeß gegenüber der PKK (getragen vor allem von der taz und der Hamburger GAL) nach wie vor ver-

antwortlich sein dürfte.

Der bisherige Verlauf der Hauptverhandlung bestätigt also den Eindruck, den die Verteidigung durch die Isolationshaftbedingungen, den Eröffnungsbeschluß, die Verhandlungsbedingungen und die Reaktion auf den umfassenden Einstellungsantrag gewinnen mußten: Den einer Vor-Verurteilung, die nur durch engagierte Verteidigung und größten öffentlichen Druck bis in die liberale Öffentlichkeit und Justizkreise durchkreuzt werden kann. Hierzu bedarf es eines organisierten massenhaften Protestes, der bis in die politischen Parteien und auf europäischer und Menschenrechts-Ebene wirkt und einen so großen Widerhall findet, daß sich die Justiz dem nicht mehr entziehen kann.



Polizei Angriff auf die Demonstranten im März 1988, in Bonn

Ein maßgeblicher Faktor: Die Entwicklung in Türkei-Kurdistan

Der Kurdenprozeß ist und bleibt eine massive Unterstützungsaktion der BRD-Justiz zur Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes. In dem Maße wie sich dieser in der Türkei in die Tiefe und Breite entwickelt (Stichwort: Kurdische Intifada vom März des Jahres) und selbst kurdische Organisationen, die die PKK früher als Terroristen bekämpft haben, sich gezwungen sehen, mit ihr zusammenzuarbeiten, wird die Hauptverhandlung im Düsseldorfer Gerichtsbunker zum Geisterprozeß. Es gibt keine ernstzunehmenden Kurden mehr, die behaupten, vor der PKK beschützt werden zu müssen. Allerdings gibt es nach wie vor Kräfte in der Türkei, die derartigen Schutz dringend brauchen: Das türkische Militärregime, das im August offiziell die Menschenrechte in den kurdischen Provinzen bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg für suspendiert erklärt hat. Man wolle freie Hand bei der Evakuierung und Zwangsumsiedlung der Kurden haben. Mit der offiziellen Einführung des Kriegsrechts ist nicht nur die bisherige Politik des Staatsterrors unter dem Deckmantel der Wiedereinführung der Demokratie gescheitert. Damit wird der unbedingte Wille deutlich, das Kurdenproblem im Schatten des Golfkrieges, den Ministerpräsident Özal eifrig propagiert und praktisch vorbereitet, endlich und endgültig militärisch mit allen Mitteln zu lösen - einschließlich der Option auf einen Genozid mit Hilfe von Giftgas, wie viele Kurden fürchten und die bisherige Nichtbeachtung des humanitären Kriegsvölkerrechts durch die türkischen Militärs in der Tat nahelegt. Die Verteidigung hat in der Hauptverhandlung bereits in einem Fall den Beweis für den direkten Zusammenhang zwischen den Ermittlungen in diesem Verfahren und dem Foltermord an einem kurdischen Gastarbeiter aus Celle vorgelegt, inzwischen ist durch die Gerichtsverhandlung gegen einen türkischen Sozialarbeiter in Hamburg bewiesen, daß der berüchtigte türkische Geheimdienst MIT seine Agenten gezielt auf die Angeklagten dieses Verfahrens noch in den Haftanstalten der BRD ansetzt.

Wer sich an diesem schmutzigen Krieg gegen die Kurden nicht mitschuldig machen will, muß über das Eintreten für Menschenrechte in der Türkei hinausgehen, wie das Europäische Parlament in einer Resolution vom Juni 1990, in dem beide Bürgerkriegsparteien zu Verhandlungen aufgerufen wurden - der muß nicht nur für das Selbstbestimmungsrecht auch der Kurden eintreten, der muß darüberhinaus auch zur Beendigung des Düsseldorfer Kurden-Prozesses beitragen, wie es die Landesdelegiertenkonferenz der Hamburger Jusos im März forderte:

- Den sofortigen Abzug aller Militär- und Bundesgrenzschutz-Berater,
- sofortige Einstellung jeder Form von Militärhilfe,
- sowie von der UNO eine Verurteilung des türkischen Kolonialkrieges und Anerkennung der ERNK (nationale Befreiungsfront Kurdistans) als legitime Vertretung des kurdischen Volkes,
- sofortige Einstellung des völkerrechtswidrigen Düsseldorfer Kurden-Prozesses.

1.10.1990

LESERBRIEF

Liebe Freunde,

wie wir erfahren haben, gibt es auch in anderen Gruppen die Überlegung, eine Boykottkampagne des Urlaubslandes Türkei durchzuführen. Ein Land, das selbst bei vielen linken und alternativen Menschen trotz seiner faschistischen Militärdiktatur als Reiseziel hoch geschätzt wird. Und diese Tendenz steigt stetig. In der Urlaubszeit suchten wir uns die vielen Reisebüros, die es sicherlich nicht nur in Frankfurt gibt und die alle die Türkei als Billigurlaubsland anbieten, heraus, um dort erstmal Gegenöffentlichkeit herzustellen und die Leute über die Lage in der Türkei und speziell in Nordwest-Kurdistan zu informieren. Wir wollten den Menschen aufzeigen, daß sie, indem sie sich zu einer solchen Reise entschließen, die Militärdiktatur unterstützen. Schließlich ist die Tourismusbranche eine der wichtigsten Devisenquellen. Und eine enorme Zuwachsrate in den nächsten Jahren ist ein fester Bestandteil in den Planungen des faschistischen Regimes und hiesiger Reiseveranstalter. Mit Schildern, die einerseits Touristenzentren mit weißen und sauberen Stränden, andererseits den realen Alltag von staatlich verordneter Gewalt und Unterdrückung dokumentieren und mit einem Bauchladen voller aktueller Broschüren zum § 129a-Prozeß gegen die Kurden hier und über den Volksaufstand in Kurdistan, zogen wir an zwei Samstagen in den Einkaufstraßen auf und ab und hielten vor den Reisebüros und Banken Kundgebungen ab und informierten die vorbeieilenden Passanten. Unsere Erfahrung war, daß viele Passanten stehenblieben, um uns zuzuhören und eine Menge Flugblätter verteilt wurden. Wir haben mit unserer Aktion sicherlich viele Menschen erreicht, die die wahren Zustände in der Türkei und Kurdistan kaum kennen.



Wir verschicken diesen Brief mit unseren ersten Erfahrungen, weil wir in einem breit angelegten Urlaubsboykott der Türkei für das nächste Jahr eine gute Möglichkeit sehen, einmal das wahre Gesicht des faschistischen Regimes einem größeren Kreis der Menschen hier zugänglich zu machen, andererseits dem Regime auch einen materiellen Schaden zuzufügen. An diesem Boykott kann sich jeder ganz praktisch beteiligen. Davon abgesehen ist die bundesdeutsche Solidaritätsarbeit - was die Türkei und Kurdistan betrifft- wenig entwickelt, und es wäre ein guter Ansatz, die Solidaritätsarbeit zu verbreitern. Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig und unumgänglich, die Rolle des BRD-Imperialismus herauszustellen und offenzulegen, was sich z.B. an Militärhilfe oder dem Kurdenprozeß aufzeigen läßt. Schließlich ist der türkische Unterdrückungsapparat auf der großzügigen Hilfe der BRD aufgebaut und hängt auch weiterhin davon ab. Stören wir die BRD dabei, weiter ungehindert ihren schmutzigen Geschäften in der Türkei und Kurdistan nachgehen zu können. Damit ihr euch ein besseres Bild von unserer Aktion machen könnt, legen wir noch ein Photo und unser Flugblatt bei. Außerdem bitten wir euch darum euren Möglichkeiten entsprechend, diesen Brief zu veröffentlichen, um unsere Anregungen und erste Erfahrungen zu einem Türkei-Urlaubsboykott zu verbreiten, damit die Kampagne erfolgreich verlaufen kann.



Mit solidarischen Grüßen
Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß/Ffm.
c/o AKW Zentrum 3
Frankfurter Str. 63 / Hinterhaus, 6050 Offenbach

(Kurzer Bericht eines österreichischen Studenten aus einem Guerillacamp in Botan)

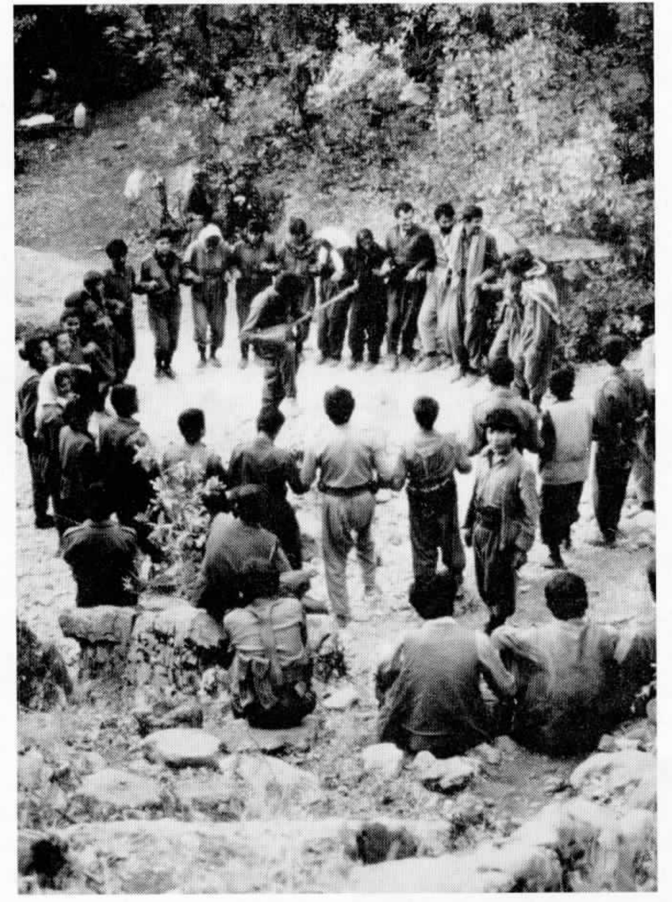
FÜR EINEN PESHMERGA GIBT ES NUR SIEGEN ODER STERBEN!

Ein Trupp Peshmerga bewegt sich fast lautlos über 2500 m hohe Pässe, hinunter in die Talböden und wieder hinauf ins Hochgebirge. Die Guerillaeinheit ca. 100 Personen, 20 Frauen und etliche Jugendliche unter 15 Jahren, kommt gerade von Kampfhandlungen im Gebiet um Pervari.

Es ist stockdunkel und doch ist das Tempo des Morsches sehr hoch. Fast im Laufschritt werden die Guerilla von Hirten oder Dörflern auf schmalen Pfaden in ihren Unterschlupf geleitet. Wach und Schutzfunktion übernehmen auch von der türkischen Regierung bezahlte Dorfschützer, die trotzdem mit ihren Landsleuten, gegen ihre Auftraggeber arbeiten.

Es ist schon hell als wir den letzten Pass erreichen. Von dieser Anhöhe aus überblickt man das Camp, doch es ist nichts zu sehen. Hier in den engen Tälern an der türkisch-irakischen Grenze bietet die Natur den Kämpfern optimalen Schutz, auch vor den Helicoptern der türkischen Armee.

Das Lager entpuppt sich als ein riesiges Areal mehrere Täler umfassend. Auf den umliegenden Bergketten sind Wachposten stationiert, die einen weiten Überblick über eines der schönsten Gebiete Kurdistans haben.



Guerillacamp in Uludere

Doch es herrscht Krieg, und die tapferen Frauen und Männer, die für die Freiheit und Unabhängigkeit Kurdistans kämpfen sind täglich im Einsatz. Der Guerillakrieg hat sich in diesem Gebiet stark ausgeweitet. Mit verschiedensten Arten der Kriegsführung wird gegen die türkische Besatzungsmacht vorgegangen. Angriff auf türkische Militärbasen und Polizeieinrichtungen, Hinterhalte, Spezialkommandos und Sabotageakte sind die wichtigsten Aktivitäten der Guerilla um gegen den türkischen Imperialismus anzukämpfen.

Ständige Angst vor Deportationen und Gewaltakten durch das Militär schreckt die Dorfbewohner nicht zurück die Volksbefreiungsarmee Kurdistans ARGK zu unterstützen. Durch ständigen Kontakt mit dem Volk werden immer mehr neue Mitglieder geworben. In den Gebieten meines Aufenthaltes ist jede Familie stolz ein oder mehrere Angehörige in den Bergen zu haben, die gegen die Unterdrückung kämpfen.

Es werden laufend neue Aktionen gestartet. Ein ständiges Kommen und Gehen bestimmt das Leben im Lager. Die Mobilität ist das Wichtigste. Deswegen erstaunt es mich auch nicht, dass trotz der Anstrengungen der Kampfhandlungen und des Morsches einige Gruppen nicht lange bleiben sondern gleich weiter zu anderen Stützpunkten aufbrechen. Ständige Bewegung ist erforderlich um zu überleben. Der Anteil der jugendlichen Kämpfer ist sehr hoch. Einige nicht älter als zwölf Jahre, deren Familien im Gefängnis sind, schlossen sich den Guerilla an. Zuerst in ihre Dörfer zurückgeschickt, kamen sie wieder, denn für sie ist dies der einzige Weg in die Freiheit.

Im Camp ist die Organisation sehr gut. Die im Libanon ausgebildeten Kommandanten lehren den Neuankömlingen das Kriegshandwerk. Eigene Übungsplätze dienen zur militärischen Ausbildung. Aber auch das philosophische Gedankengut und das Parteiprogramm der kurdischen Arbeiterpartei PKK werden fast jeden Tag in Schulklassen vorgetragen. Dies alles spielt sich unter dem Schutz von Bäumen in freier Natur ab. Es gibt keine festen Behausungen nur mit Zweigen und Blättern überdachte Unterschlüpfe. Ein eigener Kochplatz für die Nahrungsherstellung, der oft über 200 Guerilla, die sich im Lager aufhalten, liegt zwischen Felsen geschützt, weiter entfernt von den Schlafstellen. Feuer ohne Rauch zu machen gehört zu den Eigenschaften jedes Kämpfers, denn Tee, das wichtigste Getränk in ganz Kurdistan wird immer und überall getrunken. Wasser gibt es in diesem, im Sommer sehr heissen Gebiet trotzdem genug. Klare Quellen und Gebirgsbäche liefern nicht nur Trinkwasser sondern sie dienen auch zur Körperpflege.

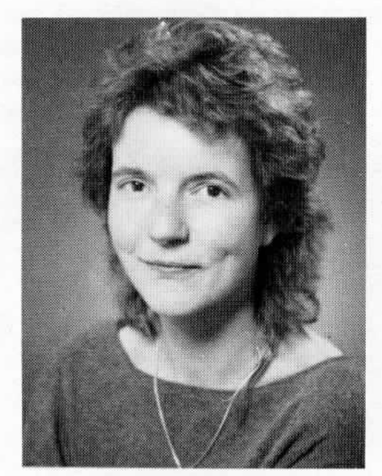
Die Camps bieten die einzige Möglichkeit kurdische Kultur zu leben. Kurdische Sprache und Brauchtum, die auf türkischem Staatsgebiet verboten sind, in den Dörfern oft nur im Geheimen ausgeübt, werden hier gepflegt. Es fehlt die nötige Zeit doch die Töne einer Sas und dazu kurdische Lieder hört man oft. Bevor eine Gruppe in den Kampf zieht werden Volks- und Kriegstänze getanzt um die Moral und den Kampfgeist zu stärken. Dies klingt zwar sehr nach Kriegsromantik, doch für einen Peshmerga gibt es nur Siegen oder Sterben.

August 1990

Die Bundestagsabgeordnete der Partei GRÜNEN der Bundesrepublik Deutschland, Angelika Beer, war zusammen mit einer Gruppe deutscher Journalisten vom 12. bis zum 20. August 1990 in Nordwest-Kurdistan. Dort hat sie sich mit vielen Menschen aus verschiedenen Schichten des Volkes getroffen und in vielen Städten Untersuchungen angestellt.

Nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik hat Angelika Beer auf einer Pressekonferenz am 22. August 1990 in Bonn, an der über 20 Journalisten teilgenommen haben, über die Eindrücke und Gedanken bezüglich der aktuellen Situation in Kurdistan berichtet. Außerdem hat sie, unter Hinweis auf die Deportationen, Massaker, Niederbrennungen von Dörfern und ähnlichen Praktiken des türkischen Staates in Kurdistan und wie die Unterstützung die der bundesdeutsche Staat den türkischen Kolonialisten gewährt, gegen das Volk Kurdistans und seinen nationalen Befreiungskampf benutzt wird, dazu aufgerufen, die der TR geleistete militärische, wirtschaftliche und politische Hilfe sofort einzustellen. Wir veröffentlichen hier ein Interview:

"Ich denke, daß die Widerstandsaktionen der PKK Zustimmung finden und unterstützt werden"



Angelika Beer

Kurdistan Report: *Was können Sie Neues über die Praktiken der TR und die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans sagen, wenn Sie Ihre letzte Reise nach Kurdistan mit Ihrer Reise im Mai vergleichen?*

A. Beer: Was ist der Unterschied zwischen der Lage im Mai diesen Jahres und der heutigen? Im Mai haben wir gedacht, daß der türkische Staat mit den Statsterror gegen das kurdische Volk legalisierenden Maßnahmen, also besonders mit dem Dekret Nr. 413, Erfolg hat. In der ausländischen Presse sind keine Artikel mehr erschienen. Gegen Journalisten, die sich nicht an das Dekret hielten, gab es einfach Prozesse. Es hat sich jedoch im Moment so eine Lage entwickelt, das möchte ich besonders von Ismail Besikci reden. Trotz des ganzen Druckes, trotz seiner ständigen Verhaftungen und Strafen die er bekommen hat, machte er weiterhin mutig seine Entschlossenheit deutlich, seine Positionen in klarer Form darzustellen. Und in diesem Rahmen sind auch alle Anstrengungen gescheitert, Nachrichten aller Art über den kurdischen Widerstand und die kurdische Identität zu unterdrücken. Das Dekret Nr. 413 ist also in dieser Hinsicht gescheitert.

Der Irak - Kuwait Konflikt ist ohne jeden Zweifel ein Rückschritt für diese dahingehenden Entwicklungen des kurdischen Volkes. Denn der türkische Staat versucht auf der Grundlage der Verbundenheit mit der westlichen Staatengemeinschaft, den Konflikt dazu zu benutzen, den Kampf in seinem eigenen Land niederzuschlagen und damit fertigzuwerden. Das heißt, daß es sicher ist, daß gegen die Fortführung der Operationen der Spezialteams und ähnliche massive Menschenrechtsverletzungen keine Kritik auf internationaler Ebene kommen wird. Obwohl das zwar auch nichts Neues ist, ist das ein Problem. Das wird auf die internationale Arbeit und die Solidaritätsarbeit mit dem kurdischen Volk erschwerende Auswirkungen haben. Meiner Meinung nach sind die Hauptverantwortlichen für diese hier herrschende Lage die Politiker und die Menschen, die Möglichkeiten haben sich zu informieren.

Um zum Thema der Entwicklung des Widerstandes zu kommen: Es gibt zwar nicht jeden Tag massig Aktionen, aber das Denken und die Haltung "Wir haben überhaupt nichts mehr zu verlieren. Wir werden das Problem mit unseren eigenen Händen lösen" hat sich in den Massen noch stärker entwickelt. Die Organisierung in den Dörfern geht auf dieser Basis weiter. Trotz der auf persönlichen Befehl Turgut Özals unternommenen Bemühungen der Zerschlagung und Niederwerfung, entwickelten sich zum Beispiel in der Woche des 15. August, des Jahrestages des Beginns des bewaffneten Kampfes, Aktionen sehr unterschiedlicher Dimensionen und sehr unterschiedlicher Formen. Es gab sehr unterschiedliche Aktionen gegen militärische Ziele.

Da man sehr gut weiß, daß keinerlei Unterstützung von außen kommen wird, ist das Bewußtsein der Notwendigkeit der Organisierung der Massen entwickelt worden, ich denke, daß die Widerstandsaktionen der Kurdischen Arbeiterpartei

PKK Zustimmung finden und unterstützt werden. Es ist die eigene Angelegenheit der Kurden, das Problem zu lösen und das machen sie tatsächlich.

Kurdistan Report: *Welche Art von Hindernissen hat Ihnen der türkische Staat konkret bei Ihrer Reise in den Weg gelegt?*

Die PKK hat in Kurdistan über haupt nichts mehr zu verlieren. Die Ansicht, daß es notwendig ist sich selbst zu verteidigen und der Armee mit dem bewaffneten Kampf zu antworten, wird auch von den Massen vertreten. Die Lage ist ohnehin so, daß sich die Frauen und Kinder am Widerstand beteiligen

---

A. Beer: Das erste konkrete Hindernis war die Ablehnung meiner Anträge die den Wunsch in der Region zu reisen, politische Gefangene und vor allem gefangene Journalisten und den Supergouverneuer zu treffen und die irakischen kurdischen Flüchtlinge in ihren Lagern zu besuchen, beinhalteten. Als Grund wurden die Maßnahmen des Ausnahmezustandes in der Region angegeben. Das türkische Außenministerium teilte mir mit, daß auch private Treffen an eine Erlaubnis gebunden sind. Das ist ein starker Eingriff in die Grundrechte und die Reisefreiheit der aus der Bundesrepublik Deutschland kommenden Gäste. Und das zeigt im Grunde, daß der türkische Staat sich in der Defensive befindet. Die TR entbehrt jeglicher politischer Reaktionsfähigkeit in Kurdistan. Ihr fällt nichts anderes ein als die Unterdrückungs und die Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken. Und auch diese beinhalten keine politische Lösung, sie führen nur zu einer noch stärkeren Verschärfung der Lage.

Aufgrund der mit dem Irak aufgetretenen Lage konnten wir ohne Probleme bis zur irakischen Grenze gehen. Das hatten wir nicht erwartet. Dort haben wir drei, vier Tage lang Informationen sammeln können. Die Polizei- und Militärsperren auf dem Weg konnten wir mit verschiednen Vorwänden überwinden. So haben wir Uludere, wo es eine gegen das Landratsamt gerichtete Aktion gegeben hat, erreicht. Als wir jedoch nach Diyarbakir zurückgekehrt sind, war unsere Reisefreiheit endgültig zuende. Hinter uns liefen genau sechs Sicherheitskräfte her, die jeden Kontakt zu unserer Umgebung verhinderten. Das bedeutete, daß wir die Menschen, mit denen wir sprechen würden, in Gefahr brächten. Wir schreckten nicht davor zurück uns zu bewegen, sondern davor, daß gegen die Menschen, mit denen wir sprechen, erneut Druck ausgeübt werden wird. Die Lage in Diyarbakir war ziemlich gespannt. Diese Leute wichen bis zu dem Moment, in dem wir in das Flugzeug eingestiegen sind, nicht von unserer Seite. Deshalb war überhaupt nichts möglich. Trotzdem konnten wir uns mit den Lagervertretern treffen. So konnten wir auch Informationen über die aktuelle Lage in den Lagern bekommen. Meiner Meinung nach ist das auch das Wichtigste.

Kurdistan-Report: *Wie wirkt sich das gegen den Irak angewendete Embargo auf die Menschen der Region aus?*

A. Beer: Solche internationalen Maßnahmen gegen ein Land wirken sich zuerst gegen die Menschen der Region, die ihren Lebensunterhalt nur durch Handel verdienen -und das ist eben das kurdische Volk in türkisch-Kurdistan- aus. Da der Grenzverkehr gestoppt ist sind im Moment alle Läden geschlossen. Die Tanker kommen schließlich nicht mehr. Das führt auch zur Vertiefung der wirtschaftlichen Not. Außerdem fahren die um Geld zu verdienen mit Krediten gekauften Lastwagen nicht mehr, dem Volk bleiben keine Werte mehr. Von außen, vor allem von der Türkei, ist ohnehin keine Hilfe zu erwarten. Für die Türkei ist das zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Also sie erreicht die Auflösung der Infrastruktur in Kurdistan und noch dazu ohne sich direkt die Finger dabei schmutzig zu machen. Denn das Embargo schafft das von selbst. Deshalb fordern wir auch von der Bundesregierung und von anderen europäischen Staaten einen Unterstützungsfonds für den Südosten der Türkei, also für die Infrastruktur für das Volk in Kurdistan, zu gründen.

Kurdistan Report: *Sind Sie während ihrer Reise Zeugin von Aktionen der ARGK geworden?*

A. Beer: Nein. Nur einmal waren wir entweder vor oder nach einer Aktion am Ort des Geschehens. In einer Nacht wollten wir in unser Hotel in Sirnak zurückkehren. Nachts ist das gefährlich sagten die Soldaten und versuchten uns daran zu hindern. Danach konnten wir nur mit Mühe verhindern, daß sie uns Militärschutz mitgeben. Denn das wäre tatsächlich gefährlich gewesen. Als Ergebnis langer Diskussionen und Streitereien konnten wir nach einer Stunde in unser Hotel zurückkehren. Kurze Zeit nachdem wir weggegangen waren kam es dort zu einer militärischen Auseinandersetzung, wir wußten davon nichts. Schließlich waren wir immer über sich entwickelnde Aktionen informiert.

Kurdistan Report: *In Europa behaupten manche kurdische, türkische oder sogar deutsche Organisationen, daß der PKK die Unterstützung der Massen fehle. Sie sind, wenn auch nur innerhalb Ihrer beschränkten Möglichkeiten, ein paar Mal in Kurdistan umhergereist und haben es gesehen. Was sagen Sie dazu?*

Wir fordern auch von der Bundesregierung und von anderen europäischen Staaten einen Unterstützungsfond für den Südosten der Türkei, also für die Infrastruktur für das Volk in Kurdistan zu gründen

---

A. Beer: Diese Behauptungen sind absolut falsch. Man muß jedoch schauen, ob diese Behauptung infolge falscher oder unzureichender Informationen oder als eine politische Haltung aufgestellt werden. Bei meinem letzten Besuch in Kurdistan und meinen Gesprächen mit Anwälten, dem Volk, denen die sich an Streiks und Rolladenschlieungsaktionen beteiligt haben, kam absolut sicher heraus, daß die PKK eine große Unterstützung in den Massen genießt. Wenn man sich mal den Repressionsapparat des türkischen Staates vor Augen führt, ist klar, daß die PKK ohne diese Unterstützung nicht so leicht agieren könnte, wie sie jetzt agiert. Alle realisierten Aktionen sind nur mit der Unterstützung des Volkes möglich. Und das beweist auch, daß die Aktionen beim Volk Zustimmung finden. Die PKK hat in Kurdistan überhaupt nichts mehr zu verlieren, die Ansicht, daß es notwendig ist, sich selbst zu verteidigen und der Armee mit dem bewaffneten Kampf zu antworten, wird auch von den Massen vertreten.

Die Lage ist ohnehin so, daß sich die Frauen und Kinder am Widerstand beteiligen.

Das Problem, das ich im Moment als das Wichtigste betrachte, ist das Problem der Benutzung kurdischer Organisationen gegeneinander im Rahmen der Golfkrise. Im Grunde müssen das vor allem die kurdischen Organisationen untereinander diskutieren. Wir haben auch schon früher die Spaltung der kurdischen Front wegen entgegengesetzten Interessen der Einzelnen erlebt. Das darf nicht sein. Gegen die existierende internationale Interessensgemeinschaft zur Vernichtung des kurdischen Volkes bedarf es eines gemeinsamen Widerstandes. Und das muß entschlossen zur Sprache gebracht werden. Denn sie können einen üblen Versuch unternehmen, Kurdistan mit Stumpf und Stiel zu vernichten.



Vertrieben aus dem Dorf in die Zelte...

Kurdistan Report: *Konnten Sie irgendeine neue Veränderung bei der parlamentarischen oder außerparlamentarischen Opposition in der Türkei feststellen?*

A. Beer: Die parlamentarische Opposition ist unendlich weit hinter den Entwicklungen zurückgeblieben. Ich möchte hier jedoch eine Differenzierung machen, denn es gibt auch Ausnahmen. Man muß eigentlich sagen, daß generell die Situation vom Mai noch fortbesteht. Also die Auffassung, die das auf den Nationalen Konsens gestützte Dekret Nr. 413 verteidigt und all der danach angewendeten Repressionen zustimmt, ist die in allen Fraktionen des Parlamentes vorherrschende Auffassung. Und sogar gegen die Methoden wie die letzten Entvölkerungen von Dörfern, die Zwangsansiedelung der Bauern, erhebt sich keine einzige Stimme, das Dekret wird nicht angegriffen.

Aus diesem Grund will ich auch von den Ausnahmen sprechen. Denn während von Seiten der Parteien tatsächlich nicht interveniert wird, finde ich diese nicht überzeugend.

Von ihnen abgesehen gibt es eine breite Opposition, die versucht, der Öffentlichkeit die Lage bekanntzumachen. Sie ist auch dazu bereit sich vor allem mit ausländischen Delegationen zu treffen. An diesem Punkt müssen die ausländischen Delegationen diese Möglichkeiten zum Sammeln von Informationen nutzen. Es muß eine internationale Arbeit mit der Linken der Türkei und Kurdistans geben. Dabei sehe ich vor allem Menschen wie Ismail Besikci. Oder Journalisten, die in der aktuellen Situation offen untersuchen und Öffentlichkeitsarbeit machen und aus diesem Grund zum Schweigen gebracht werden sollen.

Kurdistan Report: *In der Zeit als Sie in Kurdistan waren sind in der türkischen Presse Nachrichten, wie daß 500 GSG 9 Kräfte in die Region geschickt worden seien, erschienen. Sie haben sich viele Male gegen die türkisch-deutsche Zusammenarbeit in diesem Bereich gewandt, haben im Parlament ein Beispiel gegeben. Besteht Ihrer Meinung nach nicht wegen der Golfkrise die Gefahr, daß die TR noch mehr Unterstützung bekommt?*

A. Beer: Zunächst möchte ich auf die von Tercüman veröffentlichten Nachrichten bezüglich der 500 nach Diyarbakir gehenden GSG 9 Kräfte eingehen. Es gibt jetzt aus zwei Quellen die wir haben und die sich gegenseitig widersprechen zweierlei Informationen. Auf der einen Seite ist der auf der Seite des Staates stehende Tercüman. Dieser veröffentlicht solche Art Nachrichten nicht umsonst. Die andere ist schließlich die Untersuchung der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat diese Nachricht entschieden dementiert. Es könnten sich einzelne Mitglieder, um ihren Urlaub zu verbringen, in der Region befinden, aber das sei auch nicht der Fall, wurde gesagt. In Wirklichekeit gibt es auch nicht einmal 400 Kräfte der GSG 9, die in Marsch gesetzt werden könnten. Es könnten allerdings GSG 9 Spezialteams in die Region entsandt worden sein. Um ein Schlagteam zu bilden braucht man auch nicht unbedingt GSG 9 Kräfte. Meiner Meinung nach steckt hinter dieser Nachricht wirklich etwas, nur haben wir keine sicheren Informationen darüber.

Um zu Ihrer zweiten Frage zu kommen: Da es bis heute keine größere Kritik gegen die Militärhilfe und die gegen das kurdische Volk angewendete Repression gegeben hat, sehe ich die Gefahr, daß die Türkei unter Ausnutzung der entstandenen Situation und indem sie noch mehr Militärhilfe bekommt, Repressionen gegen das kurdische Volk anwendet. Das erfordert trotz ökonomischer Schäden als Gegenleistung gegen den Irak zu gehen. Aber das Interessante ist, daß die Bundesrepublik nicht nur der Türkei, sondern auch dem Irak eine GSG 9 Ausbildung gegeben hat. Die ersten diesbezglichen Informationen sind jetzt herausgekommen. Das erste, was wir in diesem Zusammenhang schleunigst tun müssen, ist eine Öffentlichkeit dafür zu schaffen und vor allem parlamentarische Initiativen zu unternehmen um diese Art von Unterstützung zu beenden. Allerdings reicht das meiner Meinung nach nicht aus. Die linken Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, Menschenrechtsinstitutionen und andere Parteien müssen die Verantwortung tragen. Ansonsten habe ich Angst, daß die Auseinandersetzung noch mehr ansteigt. Das kann einem etwas pessimistisch erscheinen. Aber die Lage ist so und wir dürfen uns nicht selbst täuschen. Das heißt, daß wir die Verantwortung der bundesdeutschen Politik für die Ermordung des kurdischen Volkes anprangern müssen. Und wir müssen auch

jede kommende Verantwortung im Zusammenahng mit der Irak-Krise herausstellen.

Kurdistan Report: *In der Phase vor der Krise wurde behauptet, daß deutsche Firmen dafür verantwortlich sind, daß der Irak chemische Waffen besitzt. Jetzt, zusammen mit dem Aufkommen der Krise, begannen sich die Behauptungen als richtig herauszustellen und lösen Geschrei aus. Eigentlich war die Lage schon viel früher bekannt und niemand hat einen Ton gesagt. Wie beurteilen Sie dieses zweierlei Maß?*

A. Beer: Ja, aus diesem Grund ist eben die internationale Empörung gegen das mörderische Regime Saddam Husseins heute überhaupt nicht überzeugend. Die Daten sind seit Jahren bekannt. Die Firmen sind seit Jahren bekannt. Trotzdem sind nach der Anwendung chemischer Waffen in Halabja keinerlei Sanktionen angewendet worden; ganz im Gegenteil, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Irak entwickelten sich. Der Rüstungexport hat sich auch entwickelt. Außerdem sind neue Daten einschließlich der Lieferungen der heute für die atomaren Ziele verwendbaren Materialien und die Unterstützung der Atomstrategie des Irak bekannt geworden.

Das was sich heute ereignet zeigt, daß all das nicht glaubwürdig war, es übernimmt auch niemand die Verantwortung. Jetzt wird nun durch Einleiten staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen um die seit Jahren bekannten Firmen vor Gericht zu stellen versucht, die Situation zu retten. Das läuft darauf hinaus sich über die erlebten Geschenisse lustig zu machen. Das dient der Rettung der Bundesregierung. Auf diese Weise versucht sie sich reinzuwaschen, Diskussionen zu verhindern, um sich davor zu retten, Ziel der Kritik zu werden. Natürlich ist unser Ziel zu zeigen, daß wenn die Bundesregierung es nicht gewollt hätte, dieser Waffenexport nicht möglich gewesen wäre. Es ist notwendig zu sagen, daß sie dies unterstützt hat, still geblieben ist und versucht hat das zu verschleiern.

Kurdistan Report: *Gibt es etwas, was Sie unseren Lesern sagen möchte?*

A. Beer: Ich möchte folgendes sagen: Wir sind dabei eine Initiative zum Stopp der Auslieferungen an die Türkei zu unternehmen. Aus meinen mit den Menschen in Kurdistan geführten Gesprächen weiß ich, daß sie nicht wollen, daß diejenigen, die die Existenz ihres Volkes aufrechterhalten wollen in die Bundesrepublik oder in andere Länder fliehen und daß sie wollen, daß diese zurückkehren und sich am Widerstand beteiligen. Das ist legitim und im Prinzip auch verständlich. Allerdings sind wir auch gezwungen die Ausländerfeindlichkeit und die Rechten in der BRD zurückzudrängen. Dazu gehört auch, das Recht der Menschen, deren Leben in der Türkei oder in Kurdistan in Gefahr ist, die unter der starken politischen Repression des türkischen Staates stehen, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen und die Notwendigkeit sie hier zu akzeptieren und zu verteidigen. Meiner Meinung nach darf die politische Arbeit hier die Nationalprobleme nicht beeinträchtigen und muß in Zusammenarbeit mit dem Widerstand in Kurdistan stehen. Auf dieser Basis kann unsere Arbeit eine Unterstützung sein: In den Kommunal- oder Länderparlamenten die Auslieferung der Menschen nach Kurdistan und in die Türkei zu stoppen, dem Schutz der Grundrechte und Menschenrechte der Flüchtlinge dienen, auf der anderen Seite die Entwicklung des Widerstandes unterstützen.

* * *

ÜBER DIE HALTUNG DER KRÄFTE IN SÜDKURDISTAN

Die ohnehin auf der Tagesordnung stehende Kurdistanfrage rückte mit dem Beginn einer neuen Phase im Mittleren Osten durch die Okkupation und Annexion Kuwaits durch den Irak ganz in den Vordergrund. Alle Zukunftspläne des Imperialismus und aller seiner Kollaborateure in der Region, allen voran der TR, konzentrieren sich in Kurdistan. Hinter verschlossenen Türen in den Geheimverhandlungen findet eine Diskussion über eine Neuaufteilung Kurdistans statt.

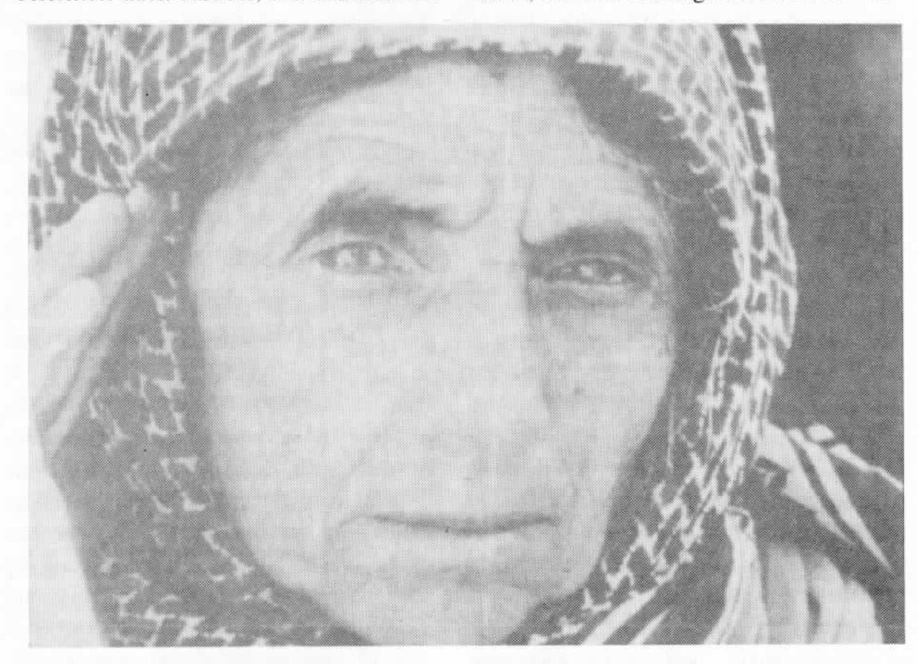
Diese Lage betrifft in der Tat vor allen anderen am meisten das Volk Kurdistans und diejenigen, die im Namen des Volkes Kurdistans Politik machen, seinen Kampf führen. Aber trotzdem wird das Volk Kurdistans bei der Diskussion, beim Planen und Feilschen über seine Nation und seine Zukunft einfach ignoriert. Und es wird davon ausgegangen, daß alles was man aufoktroyieren will, akzeptiert werden muß und sei es mit Gewalt. Die Berechnungen werden auf einer solchen Hypothese angestellt.

Aber das Volk Kurdistans stellt sich mit seinem nationalen Befreiungskampf unter der Führung der PKK der Intervention und den Kriegsvorbereitungen der von den USA angeführten imperialistischen Kräfte und des türkischen Koloialismus im Mittleren Osten mit Massendemonstrationen und dem bewaffneten Widerstand entgegen. Sie hat mit ihrem, gegen jede Art von reaktionären, ungerechten imperialistischen Krieg und Kolonialismus entwickelten Kampf, ihre Solidarität mit den Völkern des Mittleren Ostens bewiesen. Auf diese Weise bringt sie das Feilschen und die Verteilungspläne des Imperialismus und seiner Kollaborateure in der Region über die Existenz und die Zukunft Kurdistans und das Volk Kurdistans zum Scheitern.

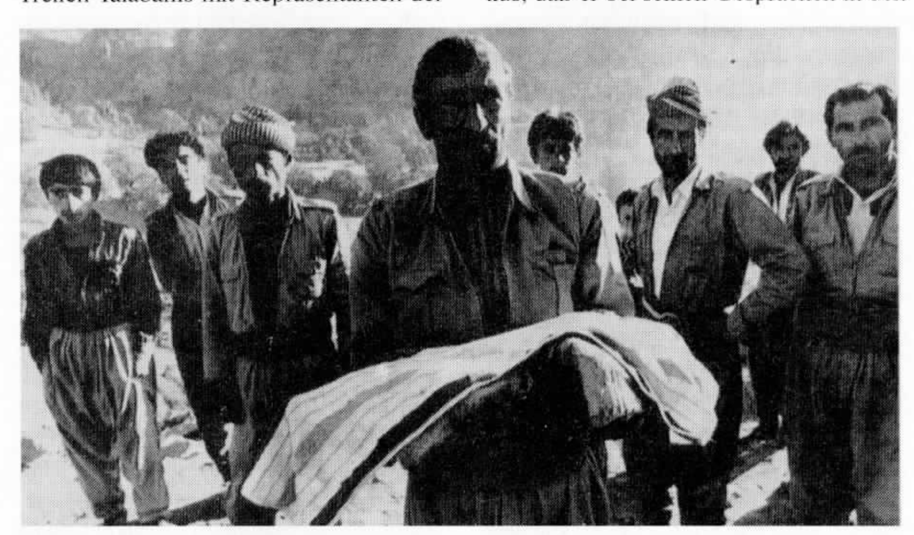
Unter diesen Bedingungen bewertet die

PKK, die die wahren Interessen des Volkes Kurdistans zugrundelegt und den auf die eigene Kraft gestützten nationalen Befreiungskampf entwickelt, auch diese Phase der neu aufgetretenen Lage entsprechend der Interessen des Volkes Kurdistans und der Völker der Region. Sie repräsentiert die Politik und den Kampf der Unabhängigkeit indem sie sich diese Interessen zum Prinzip macht. Aus diesem Grund ist sie auch eine in der Region geachtete und aufmerksam verfolgte Bewegung.

Allerdings kann, in einer Epoche, in der die Einheit und der gemeinsame Kampf aller der Kräfte, die im Namen unseres Volkes Politik machen, am meisten notwendig ist und in einer Epoche in der mit der Haltung der Befreiung diese Einheit erreicht werden kann, über die Kräfte Südkurdistans nicht das gleiche gesagt werden, wie traurig das auch immer ist. Ganz im Gegenteil ignorieren die YNK (Patriotische Union Kurdistans, PUK) und die PDK-I (Demokratische Partei Kurdistans-Irak) mit ihren Bemühungen für die imperialistischen Kräfte seit Beginn der Golfkrise, um möglicherweise nach Saddam einen Platz in der Regierung des Irak einnehmen zu können, die kurdische nationale Existenz, ihre Interessen und die Einheit der nationalen Bewegung. Der PUK-Führer Talabani pendelt zwischen Paris und Washington. Bei dem Treffen Talabanis mit Repräsentanten der USA in den ersten Tagen der Golfkrise stand an erster Stelle die Form der Beteiligung der Kurden an einer möglichen militärischen Intervention der USA gegen den Irak auf der Tagesordnung. Pressemeldungen zufolge soll eine 30 000 Mann starke Armee zum Kampf gegen das irakische Regime gebildet und die Ausstattung von den USA übernommen werden. (Milliyet). Die französische Presse berichtete auch darüber, daß Talabani am 19. September während seinem Frankreichbesuch gesagt hat, daß die CIA in Südkurdistan eine 30.000 Mann starke Armee ausbilden und ausrüsten werde. Diese Entwicklungen sind später auch von Talabani persönlich bestätigt worden. Talabani erklärte bei einer Rede in Damaskus, daß er bei seinen Gesprächen in den USA das bekommen habe, was er gewollt habe. In den auf dieses Treffen folgenden Tagen knüpfte die TR intensive Beziehungen zu den Repräsentanten der USA und erklärte, daß anstelle der Südkurden sie selbst eine 2. Front gegen Saddam bilden könnte. Sollte allerdings die USA die Kurden unterstützen, würde sie selbst eine entgegengesetzte Haltung einnehmen. Sie wurde auf der ganzen Welt zum ersten Staat, der den Embargobeschluß der Vereinten Nationen umsetzte. Diese Situation hat eine Reihe von Änderungen bei der Haltung der USA ausgelöst, woraufhin Talbani zunehmend Unterredungen mit Frankreich begann bei denen er versuchte, bei einer möglicherweise nach dem Ende der Golfkrise stattfindenen Mittel-Ost Konferenz die Kurden nicht zu vergessen. Dabei waren auch die PDK-I, der Führer der Sozialistischen Partei Kurdistans Dr. Mahmut Osman und der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Kurdistans, Sami Abdurrahman.



Das Gesicht des Leidens: eine kurdische Frau mit Hautverbrennungen und tränenden Augen



Flüchtlingslager: Ein kurdischer Vater mit seinem gestorbenen Kind

Warum ist das nun so? Warum ziehen diese Kräfte es vor, anstatt auf ihr eigenes Volk gestützt mit einer nationalbefreierischen Politik den Befreiungskampf zu führen sich auf die imperialistischen Kräfte, die für die Spaltung und Aufteilung und den vorhandenen Kolonialstatus Kurdistans verantwortlich sind zu stützen? Warum gehen sie eine so unwürdige Beziehung, die nicht einmal mehr als Kollaboration bezeichnet werden kann, ein?

Wenn man die Lage Südkurdistans betrachtet, zeigt sich, daß es nichts Neues ist, daß kurdische Organisationen, die auf Autonomie abzielen, sich bei ihrem Kampf auf die Widersprüche und Auseinandersetzungen unter den kolonialistischen Staaten oder zwischen den Imperialisten und den kolonialistischen Kräften

stützen. Das ist die ständige Praxis der sich 1958 nach dem Sturz des monarchistischen Regimes im Irak unter der Führung Mustafa Barzanis entwickelten PDK-Bewegung. Die PDK Bewegung hat es von Anfang an zu ihrer grundlegenden Politik gemacht, sich auf die Widersprüche zwischen dem Irak und dem Iran sowie zwischen dem Irak und den USA zu stützen. Sie hat die Auseinandersetzung zwischen dem iranischen Schahregime und dem irakischen BAATH-Regime fortgeführt. Als das BAATH-Regime dann die Freundschaft zur UdSSR zur Basis seiner Politik gemacht hatte, gewann sie die Unterstützung des US-Imperialismus und des iranischen Schahregimes. Sie trat bei der Auseinandersetzung zwischen der Politik der USA und der UdSSR um den Einfluß im Mittleren Osten im allgemeinen und besonders im Irak als feurige Anhängerin des US-Imperialismus auf. Mustafa Barzani gab 1962 einem als Journalisten auftretenden CIA-Agenten, mit dem er sich getroffen hat ein Zeichen, indem er sagte, daß es im Irak eine kommunistische Partei gibt und sagte: "Diese Partei ist ein Partisan der Sowjetunion. Wenn Ihr uns helft, dann werden wir auch ein Partisan der Vereinigten Staaten. Dann werden wir Amerika nützen" (Gespräche mit Barzani, Dana Adams Schmidt, Seite 72-73, türk. Fassung). Er beschränkte sich nicht nur darauf, sondern sagte auch, daß er bereit sei, alle möglichen Sicherheiten zu geben. Wenn die Hilfe Amerikas an Bedingungen geknüpft sei, wie daß die Kurden sich nicht in der Türkei und im Iran einmischen sei er auch damit einverstanden und zufrieden und erklärte, daß er versprechen könne keine Aufhetzung unter den Kurden in der Türkei und im Iran zu betreiben. Dieses Angebot Barzanis zum Partisanen des Imperialismus zu werden, war in einer Zeit, in der dies für die Realisierung der Politik der USA dienlich war und so eine Gelegenheit, die sie nicht verpassen durften. Danach hat sich dann die PDK Bewegung unter die Kontrolle der USA und des iranischen Schahregimes begeben.

Die von der PDK Bewegung verfolgte Politik des Partisanen der USA hat dem in Südkurdistan geführten Kampf für Autonomie 1975 eine beschämende Niederlage eingebracht. Das Ziel der von den USA und dem iranischen Schahregime geleisteten Unterstützung für die PDK war nicht, dem Kampf für Autonomie zum Erfolg zu verhelfen sondern die, wenn auch nur schwach sich auf einer antiamerikanischen Linie bewegende Politik des BAATH-Regimes zu verändern. Die PDK wurde von diesen beiden Staaten als Druckmittel benutzt, um das BAATH-Regime auf eine versöhnliche Linie zu bringen. Und schlielich hatte ja auch der heldenhafte Kampf der PDK für die Interessen der USA zum Erfolg geführt; das BAATH-Regime gab seine frühere Haltung auf und begann Gespräche mit dem iranischen Schah-Regime. Als Ergebnis der Vermittlung des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger wurde das Algier-Abkommen zwischen dem Iran und dem Irak geschlossen; diese Entspannung zwischen den kolonialistischen Staaten hat auch das Ende des Kampfes für Autonomie mit sich gebracht. Das ging so weit, daß diejenige Kraft, die den Beschluß faßte, daß die Bewegung in Südkurdistan besiegt und ihr Widerstand beendet ist, das iranische Schahregime war. Mustafa Barzani, der der Führer der Bewegung gewesen ist, wurde in der Stadt Qerec (Ostkurdistan) festgenommen und mit Gewalt dazu gezwungen, einen Beschluß zu unterschreiben, daß die Peschmergakräfte in Südkurdistan aufgelöst werden, ihre Waffen abgeben und den Iran verlassen. Weil ihre Politik darin bestand, ihre Existenz auf die Widersprüche zwischen den kolonialistischen Staaten zu stützen, konnten sie auch nach der Entspannung zwischen diesen beiden Staaten kaum mehr etwas tun. Sogar in einem von der PDK im Jahre 1976 selbst veröffentlichten Bericht wird die Ausweglosigkeit dieser Politik betont: Wir wurden besiegt, denn wir waren mit "Haut und Haar in den Händen des Iran" (Neue Strategie der Irak PDK, Seite 101, türk. Fassung).

Die schwere beschämende Niederlage, die 1975 damit endete, daß die Peschmerga-Armee, die im Jahr 1974 fast eine Zahl von Hunderttausend erreicht hatte, aufgelöst wurde und die kurdische Bevölkerung in die Wüsten im Süden zog, hat nicht zu einer Veränderung der Politik der Kräfte, die in Südkurdistan aktiv sind, geführt. Nach dem Sturz des Schahregims und dem Kriegsbeginn des Irak gegen den Iran war die neue Stunde dieser Kräfte gekommen. Die PDK hat sich ein weiteres Mal mit der Unterstützung des sich im Kriegszustand mit dem Irak befindlichen Iran in einen Kampf für Autonomie gegen das irakische Regime geworfen. Ihre Politik war wieder die alte Politik, die Führung war wieder die gleiche Führung, die Kraft von der sie Unterstützung bekam war wieder der Iran. Auf die gleiche Weise haben sich die autonomistischen Kräfte in Ostkurdistan im Irak stationiert und mit der Unterstützung, die sie von Saddam Hussein erhalten haben, gegen den Iran gekämpft. Daß diese Haltung erneut der Bewegung in Süd- und Ostkurdistan eine erschütternde Niederlage einbrachte und zu Unheil für unsere Nation führte, war unumgänglich. Daß die Entwicklungen so enden würden war schon von Anfang an klar. Nachdem der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran durch einen Waffenstillstand beendet war, hatten die autonomistischen Kräfte wieder einmal den Schaden zu tragen. Das faschistische Saddam Regime, das seine Angriffe nun gegen Kurdistan richtete, beging neue Völkermorde. Es ermordete mit chemischen Waffen zehntausende unschuldige kurdische Menschen. Die Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Hunderttausende unserer Landsleute, die vor den todbringenden chemischen Waffen flohen, sind nun der Gnade der faschistischen türkischen Kolonialisten ausgeliefert. Die Hoffnungen des Volkes Südkurdistans auf Befreiung sind wieder einmal zerstört worden. Diese ununterbrochene beschämende Praxis, deren Hauptverantwortlicher die PDK-I ist, hat, abgesehen davon, daß sie unser Volk Massakern ausgesetzt hat, zu nichts anderem geführt, als daß die Welt die Kurden als die Soldaten jedermanns betrachtet.

Auch der andere Flügel der autonomistischen Bewegung in Südkurdistan, die zu einer noch größeren Verschärfung des Kurdistanproblems geführt hat, die (PUK), hat eine ähnliche Politik verfolgt. In den Jahren in denen der Widerstandskampf in Kurdistan weitergeführt worden ist, haben sich manche von ihnen auf die Seite der PDK gestellt und andere einen Weg der Versöhnung mit dem BAATH-Regime gesucht. In der Epoche des Irak-Iran Krieges hat sie, wie die PDK versucht, Unterstützung durch das iranische Regime zu bekommen. In der letzten Phase des Krieges hat sie sich dann mit Saddam Hussein an den Verhandlungstisch gesetzt. Beim Verzicht der auf den bewaffneten Kampf gegen den irakisch-arabischen Kolonialismus haben die Beinflußung einiger imperialistischer

Staaten und besonders die Frankreichs eine wichtige Rolle gespielt. Der Führer Celal Talabani hat diese Wahrheit offen eingestanden. Talabani hat bei seiner Rede auf der in Paris abgehaltenen Kurdenkonferenz gesagt: Während dem Golfkrieg war Irak dabei zu verlieren. Kouchner hat sich mit mir und Quassimlo getroffen. Er wollte, daß wir unsere militärischen Aktionen einstellen, damit das Bagdad-Regime den Krieg nicht verliert. Daraufhin haben wir getan was er verlangte. Wir haben die Kämpfe und Operationen gegen den Irak gestoppt. Aber als der Waffenstillstand erreicht war begann Saddam die Kurden zu vernichten". (Ikibine Dogru, 3. Jahrgang, Nummer 44). Zu einer Bewegung, die den Forderungen der Imperialisten nachkommt, die darauf verzichtet zu kämpfen um ein faschistisches Regime, das ihre Nation unter kolonialistischer Herrschaft hält, vor einer Niederlage zu bewahren und dem Völkermord den Boden bereitet, können alle möglichen Bezeichnungen passen, nur nicht die Bezeichnung nationalbefreierisch. Wenn das Volk Südkurdistans sich nicht Führungen dieser Sorte entledigen kann, wird es nicht davor gerettet werden unter kolonialistischer Herrschaft zu leben und neue Völkermorde zu erleben.

Wenn es auch bitter ist, zwischen dem Knüpfen der Hoffnungen der PDK-I an die USA und Frankreich heute und dem Vertrauen auf das iranische Schahregime damals besteht keinerlei Unterschied. Die autonomistischen Kräfte bewegen sich wieder in ihrem traditionellen Teufelskreis und diese Vorgehensweise trägt schon den Samen neuer niederschmetternder Niederlagen in sich. In dem Moment in dem der aggressive US-Imperialismus es geschafft hat seine Pläne zu realisieren und eine Marionettenregierung im Irak installiert hat, wird schließlich keine Notwendigkeit mehr für die kurdischen Plünderarmeen bestehen. Dann werden die kurdischen Kollaborateure, die sie an der kurzen Leine halten, zur Entwaffnung gezwungen und das Volk Südkurdistans genauso wie im März 1988 mit neuen Massakern wie in Halabja konfrontiert werden. Ein Sprichwort im Mittleren Osten sagt, "Wer sein Gut verloren hat, hat etwas verloren; wer seine Würde verloren hat, hat viel verloren; aber wer seine Hoffnung verloren hat, der hat alles verloren." Die Hoffnung eines unterdrückten Volkes auf Befreiung ist heilig und unantastbar. Mit der Hoffnung eines Volkes kann nicht gespielt werden. Diese Hoffnung kann nicht anderen -ob sie Freunde oder Feinde sind- abgetreten werden. Die Hoffnung sind die Massen selbst, ist das Volk. Das kurdische Volk kann nicht zur Exekutivgewalt der imperialistischen Politik herabgesetzt werden.

Der einzige Lösungsweg ist die Verstärkung des Unabhänigkeitskampfes.

Den Interessen der ausländischen herrschenden Kräfte entsprechend zu agieren ist allgemein zum unveränderlichen Charakter der kurdischen herrschenden Klassen geworden. Dieser Faktor hat eine entscheidende Rolle bei der Spaltung, Aufteilung und Kolonialisierung Kurdistans gespielt. Während des Krieges zwischen den Osmanen und dem iranischen Safaviden-Staat um die Herrschaft über Kurdistan sind die kurdischen Feudalherren von beiden Seiten als Pülnderungsarmee benutzt worden. Durch den ihnen innewohnenden Verrat haben die Osmanen einen großen Teil Kurdistans ihnen unterstellt und diesen Boden Kurdistans in eine Pufferzone verwandelt und gleichzeitig die kurdischen Feudalherren mit dem Grenzschutz beauftragt. Zwischen der Praxis der heute in Kurdistan als Nationalisten auftretenden und der Autonomie hinterherlaufenden Institutionen und dem was die kurdischen Feudalherren und Stammesfürsten getan haben, die in der Vergangenheit mit dem osmanischen und dem iranischen Reich kollaborierten, besteht kein großer Unterschied. In dem Moment in dem ihre Autonomie nicht angetastet wird, haben es die kurdischen Feudalherren als eine Ehre empfunden ausländischen Herrschern zu dienen. Die Haltung der heutigen autonomistischen Kräfte ist die gleiche. Sie sind zur Kollaboration mit jeder Kraft bereit, die ihnen einen Autonomiestatus zugesteht. Das ist ohnehin der Sinn der Autonomie. Für die Autonomie zu kämpfen ist in Wirklichkeit nichts anderes, als Anstrengungen für das Erreichen einer Kollaboration auf einer für die Kolonialisten noch einträglicheren Basis zu unternehmen. Weil die USA jetzt eine Kollaboration unter besseren Bedingungen vorgeschlagen haben, stehen die autonomistischen Kräfte auf der Seite des US-Imperialismus und haben eine günstige Verhandlungsposition dem irakischen Regime gegenüber erreicht. Wenn morgen das Regime Saddam Hussein in Bedrängnis gerät und wieder erklärt, daß es Autonomie gewähren wird, nähern sie sich wieder dem arabischen Kolonialismus. Das Ziel Autonomie führt unausweichlich dazu, den Kolonialisten und den Imperialisten zu dienen. Aus diesem Grund ist es notwenig vor allem diese Politik zu überwinden.

Das Volk Kurdistans bewegt sich schließlich nicht mehr im Dunkeln. Der in Nordwest-Kurdistan sich erhebende Unabhängigkeitskampf unter der Führung der PKK zeigt unserem Volk in allen Teilen den wahren Weg der Befreiung. Dieser Kampf stützt sich ganz auf die eigene Kraft unseres Volkes. Wenn man die Praxis der autonomistischen Kräfte mit den Errungenschaften dieses Kampfes, der noch keine lange Geschichte hat, vergleicht, zeigt sich klar, wie es zum Sieg führt, wenn man die eigene Kraft des Volkes zum unverzichtbaren Prinzip macht. Und das ist auch der Kampf an den die Hoffnungen geknüpft und der unterstützt werden muß. Die Kräfte in den anderen Teilen Kurdistans können, wenn sie davon wegkommen hinter der Autonomie herzulaufen und ihre Hoffnungen an den Imperialismus zu knüpfen, sondern sich der Unabhängigkeit zuwenden und die nationale Einheit und die wahren Interessen des Volkes zur Grundlage machen, den Kampf in jedem Teil mit dem Unabhängigkeitskampf in Nordwest-Kurdistan vereinen. Entsprechend der Interessen der imperialistischen Staaten zu agieren, heißt sich gegen den Unabhängigkeitskampf zu stellen und sich mit der Aufrechterhaltung der Teilung Kurdistans einverstanden zu zeigen, dahingehend Garantien zu geben und den Lebensinteressen der kurdischen Nation den Rücken zuzuwenden. Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit ist das unantastbare, unabtretbare und unverzichtbare Recht der kurdischen Nation. Jedes beabsichtigte Feilschen über die Inanspruchnahme dieses Rechtes unserer Nation muß zurückgewiesen und die Unabhängigkeits- und Freiheitsfahne in jedem Teil Kurdistans erhoben werden.

Schritt für Schritt Kurdistan

DERSIM

(Tunceli)

WOHER KOMMT DER NAME DERSIM?

Der Name unserer Provinzstadt war bis 1937 Dersim und sie wird heute immer noch von unserer Bevölkerung so genannt. Die türkischen Kolonialisten haben nach einem barbarischen Massaker im Jahr 1937/38 den Namen der Stadt in Tunceli, das heißt, "Ich werde euch mit meiner eisernen Hand vernichten" umgeändert. Mit dem blutigen Massaker wollten die Kolonialisten auch den Namen der Stadt, der ein Symbol für eine lange Tradition von Aufständen und Widerstand gegen Fremdherrschaft ist, ein für alle Mal aus der Geschichte und dem Bewußtsein ausradieren.

Die besondere geographische Lage dieser Stadt bot den Aufständischen Rückhalt und eine Fremdherrschaft konnte sich in ihrer ganzen Geschichte nicht festsetzen. Aus diesem Grund ist Dersim in seiner geschichtlichen Rolle zum Silbernen Tor Kurdistans geworden, das die Kolonialisten nicht durchläßt.

Im kurdischen Dialekt Kurmanci bedeutet "Der" Tor und "Sim" Silber. Dieser Name kommt von den Dersim umgebenden Bergen, die sehr steil sind und an ihren Durchgängen wie ein Tor erscheinen und silbrig leuchten.

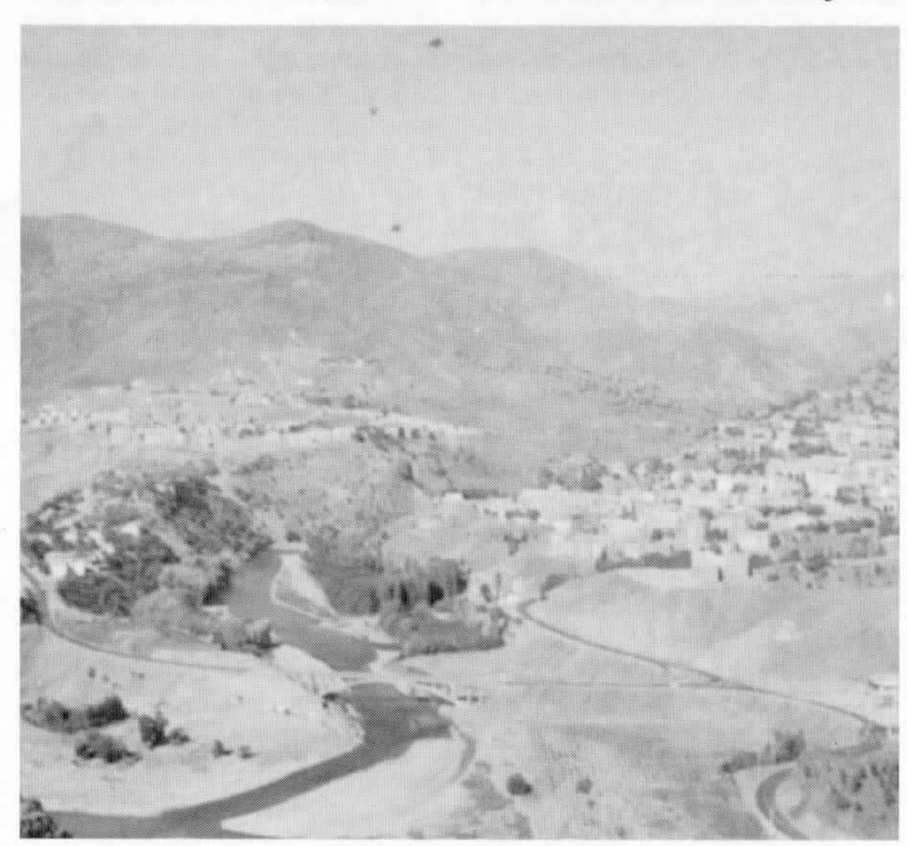
Kurzer geschichtlicher Überblick:

Ein zwischen den Jahren 2000 und 1000 v. Chr. aus Nordeuropa ausgewanderter Stamm machte sich in Kaukasien seßhaft. Später, als die Meder und Perser nach Mesopotamien auswanderten, mußten die Hindus in das Indus-Tal einwandern. Die Assyrer wehrten sich gegen diese Zuwanderung. Es kam zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Die später eingwanderten Skythen einigten sich mit den Assyrern und schlugen die Angriffe der Meder und Perser zurück. Nach ihrer Niederlage einigten sie sich im Jahre 715 v. Chr. mit dem Führer des Med-Stammes Kiakser und gründeten die Stadt Ekmedane. In dieser Stadt organisierten sie ihre Militärstreitkräfte, die sich später, im Jahre 560 v.Chr. im Gebiet Dersim niederließen. Das Volk der Meder eroberte Dersim und wurde dort ansässig.

Hier haben die Meder unauslösliche Spuren, vor allem im Bereich der Religion hinterlassen. In dieser Phase wurde die Bevölkerung Dersims von der verbreiteten Religion Zerdüst (Zarathustra) stark beeinflußt. So haben sie bis heute noch viele ihrer Eigentümlichkeiten bewahrt und die Traditionen lebendig erhalten.

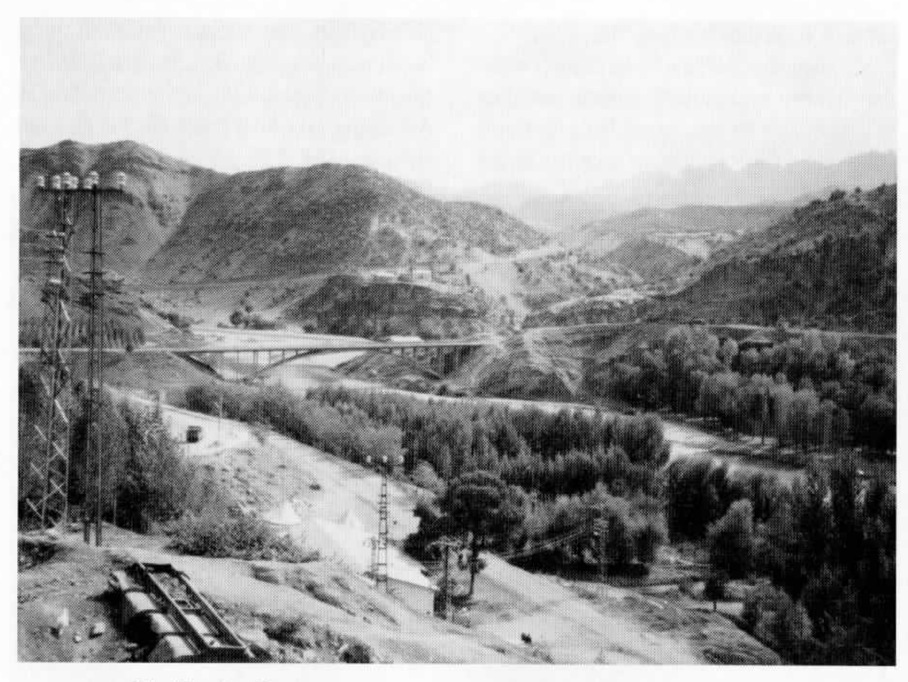
Nachdem die Perser das Meder-Reich 550 v.Chr. stürzten, kommt Kurdistan und somit auch Dersim unter persische Herrschaft. Ab diesem Zeitpunkt mußte Dersim jedes Jahr 400 Talaton Silber und 20 000 Pferde als Steuern an die Perser bezahlen.

Alexander der Große errang durch einen Sieg die Macht über Kurdistan und das persische Reich. Es gelingt ihm aber nicht, eine dauernde Herrschaft durchzusetzen. Wegen neuer Eroberungen macht er sich auf den Weg Richtung Indien. Diese Gelegenheit wird vom Volk genützt. Es kommt zu Aufständen, besonders in der Umgebung von Dersim, die von Alexander den Großen nicht niedergeschlagen werden können. Nach seinem Tod jedoch marschiert der von ihm eingesetzte Perdikkas mit seiner Armee in Dersim ein, schlägt die Aufstände nieder und gliedert die Stadt Mazedonien ein.



Die Stadt Dersim

Im Jahre 140 v.Chr. kommt Dersim unter die Herrschaft der Parther. Die politischen Auseinandersetzungen in dieser Phase laufen sehr kompliziert und verworren ab. Abwechselnd herrschen mal



Die Dersim-Berge

die Parther, mal die Römer. Wegen diesem ständigen hin und her kommt es zu keiner stabilen Herrschaft.

Die Erben des Pharter-Staates, die Sassadiden, kämpfen zunächst gegen die Römer und Byzantiener, dann gegen die Araber. Auch in dieser Epoche kann keine Rede von Stabilität in der Region sein, bis die Sassanen im Jahre 503 wieder die Herrschaft über Dersim erlangten. Da Dersim eine gebirgige Region ist, war es für die Sassanen jedoch, genauso wie für alle Staaten während der Geschichte ein schwer zu kontrollierendes Gebiet und daher blieb auch ihre Herrschaft instabil.

Auch in der Epoche des osmanischen Reiches ist über Dersim zu keiner Zeit eine tatsächliche Herrschaft durchgesetzt worden. Dersim lebte die ganze Zeit lang unabhängig. Auch gegen die Armee des Osmanenherscherr Yavuz Selim kann Dersim sich widersetzen und die Unabhängigkeit bewahren, teils durch Kämpfe und teils durch Rückzug in die steilen und schwer durchdringbaren Munzur-Berge. Der Feind hatte nicht den Mut das Volk in diesem steilen Gebirge anzugreifen. Gegen die beabsichtigte Einsetzung eines einheimischen Gouverneurs u.ä. zentrale Verwaltungsautoritäten mit Beginn des Zusammenbruches des osmanischen Reiches gingen die Aufstände weiter.

Geographische Lage:

Dersim ist aufgrund seiner vorteilhaften geographischen Lage ein Ort, an dem unser Volk erfolgreich Widerstand geleistet hat und seine Identität bis heute bewahren konnte.

Die Berge:

Die Berge Dersims sind durchschnittlich 2.500 bis 3.000 Meter hoch und daher im Sommer wie im Winter schneebedeckt. Die Berge Mercan, Munzur und Egin stellen eine Verbindung zwischen Kigi, Mazgirt, Nazmiye, Pülümür und Ovacik her und umschließen Dersim. Die Pässe sind in den Wintermonaten nicht benutzbar, da diese Berge sehr steil und schneebedeckt sowie auch von den Ansiedelungen weit abgelegen sind. Die undurchdringlichen weiten Berge haben viele strategisch wichtige Stützpunkte.

Die Täler:

Die wichtigsten der steil abfallenden Täler sind Kutudere, Munzur und Ali Bogaz.

Wälder:

Zwölf Prozent der Fläche Dersims sind bewaldet. Mit Aunahme der hohen Gipfel der Berge Mazgirt, Pertek, Carsancak und Ovacik sind große Teile mit Eichen, Wacholder, Weiden und anderen Baumarten bewachsen. Die wichtigsten Wälder sind der Belges-Wald zwischen Hozat und Ovacik, der Kakber-Wald im Nordosten Cemisgezeks sowie der Mihsa-Wald, der mit dem Sofke-Wald im Nordosten zusammenwchst und eine große Fläche bedeckt.

Flüsse und Bäche:

Im Frühjahr treten die Flüsse und Bäche durch das Schmelzen der riesigen Schnee- und Eismassen der Wintermonate über die Ufer, so daß im März und April die ganze Gegend vom Rauschen und Dröhnen der Wassermassen erfüllt ist, eine Naturschönheit, die die Menschen tief beeindruckt. Die Kaltwasserquellen der Berg- und Waldgebiete sind Platz vieler Wildtiere und gleichzeitig bieten sie eine Möglichkeit zur Zucht weltberühmter Süßwasserfischsorten, so werden dort 14 Forellenarten gezüchtet. Entlang der Wasserläufe wächst eine farbenreiche Blumenpracht. Die aus den Bergen kommenden Bäche fließen zusammen und werden zu immer größeren Flüssen. Die Flüsse Karasu, Munzur, Harcik, Peri und Murat können im Frühjahr während der Schneeschmelze nicht und im Sommer nur an manchen Stellen passiert werden.

Klima:

In der Region Dersim herrscht Festlandsklima, die Sommer sind heiß und trocken, die Winter kalt und sehr schneereich. In Pertek und Mazgirt ist das Klima etwas milder, was auf den Keban Staudamm zurückzuführen ist. Die Jahreszeiten mit den meisten Niederschlägen sind Frühjahr und Winter. In den hohen Bergen beginnt es schon sehr früh zu schneien.

Das kulturelle Leben:

Es gibt in der Region zwei deutlich verschiedene kulturelle Strukturen. Eine davon ist die aus der Geschichte erwachsene wahre Kultur des Volkes, die andere diejenige, die dem Volk der Region nach dem Massaker von den Kemalisten aufzuzwingen versucht worden ist, die Kasernenkultur. Nach dem barbarischen Dersimmassaker 1938 wurden die Kasernen errichtet, die Waisenkinder des Massakers darin so erzogen, daß sie ihre eigene Kultur vollkommen vergessen, ihren Wert nicht kennen sollten. Mehr noch als mit der Brutalität des militärischen Massakers haben die türkischen Kolonialisten anschließend das kulturelle Massaker verübt. Mit diesem weißen Massaker der totalen Assimilation beabsichtigten sie bei den Kurden eine Persönlichkeit zu schaffen, die das Türkentum noch stärker annimmt und verteidigt als die Türken selbst und die Realität ihres eigenen Volkes verleugnet um Dersim dadurch in jeder Hinsicht zur Kapitulation zu bringen. Es wurden auch wichtige Schritte dafür unternommen mit Hilfe dieser Kasernenkultur anstelle der authentischen Kultur des Widerstandes der Region eine moderne Kultur des Kemalismus zu verbreiten. Dies war in der Vergangenheit auch nicht wenig erfolgreich, den Kolonialisten gelang es vor allem in Dersim nicht wenige

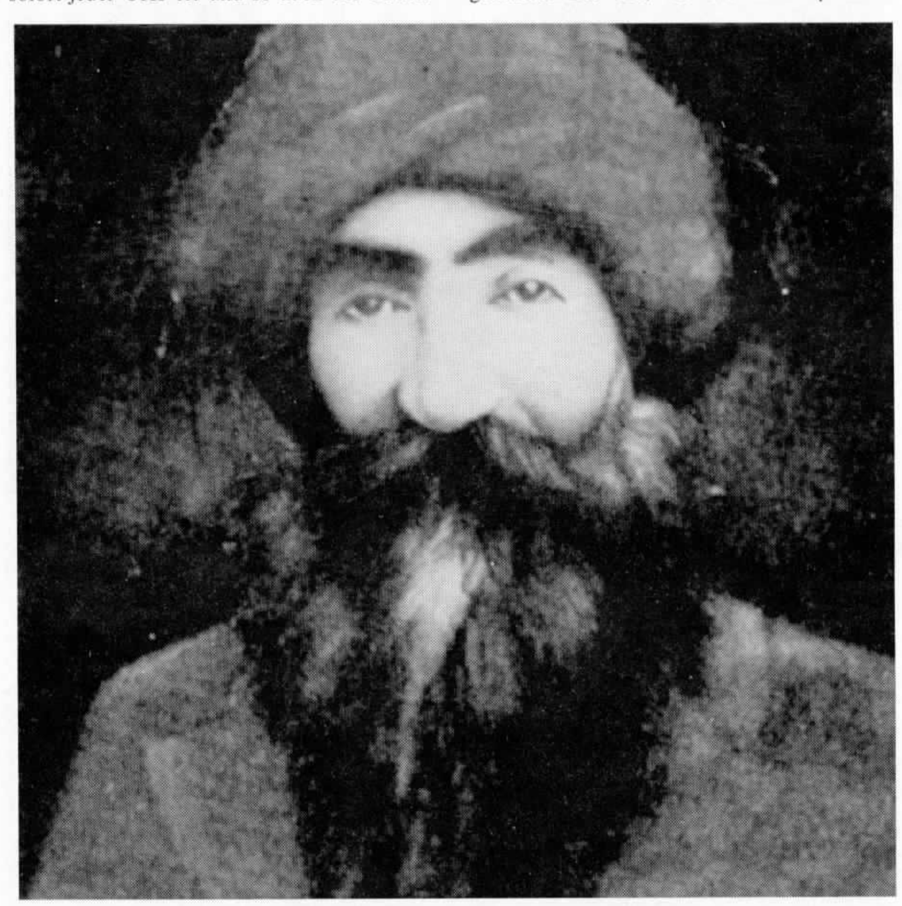
vorbildliche Beispiele ihres Menschentyps zu schaffen. Aber wie in Kurdistan allgemein begann die Kasernenkultur auch in Dersim mit der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes ihren Einfluß zu verlieren. Allerdings geht auch in dieser Phase der Kampf zwischen Kapitulation und Widerstand noch weiter, oder hat sich sogar verschärft, da sich die Fronten zwischen der widerstandsleistenden Persönlichkeit und der kapitulierenden Persönlichkeit ganz klar getrennt haben. Mit der Entwicklung unseres nationalen Befreiungskampfes gewinnt auch der Widerstand wieder in Dersim die Vorherrschaft. Da Dersim einer der wichtigsten Schauplätze des Kolonialismus war, ist es auch eine Region, die viele Massaker, Unterdrückung, Folter und Leid erleben mußte. Das spiegelt sich auch in der Kultur wieder. So gibt es in Dersim kaum Folkoretänze, sondern es haben sich Klagelieder, die das erlittene Leid erzählen, weit verbreitet.

Der Platz Dersims im nationalen Befreiungskampf

Dersim ist ein Gebiet Kurdistans das erst als letztes mit einem großen Massaker zur Kapitulation gebracht worden ist. Die Türkische Republik, die ihre miltärische und politische Herrschaft über Kurdistan dort erst ganz zum Schluß installieren konnte, hat durch Vernichtung, Deportations- und Unterdrückungsmaßnahmen Dersim, das schon immer in der Geschichte bis heute Widerstand geleistet hat, zur Kapitulation gebracht. Nach dieser Kapitulation beabsichtigte die TR, die sehr schnell ihre politische Herrschaft aufbauen wollte, dies durch ein weißes Massaker mit vielerlei Maßnahmen zu verwirklichen.

Das ist ihr auch in kurzer Zeit gelungen. Die Kolonialisten verwirklichten ihren Plan hier den Kemalismus vorherrschen zu lassen und von da aus ganz Kurdistan ihm anzugleichen. Um dieses Ziel zu erreichen hat sie ein Zentrum geschaffen und neben den Kasernen Schulen eröffnet, in die sie die Überlebenden des Massakers gesteckt hat. Genauso hat sie hier das ihren eigenen Interessen gerecht werdende Verwaltungsssystem für die Region installiert. Jede staatliche Institution, jede Schule, jeder Lehrer war wie ein kleiner Offizier und betrieb die offizelle Politik des Staates auf die beste Weise. Auf diese Weise ist eine massive Passifikation, Angst und Mißtrauen im Volk geschaffen worden. Der Kemalismus und der Staat ist als einzige rettende Kraft hingestellt worden.

Vor allem die CHP, die Partei des als Freund der Alewiten bekannten M. Kemals, hatte hier in kurzer Zeit eine bedeutende Basis. So wurde sofort jeder CHP'ler und so auch der Boden für das Annehmen des staatlichen Geistes so geschaffen. Daher war jeder Linker, ein Linker unter dem Einfluß des Kemalismus. So ist es kein Zufall, da die linken Organisationen der Türkei hier eine Basis gefunden haben. Alle, von den reformistischsten bis zu den radikalsten und den opportunistischen haben die Gegend in einen einzigen linken Diskussionsklub verwandelt, der nicht über den Rahmen hinausging untereinander zu wetteifern und dem Staat zu dienen.



Seyit Riza: Führer der Widerstand in Dersim im Jahre 1938

Trotz alledem hat die TR diesem Gebiet niemals vertraut. Ob in wichtigen staatlichen Institutionen oder in der Armee, sie hat niemals Leuten aus der Region wichtige Posten gegeben. Die in die Region entsandten Mitarbeiter waren in der Regel von der Konterguerilla der Spezialkriegsbehörde speziell ausgebildete Kräfte. Über die ganze Region wurde ein engmaschiges Kontrollnetz, bis in jedes Haus hinein, gespannt.

Die Mitte der 70er Jahre sich in der Region entwickelnden nationalbefreierischen Ideen haben eine Wende zum Charakter der Region herbeigeführt. Die bis zum Putsch dahingehend unternommenen Bemühungen haben bestimmte Erfolge erzielt und eine politische Alternative gegen die Politk des Feindes aufgemacht. Die TR, die die Konsequenzen dieser Alternative sehr genau begriffen hat, ist deshalb mit sehr harten Methoden und Maßnahmen gegen unseren Kampf vorgegangen. Sie wollte mit außerordentlich starker Unterdrückung und Folter, einschließlich den Spezialkriegsmethoden, den letzten Angriff starten. Um die die Massen prägende Hoffnung auf Befreiung zu vernichten und ihren eigenen Machtmechanismus als die einzige herrschende Kraft akzeptiern zu lassen, hat sie eine große Terrorwelle über unsere Menschen verbreitet, Versuche unternommen durch Folter, Unterdrückung sie einzuschüchtern und zur Kapitulation zu bringen. Der Feind will vor allem dieses Gebiet nicht verlieren. Er wollte hier die Konterrevolution als eine Macht gegen unseren nationalen Befreiungskampf benutzen. Trotz aller Provokationen und Komplotte hat der Feind dieses Ziel doch nicht erreicht, er konnte Dersim nicht zur Burg des Verrates und der Konterrevolution machen. Denn in Dersim blüht der Geist des Widerstands jeden Tag mehr auf.

* * *

